

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 49. Sitzung des Einwohnerrats Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

Sitzungsdatum: 11. Juni 2024 / 12. Juni 2024
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.20 Uhr (11.6.2024) / 18.00 Uhr – 21.10 Uhr (12.6.2024)

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz René Amstutz, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin (entschuldigt)
Andreas Bammatter
Philippe Hofmann
Christoph Morat
Silvia Stucki
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Dienstag, 11. Juni 2024

Anwesend: Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Mehmet Can, Elena Elser, Noëmi Feitsma, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Nico Jonasch, Anne-Sophie Metz, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Poživil, Corinne Probst, Alfred Rellstab, Christoph Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Louis Seifried, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Tobias Stöcklin, Simon Trinkler, Pascale Uccella, Lea van der Merwe, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Walder, Olivier Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Stephan Wolf

Entschuldigt: René Amstutz, Miriam Schaub

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 33 Anwesende = 22
18.34 Uhr 34 Anwesende = 23
18.45 Uhr 35 Anwesende = 24
19.15 Uhr 36 Anwesende = 36
20.35 Uhr 35 Anwesende = 24
21.10 Uhr 34 Anwesende = 23

Mittwoch, 12. Juni 2024

Anwesend:	Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Mehmet Can, Noëmi Feitsma, Astrid Kaiser, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Niklaus Morat, Martin Münch, Corinne Probst, Alfred Rellstab, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Louis Seifried, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Simon Trinkler, Pascale Uccella, Lea van der Merwe, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Walder, Olivier Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Stephan Wolf
Entschuldigt:	Elena Elser, Nico Jonasch, Ueli Keller, Anne-Sophie Metz, Urs Pozivil, Christoph Ruckstuhl, Miriam Schaub, Tobias Stöcklin
2/3-Mehrheit:	18.00 Uhr 28 Anwesende = 19 18.20 Uhr 29 Anwesende = 20 18.40 Uhr 30 Anwesende = 20 19.00 Uhr 31 Anwesende = 21 19.10 Uhr 33 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 20.3.2024, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 10.5.2024, betreffend **Jahresrechnung 2023**
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4718 / A
2. Bericht des Gemeinderates vom 20.3.2024, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 27.5.2024, betreffend **Geschäftsbericht 2023 des Gemeinderates, der Schulräte und den übrigen Behörden**
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4719 / A
3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 27.5.2024, betreffend **Tätigkeitsbericht 2023**
Geschäftsvertretung: GPK-Präsidentin Corinne Probst-Gadola Geschäft 4731
4. Bericht des Gemeinderates vom 28.2.2024, sowie der Bericht der Kommission für Kultur und Soziales, vom 5.5.2024, betreffend **Statuten Zweckverband Versorgungsregion Allschwil – Binningen – Schönenbuch**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4717 / A
5. Bericht des Gemeinderates vom 7.2.2024, sowie der Bericht der Kommission für Dienste und Sicherheit, vom 12.3.2024 und 27.5.2024, betreffend **Teilrevision des Polizeireglements vom 22. Februar 2017**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4688 / A / B
6. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 27.5.2024, betreffend **GPK-Untersuchung «Primarstufe Allschwil» Teilbericht A: Wirkungs- und Erfolgskontrolle zum Prüfbericht 4449 sowie GPK-Kommissionsbericht zum Einwohnerratsgeschäft 4449D**
Geschäftsvertretung: GPK-Präsidentin Corinne Probst-Gadola Geschäft 4671A

7. Postulat von Noëmi Feitsma-Wirz, SP-Fraktion, und Miriam Schaub, Grüne, vom 20.3.2024, betreffend **Sicherheit von Kindergarten- und Primarschulkindern: Kantonsstrassen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4726
8. Motion von Urs Poživil, FDP-Fraktion, Henry Vogt, SVP-Fraktion, Pascale Uccella, AVP-Fraktion und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 24.4.2024, betreffende **Totalrevision Gemeindeordnung**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4728

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 48 vom 11. Juni 2024 und 12. Juni 2024

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

René Amstutz

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Stephan Wolf, Präsident ad interim: Liebe Einwohnerratskolleginnen und Einwohnerratskollegen. Ich begrüsse euch herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung, welche aus zwei Teilen besteht. Ein Teil findet heute statt, der andere morgen. Gleichwohl ist es natürlich eine Sitzung. Ich begrüsse selbstverständlich auch den Gemeinderat sowie die Vertreter der Medien und auch das Publikum. Ich habe immer wieder Freude, wenn ich sehe, dass Interesse an den Einwohnerratssitzungen vorhanden ist.

Entschuldigt für heute hat sich René Amstutz. Dies ist auch der Grund, weshalb ich die Sitzung heute stellvertretend leite. Morgen wird er wieder anwesend sein. Entschuldigt hat sich auch Nicole Nüssli, sie wird aber morgen auch wieder da sein. Verspätungen habe ich noch erhalten. Das ist einerseits Andreas Bärtsch, der ungefähr auf sieben Uhr eintreffen wird, und ... Olivier Waldner ist da, sehe ich, diese Entschuldigung kann ich in diesem Fall streichen. Für morgen hat sich bereits Christoph

Ruckstuhl entschuldigt. Das kann ich auch bereits bekannt geben. Ich möchte Ruedi Spinnler um die Präsenzkontrolle bitten. - Danke vielmals, Ruedi Spinnler, für die Präsenzkontrolle. Ich habe nun noch eine Meldung von Gemeinderat Robert Vogt erhalten. Er wird sich auch verspäten und vermutlich um Viertel nach sechs hier sein.

Ich komme zu den Mitteilungen des Präsidiums. Uns ist an der letzten Einwohnerratssitzung aufgefallen, dass sich die Sitte breit gemacht hat, dass man das Wort ergriff, ohne es zuvor erteilt erhalten zu haben. Ich möchte noch einmal auf den § 75 des Geschäftsreglements hinweisen: Bitte erst dann das Wort ergreifen, wenn es auch tatsächlich erteilt wurde. Eine erfreuliche Mitteilung ist noch, dass der Rechtsdienst der Gemeinde Allschwil wiederum ein juristisches Volontariat besetzen konnte. Es ist Miriam Glarner, sie sitzt neben Ruedi Spinnler und wohnt dieser Einwohnerratssitzung ebenfalls bei, nicht zuletzt auch zu Ausbildungszwecken.

Wie üblich noch wird darum ersucht, dass man den Saal nach der Sitzung zügig verlässt, damit er geräumt werden kann. Weitere Diskussionen sind wie immer im Foyer selbstverständlich möglich, und die Türen werden nach dem Verlassen des Gebäudes automatisch geschlossen, auch wie immer, aber dass ich auch noch einmal darauf hingewiesen habe.

Wir kommen zu den dringlichen Interpellationen, dringlichen Postulaten, dringlichen Motionen. Das kann ich relativ kurz machen: Es sind keine eingegangen. Es sind aber übrige **Vorstösse eingegangen**, sechs an der Zahl. Das wäre einerseits mal das

- Geschäft Nr. 4735, kleine Anfrage von Christian Jucker der Grünliberalen, betreffend **Vertretung Gemeinde beim Allschwiler Wochenblatt**. Ich frage Christian Jucker gleich an, ob er noch etwas dazu sagen möchte. Das ist nicht der Fall.

Des Weiteren ging das

- Geschäft Nr. 4736 ein. Interpellation von Martin Imoberdorf von der SP-Fraktion betreffend **Honorar für die externen Berater der Exekutive**. Ich frage den Interpellanten an: Möchte er etwas dazu sagen? Auch hier Kopfschütteln.

Eingegangen ist auch das

- Geschäft Nr. 4737. Verfahrenspostulat von Mark Aellen und Etienne Winter, beide SP-Fraktion, betreffend **beratende Stimme der Leiterin bzw. des Leiters der Gemeindeverwaltung an den Bürositzungen**. Dies betrifft § 16 des Geschäftsreglements. Ich frage die Postulanten auch an: Möchtet ihr etwas dazu sagen? Das Wort hat Etienne Winter.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kollegen und Kollegen. Ich weiss nun nicht so opportun, dass man das macht, aber es ist meine letzte Sitzung, es ist mein letzter Vorstoss. Einer, den ich eigentlich seit vier Jahren in petto habe, eigentlich seitdem es die Änderung gegeben hat. Ich wollte es mir nun echt nicht nehmen lassen zu versuchen, diesen Dorn im Auge, den ich seit vier Jahren als Chef erfahren darf, doch den Leuten für die nächste Legislatur mit auf den Weg zu geben. Ich möchte gar nicht gross ausholen. Ich habe relativ viel Text eingebaut, respektive wir. Mark ist derselben Meinung und war bei dieser Diskussion, die wir hatten, auch dabei. Wir haben im 2020, das war vor vier Jahren, unser Geschäftsreglement geändert. In der 2. Lesung kam der Gemeinderat ad hoc auf die Idee, noch eine Änderung vorzunehmen. Und zwar war die Änderung, dass man den stetigen Einsitz des Leiters Gemeindeverwaltung / der Leiterin Gemeindeverwaltung durch denjenigen des Gemeindepräsidiums ersetzt.

Dann gab es eine ad hoc Diskussion, wie man sich darauf vorbereiten könnte. Es gab den Fürsprecher, es gab Gegensprecher. Den letzten Quoren habe ich angehört ... – da war die Idee, bringt es dem Büro wirklich etwas, einen Mehrwert, diesen steten Austausch zu pflegen oder nicht? Ich habe mich vorwiegend aus rechtsstaatlichen Gründen, aus rechtsstaatlicher Sicht, sehr dagegen ausgesprochen. Weil es bezüglich Gewaltenteilung einfach ein Unding ist, wenn eine Exekutive im legislativen Organ steten Einsitz hat.

Ich war nie ein überzeugter Befürworter des Büros, wie es agiert, wie es leitet. Ich habe oftmals auch dagegengesprochen, dass das Büro für mich halt immer, ich sage es etwas salopp, immer ein wenig den *Nuggi* drin hatte, wenn es um Führungsangelegenheiten ging. Was ich in den vergangenen vier Jahren gelernt habe, ist, dass das Büro durch diese Änderung nicht erwachsen wurde. Ich sage es nun auch salopp, man hat dem Büro anstatt den *Nuggi* rauszuziehen, nun noch Windeln angezogen. Bezüglich Selbstständigkeit, oder ich versuche, das habe ich nun wirklich vorbereitet; es gibt ein Wort

bei der FDP, welches ich noch nie genannt habe: Eigenverantwortung. Eigeninitiative ist für mich wichtig, damit das Büro autark und selbstständig agieren kann. Nach meiner Meinung, aus meiner Erfahrung der vergangenen vier Jahre habe ich einfach bemerkt, dass dieser Einsitz, beratend oder nicht, einfach zu markant war. Ich habe mir nicht nehmen lassen, mal mit der Landeskanzlei darüber zu sprechen. Die flogen beinahe aus dem Beamtensessel, als ich erwähnt habe, wie Allschwil das handhabt. Gleichzeitig habe ich meinen Vorstoss sogar mal dem Rechtsdienst des Regierungsrats gegeben. Ich möchte nun nicht alles vorlesen, was ich per E-Mail erhalten habe. Fazit ist eigentlich super, und das heisst eigentlich – es sind gleichwohl zwei Sätze, die ich vorlesen möchte:

«Wenn der Gemeinderat ein Organ der Exekutive darstellt, ist der Einwohnerrat das Organ der Legislative. Die (ständige) Teilnahme der Gemeindepräsidentin resp. des Gemeindepräsidenten an den Sitzungen des Büros des Einwohnerrates mit beratender Stimme ist aus rechtsstaatlicher Sicht im Hinblick auf die Gewaltenteilung äusserst kritisch zu betrachten. Eine solche Regelung wäre vergleichbar mit der Teilnahme der Regierungspräsidentin oder des Regierungspräsidenten an den Sitzungen der Geschäftsleitung des Landrats.»

Es kommt auch bei uns niemand auf die Idee, dass man den Einwohnerratspräsidenten an die Vorbereitungssitzung des Gemeinderats beordert und dort noch dem Gemeinderat sagt, was er genau tun soll und was nicht. Wir mischen uns nicht in ihre Angelegenheit ein und umgekehrt. Ich selbst hielt es für ausgezeichnet, dass der Leiter Verwaltung als – neudeutsch: *wingman* dazwischensteht. Denn ich finde, auch der Leiter Gemeindeverwaltung, selbstpart of the game im politischen Jargon, nebst der Exekutive, nebst der Legislative gibt es auch die Gemeindeverwaltung, welche ihre Rolle auch wahrnehmen darf, hielt ich es für sehr gut, dass das Büro wirklich auch dort den Gemeindeverwalter mitberatend immer zur Seite hatte. Natürlich haben Exekutive und Legislative gewisse Dinge, die sie miteinander bereden müssen, Traktandenliste bereden. Aber das macht man doch bitte nicht durch einen steten Einsitz. Man kann auf die Traktanden kommen, was gemeinsam besprochen werden muss, und dann ist Schluss und man macht es im Vorfeld. Das möchte ich wirklich machen, ich möchte für die nächste Legislatur wirklich ans Herzen legen – jetzt habe ich auch geschlossen – dass man es wieder korrigiert. Das will ich. Und es ist auch die Hoffnung, dass das Büro selbstständig und autark für die Legislative einsteht. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke vielmals, Etienne Winter. Wie gesagt, die materielle Diskussion zu diesem Verfahrenspostulat findet natürlich dann statt, wenn es traktandiert ist. Aber vielleicht noch ein kleiner, formeller Hinweis, was mir formal juristisch aufgefallen ist: Abs. 6 von § 16 ist kein Untertitel oder keine Unterziffer von Abs. 2 ^{lit. I}, sondern ist ein eigenständiger Absatz. Das müsste man dann vielleicht noch anpassen, was gemäss § 45 zudem während der Beratung möglich ist. Gut.

Es sind weitere Vorstösse eingegangen. Einmal die

- Interpellation der Grünen und Grünliberalen. Sie ist so neu, dass sie noch keine Verfahrensnummer oder Geschäftsnummer hat. **Mühle als Kultur- und Ausstellungsraum**. Auch hier frage ich den Interpellanten oder die Interpellanten an: Möchte jemand von euch etwas dazu sagen? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Es ging ein weiteres

- Postulat ein. Auch so aktuell, dass es ebenfalls noch keine Geschäftsnummer hat. Es geht um **smarte Strassenbeleuchtung für Allschwil**. Es kommt von der Grünen-Fraktion. Ich frage die Fraktion an: Möchte jemand etwas dazu sagen? Auch das ist nicht der Fall.

Schliesslich ging noch ein weiteres

- Postulat ein. Es hat auch noch keine Geschäftsnummer. **Veloplan für Allschwil**. Es kommt auch von der Grünen-Fraktion. Auch hier frage ich wiederum: Möchte jemand von der Fraktion etwas dazu sagen? Das ist auch nicht der Fall.

Gut, das wären die eingegangenen Vorstösse gewesen. Wir kommen jetzt zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig verschickt und zugestellt wurde. Das ist diese. Ich frage den Einwohnerrat an, ob es Änderungsanträge zu dieser Traktandenliste gibt. Das Wort hat Jean-Jacques Winter.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke schön. Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Das Büro hat mitgeteilt, dass Geschäfte, die noch hängig sind, von Einwohnerratsmitgliedern, die zurücktreten und nicht mehr in der neuen Amtsperiode weitermachen, noch in dieser Le-

gislaturperiode abgeschlossen werden, damit sie jetzt noch behandelt werden können. Diese Geschäfte liegen alle auf der Verwaltung bereit. Was ist geschehen, dass nun aber nicht alle Geschäfte auf dieser Traktandenliste stehen? Was ist passiert? Mein Antrag wäre, man kann die Traktandenliste noch komplettieren, damit alles draufsteht. Das kann das Büro von sich aus tun. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Also, Jean-Jacques Winter, vielleicht zur Direkten, alle Traktanden, welche durch den Gemeinderat abgenommen wurden, stehen auf der Traktandenliste. Die anderen wurden eben noch nicht durch den Gemeinderat abgenommen. Dieser Antrag jetzt ist nun natürlich sehr abstrakt formuliert, indem nicht erwähnt wurde, welche Geschäfte auf die Traktandenliste kommen sollten. Dann hätten wir natürlich auch noch das rein juristische Problem, dass, wenn sie nicht für die heutige Sitzung traktandiert wurden, wir sie auch nicht so kurzfristig aufnehmen können. Denn so wäre die Traktandenliste nicht rechtzeitig zugestellt. Darum bitte ich um Verständnis. Möchtest du einen konkreten Antrag stellen, Jean-Jacques?

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Es ist ein Antrag oder ein Vorstoss von mir drin. Der ist bereit, kam— ich sage es mal diskret — aus nicht durchschaubaren Gründen nicht auf die Traktandenliste. Der ist bereit, der Vorstoss von mir.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Gut, wie gesagt, ich habe dazu eine andere Information. Wir können nicht nachträglich Traktanden aufnehmen, die nicht traktandiert wurden, weil die Traktandenliste dann nicht rechtzeitig zugestellt worden wäre. Möchtest du an deinem Antrag festhalten? Sonst stimmen wir darüber ab. Aber ich weiss jetzt nicht einmal konkret, welches Geschäft es betrifft. Ich schwebe jetzt etwas in luftleerem Raum.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich nehme an, dass Ruedi Spinnler oder Pat es genau wissen, was es betrifft. – Bitte? – Ja, okay, der Titel ist klar, es geht um Klassenbäume, woran Max Ribi seit Jahren gearbeitet hat. Es wäre schön, man könnte es noch abschliessen. Die Idee ist hier, es ist ausgearbeitet.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Gut, in diesem Fall frage ich den Gemeinderat direkt an: Habt ihr es bereits behandelt oder noch nicht? Wem darf ich das Wort erteilen? Im Zweifel dem Vizepräsidenten? Das Wort hat Vizepräsident Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Herr Präsident. Nein, der Gemeinderat hat es noch nicht beraten.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Gut, es gibt alsdann noch einmal eine Wortmeldung von Jean-Jacques Winter, ich erteile dir das Wort.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich ziehe es zurück. Ich werde dann kommen, um zuzuhören.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Prima. Da bin ich froh, dass wir das bereinigen konnten. Gibt es weitere Anträge, was die Traktandenliste betrifft? Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass die **Traktandenliste** in dieser Form, wie wir sie verschickt haben, nun **genehmigt** ist.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 20.3.2024, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 10.5.2024, betreffend Jahresrechnung 2023

Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4718 / A

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Ich stelle bezüglich Eintreten zuerst einmal die Frage: Ist Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Rednerreihenfolge. Das Wort hat zuerst FIREKO-Präsident, Mark Aellen, anschliessen Vizepräsident Franz Vogt, dann kommen die Vertreter der Fraktionen und anschliessend die allgemeine Rednerliste. In diesem Sinne gebe ich das Wort zuerst dem FIREKO-Präsidenten, Mark Aellen.

Mark Aellen, Präsident FIREKO: Ja, danke schön. Ich würde die Reihenfolge gerne ändern und zuerst den Gemeinderat sprechen lassen, weil er immer eine sehr eloquente Zusammenfassung bringt. Das macht es mir dann ein wenig einfacher. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Ich denke, das können wir machen. Somit hat nun Gemeindevizepräsident Franz Vogt das Wort.

Franz Vogt, Gemeinderat: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte sie alle herzlich zur Präsentation der Rechnung 2023 begrüßen. Die Präsentation ist wie folgt gegliedert: Nach einem kurzen Überblick werde ich auf die Sondereffekte der Rechnung eingehen. In Anschluss werde ich Ihnen die wichtigsten Abweichungen zum Budget anhand der Artengliederung aufzeigen, bevor ich Ihnen die wichtigsten Eckdaten zur Bilanz und zur Investitionsrechnung erläutere. Beenden werde ich meine Präsentation mit einigen Worten zur Verschuldung sowie mit einem Fazit.

Die Gemeinde Allschwil schliesst das Geschäftsjahr 2023 mit einem ausgewiesenen **Ertragsüberschuss** von 455'415 Franken ab. Dieses Ergebnis berücksichtigt eine freiwillige Einlage in die finanzpolitische Reserve von 14,5 Mio.

Die **Nettoinvestitionen** belaufen sich auf 9'048'038 Franken und liegen damit 6'373'921 unterhalb des budgetierten Betrags von 15'421'959.

Korrigiert man das Ergebnis 2023 um die periodenfremden und ausserordentlichen Aufwendungen und Erträge, so ergibt sich folgendes Bild: Das **bereinigte Ergebnis** weist **einen Aufwandsüberschuss** von 4'659'416 Franken aus. Dies ist ein um 1,6 Mio. schlechteres Ergebnis als budgetiert.

Kommen wir zu den **wesentlichen Abweichungen zum Budget**.

Die **Aufwandsseite der Erfolgsrechnung nach Artengliederung** weist im Vergleich zum Budget eine Abweichung von 18,7 Mio. Franken aus. Dieser Mehraufwand setzt sich wie folgt zusammen: Der **Personalaufwand** liegt mit einer Abweichung von 0,5 Mio. oder 0,9 % im Rahmen der Budgeterwartungen. Mehrkosten fielen im Wesentlichen in der allgemeinen Verwaltung sowie im Bereich Bildung an.

Beim **Sach- und übrigen Betriebsaufwand** wurde das Budget um 1,5 Mio. bzw. 9,8 % überschritten. Dies ist hauptsächlich auf höhere Unterhaltskosten für Schulliegenschaften, Wertberichtigungen auf Steuerforderungen in der Funktion Finanzen und Steuern, höhere Kosten für die Ver- und Entsorgung, höhere Unterhaltskosten für Tiefbauten durch Dritte sowie auf zusätzliche Honorare für externe Berater zurückzuführen.

Die **Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen** liegen mit einer Abweichung von 62'012 Franken bzw. 1 % im Rahmen des Budgets.

Der **Finanzaufwand** liegt ebenfalls im Rahmen der Erwartungen gemäss Budget und weicht lediglich um 58'051 Franken ab. Mehrkosten entstanden hauptsächlich durch höhere Zinsbelastungen auf den Fremdkapitaldarlehen sowie die Verzinsung der Steuerguthaben.

Die Einlagen in **Fonds und Spezialfinanzierungen** liegen 2 Mio. unter dem Budget. Diese Position entspricht hauptsächlich dem Ergebnis der Spezialfinanzierung Wasserversorgung – das können Sie auf Seite 14 des Rechnungsbuches nachlesen – sowie den Fondseinlagen für Asylsuchende und den Parkplatzfonds. Hauptgrund für diese Abweichungen sind die tieferen Erträge aus den Infrastrukturbeiträgen und damit verbunden ein geringerer Aufwand aus der Fondseinlage.

Der **Transferaufwand** liegt mit 54,8 Mio. um 4,1 Mio. über dem Budget. Der grösste Teil dieser Abweichung ist auf den horizontalen Finanzausgleich zurückzuführen. Aufgrund der ausgezeichneten Steuereinnahmen im Jahr 2022 fiel der Finanzausgleich 2023 höher aus als budgetiert. Zudem fielen im Berichtsjahr höhere Aufwendungen sowohl in der stationären und ambulanten Pflege als auch im Asylwesen an.

Der **ausserordentliche Aufwand** ist vollständig auf die Einlage im Umfang von 14,5 Mio. in die finanzpolitische Reserve zurückzuführen. Solche Einlagen dürfen gemäss HRM2 nicht budgetiert werden.

Die **interne Verrechnung** liegt im Rahmen des budgetierten Werts. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um Kostenverrechnungen im Bereich des Feuerwehr- und Zivilschutzverbundes sowie der Versorgungregion Allschwil – Binningen – Schönenbuch.

Die **Ertragsseite der Erfolgsrechnung nach Artengliederung** weist im Vergleich zum Budget eine Abweichung von 22,2 Mio. aus. Dieser Mehrertrag setzt sich wie folgt zusammen:
Die Mehrerträge von 9,3 Mio. Franken bei den **Fiskalerträgen** sind massgeblich für den guten Abschluss verantwortlich. Ausführliche Erläuterungen dazu sind in der Rubrik «*Entwicklung der Steuereinnahmen*» auf Seite 9 nachzulesen.

Bei den **Regalien und Konzessionen** handelt es sich im Wesentlichen um Konzessionsabgaben für Elektrizität und Gas. Diese liegen mit einer Abweichung von 39'539 Franken im Rahmen der Budgeterwartung.

Bei den **Entgelten** handelt es sich hauptsächlich um die Gebühreneinnahmen aus den Spezialfinanzierungen, der Feuerwehersatzabgabe, Einnahmen der Musikschule sowie Rückerstattungen der Sozialhilfe. Diese haben gesamthaft leicht über Plan abgeschlossen.

Die **verschiedenen Erträge** sind im Berichtsjahr mehrheitlich ausgeblieben. Die im Budget erwarteten Infrastrukturbeiträge aus Quartierplänen konnten im Berichtsjahr nicht realisiert werden.

Die Budgetabweichung im **Finanzertrag** ist hauptsächlich auf höhere Verzugszinseinnahmen auf den Steuerforderungen sowie die nicht budgetierten Mieteinnahmen in der Funktion Zivilschutz zurückzuführen.

Die Entnahmen in **Fonds und Spezialfinanzierungen** sind gesamthaft deutlich über den Erwartungen im Budget. Hauptgrund dafür sind die schlechteren Ergebnisse der Spezialfinanzierungen Abwasser- und Abfallbeseitigung. Das können Sie auf Seite 13 nachlesen.

Der **Transferertrag** liegt mit 18,7 Mio. nur leicht über den Erwartungen im Budget und kann somit die Mehrkosten im Transferaufwand nicht kompensieren. Hauptgrund für die Mehreinnahmen sind die kantonalen Rückerstattungen im Asylwesen.

Der **ausserordentliche Ertrag** von CHF 13.3 Mio. betrifft die jährlich wiederkehrende Auflösung der Vorfinanzierung für das neue Schulhaus Gartenhof sowie im Berichtsjahr 2023 die Auflösung der Vorfinanzierung für das Schulhaus Neuallschwil.

Die **internen Verrechnungen** widerspiegeln den Gegeneffekt zur internen Verrechnung auf der Aufwandsseite. Dazu können Sie auch den entsprechenden Kommentar nachlesen.

Zur Bilanz

Die **Aktivseite** der Bilanz unterscheidet sich im Finanz- und im Verwaltungsvermögen.
Das **Finanzvermögen** hat gegenüber Vorjahr deutlich **abgenommen** und liegt bei 88,1 Mio. Die Abnahme in den Flüssigen Mitteln kann anhand der neu ausgewiesenen Geldflussrechnung nachvollzogen werden. Die kurzfristige Finanzeinlage von 9 Mio. musste zwecks Rückzahlung eines Darlehens aufgelöst werden. Bei der Aktiven Rechnungsabgrenzung führen die tieferen Steuerabgrenzungen zu einem tieferen Wert.
Die Veränderung des Verwaltungsvermögens entspricht den Nettoinvestitionen abzüglich der Abschreibungen.

Die **Passivseite** der Bilanz beinhaltet das Fremdkapital sowie das Eigenkapital.
Das **Fremdkapital** hat mit einem Bestand von 83,3 Mio. um 13,5 Mio. gegenüber Vorjahr **abgenommen**. Hauptgrund dafür sind die Rückzahlung eines Fremdkapitaldarlehens im Umfang von 10 Mio. Franken sowie die tieferen passiven Rechnungsabgrenzungen im Steuerbereich.
Das **Eigenkapital** hat im Berichtsjahr um 1 Mio. **zugenommen**. Die grösste Veränderung innerhalb des Eigenkapitals ist die Umbuchung im Umfang von 12,5 Mio. Franken von der Vorfinanzierung Neuallschwil in die finanzpolitische Reserve. Das Eigenkapital der drei **Spezialfinanzierungen** (Wasser, Abwasser, Abfall) hat netto um 0,8 Mio. abgenommen.

Kommen wir jetzt zur **Investitionsrechnung**.

Wie bereits im Gesamtüberblick erwähnt, liegen die Nettoinvestitionen im Berichtsjahr unterhalb der im Budget angenommenen Werte. Nach Funktionen gegliedert ergibt sich folgendes Bild:

Von den 9 Mio. Nettoinvestitionen entfallen rund 4,3 Mio. oder 47 % auf die Funktion **Verkehr**. Wesentlichen Anteil daran haben die Investitionen Spitzwaldstrasse, Engehollenweg sowie die allgemeinen Strassensanierungen.

26 % bzw. 2,3 Mio. der Nettoinvestitionen entfallen auf die Funktion **Umweltschutz und Raumplanung**. Diese betreffen hauptsächlich die Investitionstätigkeit in den Spezialfinanzierungen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Weitere 20 % oder 1,8 Mio. entfallen auf die Funktion **Kultur, Sport, Freizeit und Kirche** und betreffen hauptsächlich die Investitionstätigkeit ins Freizeithaus.

Die restlichen 7 % bzw. 0,6 Mio. betreffen die Funktionen **allgemeine Verwaltung** und **Bildung**.

Im Kapitel 23, «Erläuterungen des Gemeinderates», werden die getätigten Investitionen nach der funktionalen Gliederung einzeln erläutert.

Die **Nettoschuld** in Franken **pro Einwohner** wird gemäss kantonalen Richtwerten in Bandbreiten bewertet. Bei einer Verschuldung bis 600 Franken pro Einwohner spricht man von einer geringen Verschuldung, zwischen 601 und 1'500 Franken von einer mittleren, zwischen 1'501 und 3'000 Franken von einer hohen und ab 3'000 Franken von einer sehr hohen Verschuldung.

Da das Finanzvermögen im Berichtsjahr im Vergleich zum Fremdkapital stärker abgenommen hat, hat sich die Kennzahl Nettoschuld pro Einwohner trotz des positiven Ergebnisses gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechtert. Per Jahresende kann jedoch weiterhin ein Nettovermögen von ca. 4,9 Mio. ausgewiesen werden. Daraus resultiert ein Nettovermögen pro Einwohner von rund 220 Franken gegenüber rund 300 Franken im Vorjahr.

Es ist jedoch festzuhalten, dass die Aussagekraft dieser Finanzkennzahl beschränkt ist, da die Nettoschuld je nach Verkehrswert des Finanzvermögens erheblich schwankt. Zudem ist vielmehr die Finanzkraft der Einwohner und weniger die Anzahl Einwohner von Bedeutung.

Die Tabelle zeigt die Entwicklung der Nettoschuld pro Einwohner seit 2014. Die Gemeinde Allschwil zeigt basierend auf dieser Kennzahl ein **sehr positives Bild in Bezug auf die Verschuldung**. Dennoch kann festgehalten werden, dass sich das Nettovermögen gegenüber dem Vorjahr leicht reduziert und die geringe Investitionstätigkeit in den vergangenen Jahren diese Kennzahl natürlich positiv beeinflusst hat. Verglichen mit dem Höchststand der Verschuldung im Jahr 2016 ist der aktuelle Wert jedoch weiterhin ausgezeichnet.

Kommen wir zum **Fazit**.

Der **Bilanzüberschuss** beträgt per 31.12.2023 rund 16 Mio. Franken. Somit ist für die Herausforderungen der bevorstehenden Jahre ein Polster vorhanden.

Da das Ergebnis im Berichtsjahr wesentlich von Steuererträgen aus den Vorjahren und Sondereffekten beeinflusst worden ist, wäre es zum jetzigen Zeitpunkt falsch, die bisherige Ausgabendisziplin nicht beizubehalten.

Dies aus den folgenden Gründen:

- Allschwil hat überdurchschnittlich hohe Steuererträge von juristischen Personen. Bei juristischen Personen können die Steuererträge von Jahr zu Jahr aufgrund der Ergebnisse stark schwanken. Zudem werden aufgrund der bereits erfolgten Anpassungen im Zusammenhang mit der Steuervorlage 17 Mindererträge auch in Zukunft erwartet.

- Das Kostenwachstum im Bildungsbereich wird uns auch in den nächsten Jahren begleiten. Die aktuelle Schulraumplanung geht von einem weiteren starken Wachstum und einem damit verbundenen Kostenanstieg sowohl bei der Schule als auch bei der schulergänzenden Betreuung aus.
- Im Gesundheitsbereich werden die Kosten in den nächsten Jahren aus demografischen Gründen weiter ansteigen.
- Es ist unklar, wie sich die Kostenentwicklung im Bereich der Sozialhilfe in den kommenden Jahren entwickeln wird.
- Ebenso ist feststellbar, dass sich die Gemeindeverwaltung auch aufgrund der zunehmenden Bedürfnisse der Bevölkerung einem stetigen Kostenwachstum im Personalbereich stellen muss.

Für den Gemeinderat steht das **Ziel eines mittel- und langfristig ausgeglichenen Finanzhaushalts** sowie das Erreichen der finanzpolitischen Ziele unverändert im Zentrum seiner Finanzpolitik. Der Gemeinderat wird den in den vergangenen Jahren **erfolgreich begangenen Pfad** im Finanzbereich nicht verlassen, sondern konsequent weiterverfolgen. Es werden aber alle Beteiligten gefordert sein, die Bestrebungen, um eine nachhaltig gesunde Finanzlage weiterzuführen und mitzutragen, um die anstehenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke vielmals, Franz Vogt. Das Wort hat nun der FIREKO-Präsident, Mark Aellen.

Mark Aellen, Präsident FIREKO: Danke vielmals. Geschätzte Ratsmitglieder, geschätztes Publikum. Die FIREKO ist weitgehend einer ähnlichen Meinung wie gerade geäußert wurde, nur sind wir nicht ganz so euphorisch, dass der Kurs, den wir eingeschlagen haben, wirklich der Richtige ist. Beginnen wir noch einmal. Wir haben zuvor gehört, das Wichtigste für die Finanzen ist die Steuerkraft der Einwohner. Wir sehen, dass im 2023 die Steuerkraft nicht mehr so stark steigt, wie zuvor. Wir können also nicht unbedingt davon ausgehen, dass mehr Einwohner noch wirklich auch eine bessere Steuerkraft ergeben werden. Wir sehen nun die erste Plafonierung, was in unserem Bericht auch schon dargestellt wurde.

Im Weiteren möchte ich aufgreifen, dass zu Beginn erwähnt wurde, wenn man die Erfolgsrechnung betrachtet, sieht man, wir haben einen Überschuss. Man hat auch aus der Präsentation gesehen, dieser Überschuss ist nicht geplant, sondern es sind Sonderereignisse, welche ihn einbringen. Wenn man die Zahlen auf ausserordentliche Aufträge, Erträge und Aufwände sowie auf Wertberichtigungen bereinigt, hat man noch immer einen leichten Gewinn. Wenn man es dann aber weiter bricht, wie es der Gemeinderat getan hat, sieht man, dass wir eigentlich im Negativen stehen. Das ist nicht das erste Jahr. Wir hatten bisher immer Glück, dass uns die ausserordentlichen Ereignisse herausgehoben haben.

Ein weiterer Faktor, der uns hilft, positive Zahlen zu sehen, ist, dass wir natürlich auch viel zu wenig ausgeben. Dies wird vom Gemeinderat zwar nach wie vor im Bericht erwähnt, aber nie klar dargestellt. Unsere Investitionsrechnung liegt jedes Jahr massiv unter dem, was wir erreichen möchten. Wir haben also wirklich Defizit, und man kann sagen, ja, es wird dann schon mal noch irgendwann getan. Wann aber eben ist «irgendwann», und wie viel dieser Investitionsstau können wir uns tatsächlich leisten? Das ist leider nicht sehr einfach zu analysieren. Deshalb ist es ein wenig Wunschkugellesen, aber es bestehen Anzeichen dafür, dass wir nicht unbedingt auf der guten Seite stehen. Wir können nicht sagen, wir hätten einfach viel Geld und könnten viel ausgeben. Wir haben viel Geld, aber wir haben auch grosse Lasten.

Wir haben es gehört, die Demografie ist eine unserer grössten Lasten. Wir wollen wachsen. Die Gemeinde hat ihr Ziel noch immer nicht geändert; wir wollen bis in ein paar Jahren 25'000 Einwohner haben. D. h. wir haben in ein paar Jahren sehr viel mehr Kinder. Wir haben noch nicht einmal jetzt die Schulhäuser, werden aber in ein paar Jahren mehr Kinder haben. Wir werden in ein paar Jahren mehr ältere Leute haben. Wir haben auch bereits wieder festgestellt, auch die Kosten im Gesundheitswesen explodieren nur, niemand hat das wirklich im Griff. Sprich, es kommen sehr grosse Aufgaben auf uns zu, welche nicht wirklich einen Ansatz aufweisen, wie wir es lösen werden. Wir wissen immer noch nicht – die Schulraumplanung ist noch immer nicht abgeschlossen – wie wir es angehen wollen und wie wir es in der Zukunft nachhaltig ausbauen werden. Wir haben also eine grosse Hürde zu nehmen.

Wir haben auch gehört, dass die Personalkosten steigen werden. Das ist zu erwarten; die Gemeinde wird grösser, die Aufgaben werden grösser, es benötigt mehr Personal. Sie werden nicht unbedingt linear steigen, es ist also auch nicht besonders einfach vorauszusagen, wo wir stehen. Was man aber sagen kann, ist, dass wenn man uns im Massstab zu anderen Gemeinden vergleicht, beginnt unser Personalaufwand, oben heraus zu schiessen, im globalen Mittel über die anderen Gemeinden gesehen oder ähnlich grosse Gemeinden wie Reinach, ist unser Personalaufwand pro Einwohner deutlich grösser. Vor zwei Jahren habe ich noch gesagt, er sei nicht unbedingt deutlich grösser, damals unterlag er noch Schwankungen. Mittlerweile sind wir da, wo man sagen kann, doch, er wird deutlich grösser. Dazu müssen wir uns natürlich schon überlegen, woran es liegt, oder kann man es in den Griff bekommen. Das wäre zu den Personalkosten. Wir haben auch gesehen, die Rückstellungen werden grösser, d. h. das Personal arbeitet mehr. Irgendwann kommt es nachher wieder zurück. Das sind zwar keine riesigen Beträge, aber trotzdem ist es die Fundierung eines möglichen Ansatzes, es ein wenig in den Griff zu bekommen.

Wir haben auch gesehen, dass die Beratungstätigkeiten für die Gemeinde signifikant zunehmen. Wenn wir es auf den Mehrausgaben ein wenig betrachten – wir haben uns in diesem Jahr die Mühe gemacht, die Mehrausgaben näher zu betrachten – sieht man, dass seit dem Jahr 2018 die Anzahl der überzogenen Konten eigentlich um die 40 % liegt. Also wir überlasten 40 % der Konten. Wir geben mehr aus, als vorauszusehen war. Es bewegt sich in einer Grössenordnung von 5 bis 10 Mio., die man Jahr für Jahr ausserhalb von dem, was man eigentlich budgetiert hatte, ausgeben muss. Das ist ein erheblicher Betrag. Dieser liegt voll in der Finanzkompetenz des Gemeinderats. Denn, sobald etwas budgetiert ist, darf der Gemeinderat darüber bestimmen, ob man Mehrausgaben macht oder nicht. Wir haben auch das betrachtet, wie konsequent sich der Gemeinderat an seine Kompetenzen hält. Wir haben erfreulicherweise nur sehr wenige Ausnahmen gefunden. Ich sage «sehr wenig», dann liegen zwei Ausnahmen ein wenig in der Grauzone, bei denen man sagen kann, hm, es ist eine Sache der Auslegung. Z. B. die weiteren Anschaffungen im Wegmattenpark, die im ursprünglichen Plan eigentlich nicht vorhanden waren. Aber man hat dann gesagt, es betrifft ja auch den Ausbau des Wegmattenparks, also nehmen wir es in dasselbe Konto. Das kann man vertreten.

Wenn es dann aber um die Genehmigung von Mehrausgaben für Beratungen, insbesondere für den Lindenplatz, geht, wobei man es nach den Ausgaben genehmigt, ist es effektiv nicht mehr konsequent eingehalten, denn Überschreitungen müssen vor den Ausgaben gemacht, genehmigt werden. Klar, es wurde vorbereitet, es gab immer wieder Änderungen, der Gemeinderat hat auch viel zu tun. Trotzdem ist es nicht so, wie es sein sollte, und dieser Betrag war auch nicht ganz so billig. Dies sind schon Überschreitungen, zu denen man sich langsam fragen sollte, ob man wirklich in diese Richtung weitergehen will.

Wir sind in der FIREKO wie schon in den letzten paar Jahren weiterhin enttäuscht, dass der Gemeinderat die erfreuliche Tendenz von finanzpolitischen Zielsetzungen zwar hat, das Konzept steht, aber eines dieser drei finanzpolitischen Ziele unterschreiten wir jedes Jahr: die Investitionen. Auch dieses Mal haben wir keinen Plan, keine Voraussicht, wie wir es in den Griff bekommen wollen. Es ist klar, wenn man bei den Investitionen drunter geht, dann schlagen zwei der anderen Parameter automatisch oben raus, denn alle drei sind miteinander gekoppelt. Wenn man nicht alle drei im richtigen Verhältnis belässt, über der Grenze, dann verletzt man wirklich die finanzpolitischen Ziele. Wir haben auch in dieser Präsentation nichts davon gehört. Wir sind ja gut, wir sind positiv, wir haben zurückgelegt, wir haben eine gute, finanzpolitische Strategie. Daran haben wir unsere Zweifel.

Was wir, wie jedes Jahr seit der Genehmigung unseres Postulats, dass wir die Risikomanagement-Beurteilungen erhalten, auch in diesem Jahr wieder festgestellt haben: Nichts ist. Es liegt nun bereits zwei Jahre über dem versprochenen Termin, und es gibt immer noch nichts, wir sehen nichts, wir hören nichts, wir erhalten nichts. Dies macht es ein wenig schwierig, die Sachlage vom Risikoprofil her richtig einzuschätzen. Denn jeder von uns hat eine etwas andere Ansicht, und eine strategische Ausrichtung funktioniert nur, wenn alle dieselben Risikoprofile akzeptieren. Dazu müssen sie publiziert werden. Das fehlt.

Ich habe es bereits erwähnt, muss es aber noch einmal erwähnen: Vergangenes Jahr hiess es, als wir das Budget besprochen haben, ihr habt uns Geld gestrichen, wir wissen nicht, wie wir mit der Schulraumplanung weitergehen sollen. Wir haben bis jetzt noch nichts gehört. Wir haben keine Schulraumplanung abgesetzt, wir haben keinen neuen Nachkredit gestellt erhalten. Wir von der FIREKO fragen uns also, wie ernst muss man solche Reklamationen des Gemeinderats nehmen, wenn er danach nicht reagiert? Wir haben keine Reaktionen erhalten. Das ist insofern ein wenig besorgniserregend,

dass wir hier nun alle gehört haben, Schulraum wird und ist und wird ein grosses Thema bleiben, welches uns sehr beschäftigen wird.

Ansonsten muss man sagen, ja, wir liegen im Moment gut drin, wir leben noch, unsere Finanzen sehen einigermaßen okay aus. Also das Loch ist nicht riesig, aber das Potenzial für das Loch ist nicht zu unterschätzen. Mit diesen Worten möchte ich gerne schliessen. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke vielmals, Mark Aellen. Das Geschäftsreglement sieht in § 75 vor, dass jetzt zuerst die Fraktionssprecherinnen und -sprecher an der Reihe sind und anschliessend die allgemeine Beratung stattfindet. In diesem Sinn möchte ich euch bitten, eure Wortbegehren an die 1. Vizepräsidentin ad interim zu richten.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. In diesem Fall erteile ich das Wort an Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Ich möchte mich eigentlich relativ kurzhalten und auch der Finanzabteilung, Jesse van Rijswijk und Mark Aellen danken für die viele Arbeit, die sie geleistet haben, auch bei der Analyse und der Durchführung der Rechnung. Für uns gibt es im Grunde drei Punkte, die angebracht sind. Der erste Teil ist immer etwas, was immer unterschätzt wird, und es wird immer gesagt, dass man es technisch nicht gut machen kann. Das ist der Vergleich mit anderen Gemeinden. Die BDO macht dies jeweils und betrachtet die unterschiedlichen Abteilungen an. Es zeigt sich, dass in den vergangenen Jahren der Vergleich mit den anderen Gemeinden in Abteilung 0, 4 und 5 in Allschwil pro Person halt immer signifikant höher ist als in anderen Gemeinden. Nach unserer Meinung ist es ein Problem, welches wir angehen müssten. Es kann nicht sein. Man vergleicht uns ja nicht mit Niederrickenbach, sondern es sind Vergleiche mit anderen Gemeinden, welche eine ähnliche Struktur aufweisen, ein ähnliches Dienstleistungsportfolio und ähnliche Einwohnerzahlen und Einwohnerstrukturen haben. Wir meinen, man sollte dies nun mal dringend angehen und schauen, weshalb wir da eigentlich signifikant höher liegen.

Der zweite Punkt hat Mark Aellen bereits erklärt: die finanzpolitischen Ziele. Wir setzen uns seit ein paar Jahren finanzpolitische Ziele. Wir verfehlen sie seit ein paar Jahren, und ich sehe keinerlei konkrete Aktionen, dies zu ändern. Nun, bei den Investitionen lässt es sich relativ gut argumentieren, wir machen jetzt gewisse Dinge nicht wegen des Schulraums. Uns fürchtet einfach, wie ist es denn, wenn wir die anderen finanzpolitischen Ziele erklären, ehm, verpassen? Passiert dann genauso wenig, machen wir dann genauso wenige Aktionen und versuchen wir, es genauso wenig zu verhindern, damit wir die Ziele in den kommenden Jahren weiterhin verpassen? Auch hierzu wünschen wir uns ein aktiveres Engagement des Gemeinderats, um diese Ziele einzuhalten. Oder wenn man das Gefühl hat, diese Ziele seien sowieso für die Füchse, dann können wir sie auch sein lassen. Aber jedes Jahr schreiben: wir verpassten es, und es war absehbar, dass man sie nun über mehrere Jahre verpasste und wir sehen es bereits für die Zukunft, dann machen sie keinen Sinn.

Der dritte Punkt ist das nun minimal oder einigermaßen absehbare, strukturelle Defizit. Wir haben versucht, es in der FIREKO von unterschiedlichen Seiten zu betrachten. Von wo aus wir schauen, wir sehen Anzeichen eines strukturellen Defizits. Man kann es nach einem Jahr nicht klar sagen. Man kann es auch nicht nach zwei Jahren sagen, man muss es über einen Zeitraum betrachten. Wir sehen aber Wolken am Horizont. Unsere jetzt gute, finanzielle Lage, in der wir auch die finanzpolitischen Reserven jedes Jahr ein wenig erhöhen, Geld sparen konnten, basiert primär auf dem Einmaleffekt, mit dem wir jedes Jahr Glück haben oder gewisse Dinge umbuchen oder tun konnten. Das ist aber nicht unsere strukturelle, finanzielle Stärke, sondern wir haben ein strukturelles Problem mit den Einnahmen und den Ausgaben, die einfach immer mehr voneinander abweichen. Wir wünschen uns auch hierzu, das ist ein Wunsch, der hauptsächlich an den Einwohnerrat geht, masszuhalten. Jeder neue Wunsch, jede neue Dienstleistung, jeder neue Service, den wir anbieten wollen, kostet etwas und schmerzt uns entsprechend sehr. Das ist so weit unser Feedback zur Rechnung. Noch einmal Dank an alle, die daran gearbeitet haben.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Ich übergebe das Wort nun an Niggi Morat.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir von der SP-Fraktion haben die Rechnung besprochen, angeschaut. Vieles, was wir besprochen haben, wurde nun vom FIREKO-Präsidenten und auch vom Gemeinderat gesagt. Trotzdem noch ein paar wenige Punkte. Zuerst ein positiver Punkt: Man machte Rückstellungen für allfällige Lohnklagen im Kontext

der Geschichte, in der zu wenige Löhne ausbezahlt wurden. Man hat sie mittlerweile bereinigt. Weil man nicht wusste, ob sie kommt oder nicht, hat man Rückstellungen getätigt. Es sind meines Wissens keine Lohnklagen eingegangen. Das ist doch ein positiver Punkt. Wir hatten Glück.

Im Weiteren der Punkt, die Auflösung der Vorfinanzierung des Schulhauses Neuallschwil von 12,5 Mio., die nun in die finanzpolitische Reserve geflossen ist: Mit dem Instrument der finanzpolitischen Reserve kann man künftig auf Vorfinanzierungen für einzelne Projekte verzichten. Doch im Gegensatz zu einer Vorfinanzierung, wie man es früher getan hat, entsteht auch eine gewisse Unverbindlichkeit für den Gemeinderat und die Verwaltung. Wir denken, dies sollte von allen Entscheidungsträgern kritisch geprüft werden, ob man das eine oder andere Instrument nutzt.

Zu den Budgetüberschreitungen wurde schon viel gesagt. Es ist einfach unschön, wenn Budgets überschritten werden, aber die Investitionsmarke von 10 % einfach nicht erreichen, schon über Jahre hinweg nicht. Ganz unschön ist es, wenn diese Budgetüberschreitungen allenfalls bei den Planungen anfallen und einfach nichts investiert wird.

Auch die Rückstellungen für das Personal wurden bereits angesprochen. Diese steigen ständig an. Überstunden und nicht bezogener Urlaub des Personals steigen ständig. Die Personaldecke und Personalkosten steigen auch stetig an. Es ist für uns ein wenig ein Rätsel, wie das sein kann. Unsere Vermutung ist – ich wiederhole das Wort noch einmal, es ist eine Vermutung – ein Führungsdefizit. Wir bitten die Verwaltung, belehrt uns eines Besseren.

Im Grossen und Ganzen ist die Jahresrechnung für uns plausibel. Wir werden den Anträgen des Gemeinderats und der FIREKO folgen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Niggi, ich bitte dich noch, das Mikrophon abzuschalten und überbe das Wort an Claudia Sigel.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Auch wir von der Mitte-Fraktion oder ich im Namen der Mitte-Fraktion möchte mich bei Mark Aellen vielmals bedanken für die ausgezeichneten Ausführungen, sehr vertrauenswürdig. Selbstverständlich, auch der Verwaltung für die Zusammenstellung dieses Budgets. Wir von der Mitte-Fraktion teilen eigentlich die Sorgen des FIREKO-Präsidenten und auch meines Vorredners. Einerseits haben wir auch recht Mühe mit den immer steigenden Lohnkosten. Auch wir haben so ein wenig die Befürchtung, dass da vielleicht tatsächlich einmal genauer hingeschaut werden sollte, wie die einzelnen Abteilungen geführt werden. Das Andere ist, ich fand sehr gut, was Mark Aellen noch einmal vorgebracht hat: Es ist schön, wenn man Ziele hat, dass man bei der Einwohneranzahl die 25'000er-Grenze erreichen will. Man soll sich doch aber bitte einfach mal zuerst Gedanken darüber machen, wie man die Infrastruktur finanzieren will. Es weckt einfach nicht sehr viel Vertrauen, was bis jetzt in diese Richtung lief. Danke vielmals.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Ich gebe das Wort weiter an Urs Poživil.

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kollegen. Wir von der FDP-Fraktion geben all unseren Vorrednern absolut recht zu dem, was sie gesagt haben. Wir möchten eigentlich nur noch auf den Punkt der Personalkosten eingehen, welche eigentlich gegenüber dem Bevölkerungswachstum effektiv überproportional ansteigen. Wir haben uns hierzu gleichwohl die Frage gestellt: Gibt es nicht irgendwie eine Begründung seitens Gemeinderats? Ist es nun effektiv einfach so, nehmen wir einfach auf, es ist nun mal so, wie es ist? Es ist nun überproportional oder gibt es eine Begründung oder irgendetwas, was wir nicht wissen, was auch die FIREKO nicht herausgefunden hat? Wir sehen ja, es gibt immer mehr Investitionen, die sich irgendwie anstauen. Gleichzeitig haben wir immer mehr Personal. Irgendwie müssen die Investitionen dieses Personals auch geplant werden. Wir fragen uns einfach, in welche Richtung es führt. Ist es eine gesunde Entwicklung? Eigentlich, nein, sie ist absolut ungesund. Wir möchten es nicht irgendwie schönreden. Aber einfach: Was denkt der Gemeinderat zu unternehmen, um dieser Entwicklung gegenzusteuern? Das ist für uns ein recht wichtiger Punkt. Vielleicht kann man nun heute nicht die Antwort liefern, aber einfach, dass man es im Hinterkopf behält und irgendeinmal nachliefert, was die Lösungsansätze sind. Nicht dass wir mit vollem Karacho in eine Wand fahren, denn das wollen wir alle nicht.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Das Wort hat nun Florian Spiegel.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Herr Präsident oder Vizepräsident, geschätzte Anwesende. Ich wollte eigentlich zuerst etwas anderes sagen, aber ich glaube, ich kann mir das ersparen, weil es zuvor schon erwähnt wurde. Aber aus unserer Sicht, müssen wir ehrlicherweise

sagen, sind wir nun schon ein wenig erstaunt über die Voten der Fraktionen, die gehalten werden. Und zwar insofern, als das Spiel dasjenige ist, welches wir seit Jahren machen. Die FIREKO hat die Punkte vorgebracht, welche wir seit Jahren bringen. Wir sitzen seit Jahren hier, hören uns die Rechnung an, dann kommen die Inputs, was nicht richtig ist, wir erhalten die Mittel, die Inputs von unseren Mitgliedern der Finanzkommission mit, dann sitzen wir im Einwohnerrat, hören uns die Rechnung an und erhalten Voten in dieselbe Richtung, zum Teil – das ist das erste Mal von fast allen Fraktionen, sonst waren es nur eine oder zwei Fraktionen. Dann macht der Gemeinderat genau gleich weiter, und die Fraktionen interessiert es nicht.

Dann kommt irgendwann das Budget. Da wäre der Punkt, an dem der Gemeinderat wieder nichts geändert hat und man endlich den Hebel ansetzen sollte. Wenn es dann später darum geht, sitzen die Fraktionen wieder da und sagen, ah, das können wir nicht tun, ah, es geht ums Personal, ah, das können wir jetzt nicht machen, es ist zu kurzfristig, ah, wenn ihr dieses Geld nicht sprecht, dann spricht der Bund, besser gesagt der Kanton das Geld auch nicht. So, dann enden die Budgetsitzungen. Ein halbes Jahr später sitzen wir wieder hier und sagen dem Gemeinderat wieder: Heh, es ist aber nicht gut, wie es läuft. Es kommt mir vor wie Eltern, die ihren Kindern sagen, sie sollen sich anschnallen, dann drehen sie sich im Auto um, haben gesehen, dass sich die Kinder nicht anschnallen, lehnen dann aber nicht nach hinten, weil es scheinbar pädagogisch nicht richtig ist, wenn man dem Kind etwas aufdrückt, was es nicht aus eigenem Antrieb tun wollte, wundern uns dann aber, wenn es bei einem Vollstopp durch die Windschutzscheibe fliegt. Das ist seit Jahren die Haltung der Fraktionen zu diesem Spiel, hier Budget und Rechnung.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Ich gebe das Wort weiter an FIREKO-Präsident Mark Aellen.

Mark Aellen, Präsident FIREKO: Ich muss mich entschuldigen. Ich habe zuvor eine Fehlleistung gemacht, weil ich nicht ablese. Ich habe den Lindenplatz erwähnt. Es war nicht die Lindenplatzberatung, es war die Führungsstrukturberatung, welche nachträglich genehmigt wurde. Bitte im Protokoll das so festhalten. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen von den Fraktionssprecherinnen und -sprechern? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit wäre die allgemeine Rednerliste eröffnet. Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich hätte an den Gemeinderat konkrete Fragen zu den Quellensteuern, zum Sondereffekt, der mehrmals im Budget erwähnt wird. Erstens, wie hoch ist denn der Sondereffekt genau, denn Seite 9 der Rechnung steht gerundet ungefähr 3,7 Mio. Und auf Seite 15, wo man die Sondereffekte vom Ergebnis abzieht, sind es 4 Mio. Wie hoch ist der Sondereffekt? Zweitens, wie ist er entstanden? Denn die Quellensteuer wird ja automatisch vom Lohn abgezogen. Wie kann denn ein solcher Sondereffekt überhaupt entstehen? Drittens, anschliessend, wer hat dafür die Verantwortung? Wird das nicht der Kanton tun oder macht es die Gemeinde? Und inwiefern ist sichergestellt, dass es in Zukunft nicht wieder zu Sondereffekten kommt? Allgemein interessant wäre sicher: War das ein Steuerzahler oder waren es mehrere? Wenn man einfach noch erklären könnte, was genau passiert ist. Danke.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Darf ich das Wort an Franz Vogt übergeben? Ja, wunderbar.

Franz Vogt, Gemeinderat: Sehr gerne, vielen Dank für diese Frage, Lucca Schulz. Die Höhe des Sondereffektes sind die 4 Mio. Der entstand durch Kapitalabfindung quasi von einer Person, juristisch oder natürlich. Der Kanton macht die Quellensteuer. Man hat es beim Kanton nachgefragt, weil man eben gesehen hat, diese Quellensteuer ist quasi im Vergleich zu den Vorjahren unerklärlich hoch. Dann hat man es uns so mitgeteilt, das wäre also eine Person juristisch oder natürlich. Diese Person wohnt im Ausland. Das ist es vielleicht, was man so sagen kann. Es ist auch das, was wir von der Steuerverwaltung zurückgemeldet erhalten haben. Einen Einmaleffekt kann es geben. Wir nehmen es gerne mit, aber wir können natürlich nicht darauf bauen, dass es alljährlich so ist.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Ich gebe das Wort weiter an Martin Imoberdorf.

Martin Imoberdorf, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Geschätzter Gemeinderat. Die Schulraumplanung war nun ein paar Mal ein Thema, vor allem als Kostenpunkt. Wir wurden im Einwohnerrat im Dezember über den Stand orientiert. Im Frühjahr gab es zwei Petitionen, Primarschulstandort 4 und sichere Schulwege. Mich würde nun sehr interessieren, was die externe Projektleitung durch Herrn Bichsel eigentlich insgesamt kostete. Ich gehe davon aus, dass es natürlich nicht sämtliche Kosten abdeckt, wenn man bedenkt, dass die Verwaltung, die Schulleitung und das Auftragsgremium einen grossen Aufwand betrieben hat. Ich glaube aber, es wäre von allgemeinem Interesse, mal zu hören, was die Projektbegleitung kostete. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Darf ich das Wort wieder an Franz Vogt geben?

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich versuche, das herauszusuchen.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit stelle ich fest, dass die Rednerliste erschöpft ist.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke vielmals. Wir kommen nun zur abschnittsweisen Beratung. Der 2. Vizepräsident ad interim wird euch durch die einzelnen Abschnitte führen. Wortmeldungen zu den einzelnen Abschnitten sind dann bitte wieder bei der 1. Vizepräsidentin a. i. zu melden.

Alfred Rellstab, 2. Vizepräsident a. i.: Erfolgsrechnung ...

Stephan Wolf, Präsident a. i.: ... Moment schnell, Franz Vogt möchte noch etwas sagen.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich möchte noch etwas zu den finanzpolitischen Zielen ... [*kaum hörbar*]

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Ich bitte Franz Vogt, ins Mikrofon zu sprechen. Besten Dank.

Franz Vogt, Gemeinderat: Eben, ich hätte gerne noch etwas zu den finanzpolitischen Zielen gesagt, die nicht erreicht wurden. Es ist besser, ich mache das jetzt vor der abschnittsweisen Beratung?

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Bitte schön!

Franz Vogt, Gemeinderat: Zu den finanzpolitischen Zielen, wie es Mark Aellen, FIREKO, richtig erwähnt hat – ich bedanke mich übrigens für diesen Bericht, der sehr seriös erstellt wurde – ich möchte einfach ein paar Bemerkungen zu diesen finanzpolitischen Zielen anbringen. Es ist natürlich nicht gut, das sagt die FIREKO richtig, wenn man Ziele hat und sie permanent nicht erreicht. Es ist vielleicht ein wichtiger Punkt zum Investitionsanteil zu sagen: Dieser ist primär drin, weil die zwei doch gewichtigeren, finanzpolitischen Ziele, der Nettoverschuldungsquotient und Bilanzüberschussquotient, mit einer zu tiefen Investitionstätigkeit übersteuert werden können. Der Gemeinderat wollte nicht, dass das so ist. Deswegen hat man diese Finanzkennzahl so reingenommen. Was sicher auch nicht gut ist, was die FIREKO auch schon länger bemängelt, ist der tiefe Erfüllungsgrad der budgetierten Investitionen. Das wäre natürlich gut, man käme auf ca. 70 %. Dies wäre ein guter Wert. Das ist bei anderen Gemeinden nicht anders. Man wird nie auf 100 % kommen. Wir sind aber klar zu tief. Wir wären gerne höher. Man ist daran, Massnahmen vorzukehren. Wir sind bereits seit zwei, drei Jahren dran. Sie greifen leider immer noch nicht so gut, wie man es gerne hätte. Man arbeitet daran, damit es verbessert wird.

Was vielleicht auch noch zu sagen ist, das wird der Einwohnerrat so sehen wie ich, es ist ja nicht wichtig, oder, es geht nicht darum, möglichst viel Geld einfach auszugeben, sondern das Geld muss sinnvoll ausgegeben werden. Wichtig ist aber auch zu sagen, dass die tieferen Investitionen als budgetiert auf keinen Fall eine Sparmassnahme sind. Das ist überhaupt nicht beabsichtigt. Man möchte den Erfüllungsgrad so erreichen. Es ist aber auch zu sagen, dass unsere Infrastrukturen über alles gesehen sich in gutem Zustand befinden. Sie sind nicht am Verlottern. Wenn das dann endlich mal mit der Schulraumplanung losgeht, gibt es gewaltige Investitionen. Dann ist es bestimmt nicht mehr das Problem, dass man wieder unter 10 % fällt. Aber die Investitionen Schulraumplanung kommen natürlich quasi erst in ein paar Jahren. Aber ich möchte mich hier nicht einfach herausreden. Nur einfach dies noch zur Erklärung: Der wichtige Teil, dass man den Investitionsanteil drin hat, ist, damit man die zwei anderen finanzpolitischen Ziele nicht künstlich durch einen tiefen Investitionsanteil übersteuert.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Da wir nun doch einen etwas längeren Nachtrag hatten, wäre die Rednerliste noch einmal für die Allgemeinheit offen. Ich gebe das Wort aber zuerst an Mark Aellen.

Mark Aellen, Präsident FIREKO: Danke für das nochmalige Wort, um die Möglichkeit zu ergreifen, es doch zu kommentieren, denn diese Aussagen sind etwas zwiespältig. Es wird eingangs erwähnt, man hat den dritten Faktor Investitionsanteil dazu, weil ein geringer Investitionsanteil die anderen beiden Finanzziele besser dastehen lässt. Die anderen zwei sind nicht wichtiger. Es ist einfach nicht so. Alle drei zusammen sind wichtig. Nur wenn man alle drei zusammen betrachtet, hat man eine korrekte Aussage. Wir haben einen zu tiefen Investitionsanteil. Deswegen sind die anderen zwei künstlich weiter oben gesetzt, als sie eigentlich sein sollten. Ich finde es auch seltsam, wenn ein Gemeinderat tituliert, wir wollen nicht einfach nur Geld ausgeben, wir möchten es sinnvoll ausgeben. Wenn wir ein Budget zusammenstellen, welches nicht sinnvoll ist, dann habe ich ein Problem als FIREKO-Präsident erst recht. Ich gehe davon aus, dass die Budgets zusammengestellt sind, weil es vernünftige Projekte sind, weil es Projekte sind, die vom Einwohnerrat getragen sind, denn wir entscheiden über das Budget mit.

Die Aussage, dass unsere Infrastruktur in bestem Zustand ist, ja sorry, wir haben einen Investitionskredit von 21 Mio. rumsitzen, der eigentlich zum Ziel hat, unsere Graugussleitungen zu ersetzen. Und wo stehen wir? Wir sind immer noch bei ... – wir haben einen Investitionskredit von 21 Mio., den wir irgendwie umsetzen möchten, aber die Grauleitungen sind immer noch vorhanden. Wir sind also nicht dort, wo wir sein möchten, wir sind nicht im Zustand von «Es ist alles picobello.». Wir haben Lasten, und wir müssen sie angehen. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat oder aus dem Gemeinderat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit könnte Fredy Rellstab mit der Führung durch die einzelnen Abschnitte weiterfahren.

ERFOLGSRECHNUNG.

0 ALLGEMEINE VERWALTUNG Seite 27 - 29

keine Wortmeldung

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit Seite 29 - 33

keine Wortmeldung

2 Bildung Seite 34 - 40

keine Wortmeldung

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche Seite 40 - 45

keine Wortmeldung

4 Gesundheit Seite 45 - 48

keine Wortmeldung

5 Soziale Sicherheit Seite 48 - 53

keine Wortmeldung

6 Verkehr Seite 53 - 54

keine Wortmeldung

7 Umweltschutz und Raumordnung Seite 54 - 60

keine Wortmeldung

8 Volkswirtschaft Seite 60 - 62

keine Wortmeldung

9 Finanzen und Steuern Seite 62 - 65

keine Wortmeldung

INVESTITIONSRECHNUNG

0 Allgemeine Verwaltung Seite 68

keine Wortmeldung

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit Seite 68

keine Wortmeldung

2 Bildung Seite 68 - 69

keine Wortmeldung

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche Seite 69 - 70

keine Wortmeldung

4 Gesundheit Seite 70

keine Wortmeldung

6 Verkehr Seite 70 - 71

keine Wortmeldung

7 Umweltschutz und Raumordnung Seite 71 - 72

keine Wortmeldung

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke vielmals. Damit kann ich feststellen, dass die Beratung über das Geschäft 4718 / A abgeschlossen ist. Wir gehen über zur Abstimmung über den **Antrag des Gemeinderats**. Den finden Sie in diesem Büchlein auf Seite 16. Der lautet:

Gestützt auf diese Ausführungen (das sind auch die Ausführungen in diesem Büchlein) beantragt Ihnen der Gemeinderat, dem Einwohnerrat zu beschliessen:

1. Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Allschwil für das Jahr 2023 wird genehmigt, (Geschäft 4718) Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich die Hand zu erheben. Allfällige Gegenanträge? Enthaltungen?

://:

Ich stelle fest, der Antrag wurde einstimmig genehmigt und gleichzeitig die Jahresrechnung für das Jahr 2023.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dieses Geschäft als Ganzes abschliessen möchte im Sinn von § 84 des Geschäftsreglements, der möge bitte jetzt die Karte erheben. Gegenanträge? Enthaltungen?

://:

Diese Schlussabstimmung ist auch einstimmig, und das Geschäft ist als Ganzes erledigt.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Ich schlage vor, wir machen jetzt Pause. Wir würden zwanzig vor acht Uhr weitermachen.

PAUSE

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Ich möchte alle bitten, wieder Platz zu nehmen, damit wir weiterfahren können, und warte selbstverständlich noch, bis alle hier sind. Gut, wir fahren weiter. Wie gesagt, noch einmal bitte alle Platz zu nehmen. Zuerst, vielleicht mit einem kleinen Hinweis: Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Tonaufnahmen zum Teil noch sehr schwer möglich sind, weil die Mikrofone zu weit entfernt sind. Also ich möchte euch bitten, ins Mikrofon zu sprechen, das Mikrofon auch nah genug zu haben und nicht in den Bildschirm des Laptops zu sprechen. Dann ist auch eine bessere Tonaufnahme gewährleistet. Prima. Bevor wir nun zum Info-Fenster des Gemeinderats kommen, bat Christian Jucker noch kurz ums Wort, und ich erteile es ihm.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Aufgrund von gewissen Krankheitsabwesenden und sonstigen Abwesenheiten fiel mir heute die schöne Aufgabe zu, drei Mitglieder unserer Fraktion zu verabschieden, welche über viele Jahre ihre treuen Dienste für den Einwohnerrat geleistet haben. Das ist Sandro Felice, Christoph Ruckstuhl und Ueli Keller. Ich möchte alle drei gerne kurz beloben, erzählen, was mir zu ihnen einfällt.

Sandro, meistens akribisch und sehr genau, manchmal bis ins aller kleinste Detail, bis es auch wirklich stimmt. Du findest nicht nur Walter auf einer Zeichnung, sondern manchmal bist du auch der Einzige, der Parkplätze richtig berechnen kann, oder auch andere Dinge, die sonst niemandem wirklich auffällt. Schade, dass wir deinen grossen Einsatz, dein Fachwissen und deine Person in unserer Fraktion verlieren. Wir wünschen dir alles Gute auf deinem weiteren Weg [*Applaus*]. Vielleicht – ja, wir sind ja die Grüne- und Grünliberale-Fraktion. Wir verzichten nun auf so Blumensträusse, mit denen man auch Wunden desinfizieren kann. Ich konnte meine Frau dazu bringen, ein paar von ihren Blumen aus dem Garten zu opfern.

Christoph, die graue Eminenz in unserer Fraktion, viel Wissen, viel Erfahrung, einfach unser ruhender Pol. Du verbindest nicht nur innerhalb der Fraktion, sondern, was mir schon von Anfang an sehr aufgefallen ist, auch zwischen den Parteien ausserhalb der Fraktion. Das war uns immer sehr wichtig. Etwas, was vielleicht nicht alle gesehen haben, dass Christoph auch mal so richtig auf den Tisch hauen kann, wenn die Fetzen fliegen, und die Sache wieder Kontrolle bringt. Dafür möchten wir dir danken. So wie ich es verstehe, hast du nun nach deiner politischen Karriere viel, viel persönliche Freiheiten. Ich wünsche mir, dass du sie wirklich geniessen kannst. Danke schön. [*Applaus*]

Dann haben wir Ueli, ein Mensch mit Ecken und Kanten, das wissen wir alle. Schwierig, wirklich alle Facetten von dir einzufangen. Und ja, wir alle waren nicht immer gleicher Meinung. Ich glaube, das reibt sich, und das ist auch gut so, manchmal fliegen die Fetzen. Dein Beitrag innerhalb der Fraktion, aber auch dein Beitrag zum Wohl von ganz Allschwil war für uns immer sehr, sehr wichtig. Ich glaube, es hat mich häufig zum Denken angeregt, wenn du etwas gesagt hast, worüber ich im ersten Moment gedacht habe: Jesses Gott, was sagt Ueli da? Danach hat sich doch herausgestellt, dass es eigentlich ein bedeutungsvoller Beitrag war. Ich glaube, für dich wird es wahrscheinlich keinen wirklichen Ruhestand geben. Sei es schon nur mit «*Allschwil bewegt*» oder sonst etwas. Ich wünsche dir auf jeden Fall wohl alles Gute für deinen Weg nach der Politik. Danke schön. [*Applaus*]

Vielleicht noch schnell zu den Rosen in diesen Sträusschen: Sie sind ein Sinnbild für den Einwohnerrat. Es ist eine alte Sorte aus dem Emmental, sie riechen gut, stechen grauhaft, blühen aber auch noch nach drei Monaten Regen. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke vielmals, Christoph Jucker. Unser Gemeindevizepräsident Franz Vogt hat mir zuvor gesagt, dass er noch eine Zahl zum Traktandum 1 nachliefern kann.

Franz Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Herr Präsident, Herr 1. Vizepräsident und später dann Präsident. Die Projektleitung Schulraumplanung war gefragt, im 2023 waren es 137'758.55 Franken. Ich glaube, detailliertere Sachen kommen dann noch mit der Interpellation von Martin Imoberdorf.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke vielmals, Franz Vogt. Wir kommen nun zum

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Ich sehe, Robert Vogt hat eine Information für uns. Gerne gebe ich ihm das Wort.

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank. Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich darf Sie darüber informieren, dass wir am Wegmattenpark mit Bauarbeiten begonnen haben. Und zwar wird dort die Pumptrack-Anlage verschoben, wie Sie gesehen haben. Neu haben wir dafür Platz geschaffen, um eine neue Streetball-Anlage zu errichten. Diese Arbeiten werden noch vor dem Sommer abgeschlossen sein. Dann werden Sie den Wegmattenpark wieder in vollen Zügen geniessen können.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke vielmals. Gibt es weitere Informationen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt bereits zu Traktandum Nr. 2.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 20.3.2024, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 27.5.2024, betreffend Geschäftsbericht 2023 des Gemeinderates, der Schulräte und den übrigen Behörden

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4719 / A

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Wegen der Abwesenheit wird Nicole Nüssli wahrscheinlich durch Vizepräsident Franz Vogt vertreten. Bevor wir beginnen, die übliche Frage: Ist Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Rednerreihenfolge. Auch hier, gemäss § 75 des Geschäftsreglements, zuerst die Ausführungen der GPK-Präsidentin, Corinne Probst-Gadola, anschliessend wäre dann Franz Vogt in seiner Eigenschaft als Vizepräsident an der Reihe, danach die Vertretungen der Fraktionen und dann die allgemeine Rednerliste. In diesem Sinne würde ich nun das Wort der GPK-Präsidentin, Corinne Probst, erteilen.

Corinne Probst, GPK-Präsidentin: Besten Dank, geschätzter Herr Präsident. Es macht Sinn, wenn der Gemeindevizepräsident zuerst Ausführungen zum Geschäftsbericht anbringt. Merci.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke schön. Das können wir selbstverständlich tun. Somit erteile ich das Wort an den Vizegemeindepräsidenten, Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Herr Präsident. Vielen Dank. Ich habe allerdings diese Sache eher auf den GPK-Bericht ausgerichtet. Da sie den Geschäftsbericht alle auch gelesen und durchgeschaut haben, und ich bin wie die GPK der Meinung, dass er sehr ansprechend daherkommt, einiges hergibt. Ich habe da natürlich aufmerksam gelesen, was sich die GPK vom Gemeinderat noch wünschen würde, insbesondere daher, weil seit Sonntag klar ist, dass es in der nächsten Legislatur auch mein Ressort sein wird, und ich dann bestrebt sein werde, dass man die Anmerkungen auch erfüllen kann. Insofern meine ich, würde es mehr Sinn machen, wenn du beginnen würdest. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke schön, Franz Vogt. Dann gebe ich das Wort wieder der GPK-Präsidentin, Corinne Probst-Gadola.

Corinne Probst, GPK-Präsidentin: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Gemäss § 22 Abs. 3 und Abs. 5 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats hat die GPK wie jedes Jahr einen Bericht erstellt, dieses Mal zum Geschäftsbericht 2023. Dazu hat die GPK den Bericht im Plenum eingehend studiert, Fragen dazu formuliert, die Antworten dem Gemeinderat zukommen lassen, dann die Antworten noch einmal studiert und am 7. Mai 2024 kam es zu einer Sitzung zusammen mit der Gemeindepräsidentin, Nicole Nüssli, und dem Leiter Gemeindeverwaltung, Patrick Dill. Anders als in vergangenen Jahren hat die GPK in diesem Jahr nach dem Erhalt und der Besprechung der schriftlichen Antworten auf die Fragen der GPK und im Hinblick auf die gemeinsame Sitzung mit der Gemeindepräsidentin und dem Gemeindeverwalter sich erlaubt, Präzisierungsfragen schriftlich einzureichen. Wir haben uns überlegt, dass auf diese Art unsere Ergänzungsfragen vorhersehbarer sind und die mündliche Besprechung der GPK-Fragen für uns und vielleicht auch für den Gemeinderat entspannter und zielführender ablaufen könnte.

Es war ganz klar nicht die Absicht der GPK, dass die Zusatzfragen dann vom Gemeinderat in einer Hauruckübung auch noch schriftlich hätten beantwortet werden müssen. Wenn die GPK es gewusst hätte, hätte sie es bestimmt noch früher kommuniziert. Wir haben sicher daraus gelernt, dass wir es im nächsten Jahr präziser formulieren werden, wie wir es haben wollen. Wir stellen aber gleichzeitig fest, dass dank der schriftlichen, eingegangenen Antworten und der Vorbereitung durch die Gemeindepräsidentin und den Gemeindeverwalter tatsächlich eine sehr konstruktive Besprechung abgehalten werden konnte. Wir bedanken uns an dieser Stelle sehr herzlich beim Gemeinderat und der Verwaltung für diesen zusätzlichen Effort.

Basierend auf den Fragen der GPK und den Antworten und der Besprechung mit Nicole Nüssli und Patrick Dill wurde der vorliegende Bericht dann auch verfasst. Wie Franz Vogt bereits richtig erwähnte, können Sie hier alle sehr gut lesen. Deshalb verzichten wir oder verzichte ich darauf, den ganzen Bericht einfach abzulesen und abzuspuhlen, sondern ich werde nur auf die einzelnen Punkte, die der GPK besonders wichtig erscheinen, eingehen. Dazu gehört bestimmt die Leitbildmassnahmen Risikomanagement, auf welches auch durch Mark Aellen zuvor im Rahmen des FIREKO-Berichts darauf hingewiesen wurde. Es ist tatsächlich auch ein grosses Anliegen der GPK. Dass so wichtige Geschäfte wie eben das Leitbildmassnahmen Risikomanagement, dessen Einführung ursprünglich auf 2022 in Aussicht gestellt wurde, jetzt wirklich in vernünftiger Zeit abgeschlossen wird. Es ist der GPK klar und leuchtet uns ein, dass geänderte Priorisierungen von Geschäften dazu führen können, dass ein Zeitstrahl nicht immer eingehalten werden kann.

Aktuell werden wirklich viele freie Ressourcen auf das Projekt Gesamtstrategie Schulraumplanung gebündelt. Dieses Projekt wird uns allerdings noch lange beschäftigen und ergo auch Ressourcen benötigen, die für andere Projekte so zeitweise nicht mehr zur Verfügung stehen. Relevant erscheint es daher der GPK, dass von Seiten Gemeinderat immer wieder aktiv geprüft und hinterfragt wird, welche Projekte trotz der noch immer oder wohl noch länger laufenden Schulraumplanung vorangetrieben und abgeschlossen werden müssen. Eben gerade die Schulraumplanung beinhaltet aus Sicht der GPK ein grosses, finanzielles und strategisches Risiko. Weshalb wir finden, dass ein geeigneter, abgeschlossener Risikomanagementprozess wichtig ist. Aber auch angesichts der sehr vielfältigen Aufgaben der Gemeinde benötigt es unseres Erachtens ein vollständiges Leitbildmassnahme Risikomanagement.

Ebenfalls wichtig für die GPK ist, dass der Gemeinderat das Interesse der Allschwiler Bevölkerung eruiert, ernst nimmt und aktiv gegenüber dem Kanton vertritt und auch aktiv gegenüber der Gemeinde vertritt. Wir denken dabei insbesondere an die Neugestaltung Binnerstrasse, zu der es zahlreiche

Kritik aus der Bevölkerung gab, jetzt erst auch jüngst wieder an den Veranstaltungen, die stattfanden. Wir denken aber auch an die Aufwertung des Dorfplatzes. Dieses Projekt stagniert seit Februar 2023. Eine Interaktion mit dem Kanton ist aus Sicht der GPK jetzt dringend angezeigt. Deshalb wünscht die GPK auch, dass dem Einwohnerrat bis zum Ende des vierten Quartals dieses Jahres ein Bericht zum Stand der Dinge und zu den weiteren geplanten Schritten in diesem Geschäft vorgelegt wird.

Es ist bei den Allschwilerinnen und Allschwilern auch ein grosser Unmut spürbar betreffend regelmässige Überschreitungen der Emissionsgrenzwerte aufgrund der Flugbewegungen am EuroAirport. Der GPK ist absolut klar, dass der Gemeinderat gerade in diesem Punkt nicht wirklich eine grosse Handhabung hat. Deshalb begrüssen wir es umso mehr, dass der Gemeinderat das vielleicht etwas unorthodoxe Mittel anwandte, mit dem Rekurs zum Bahnanschluss und auch an diesem Rekurs festhält, obschon es vom Kanton nicht wirklich gerne gesehen wird.

Schliesslich wird auch die geplante Gastransformation im Zusammenhang mit der Gasstrategie der IWB ein nicht kleiner Impact auf die Allschwiler Bevölkerung haben. Die GPK hat bemerkt, dass der Gemeinderat hierzu ein Bewusstsein hat und empfiehlt, dass das Bewusstsein aktiv gehalten wird, und vor allem betroffene Einwohnerinnen und Einwohner von Allschwil so früh als möglich informiert werden. Wir nennen das nun so ein wenig: *der Dienst an der Bevölkerung*, eben Binneringerstrasse-Projekt, Aufwertung Dorfplatz, Gastransformation. Im Zusammenhang mit diesem Dienst an der Bevölkerung begrüsst die GPK, dass seit Januar 2023 monatlich Bericht über wesentliche Beschlüsse des Gemeinderats erstattet wird.

Ein grosses Anliegen für die GPK ist es aber, dass alle amtlichen Publikationen immer in einer Ausgabe des AWB erscheinen, die der Bevölkerung kostenlos zur Verfügung gestellt werden, damit wirklich alle Bewohnerinnen und Bewohner von Allschwil Zugang zu wichtigen Themen haben. Weil das Allschwiler Wochenblatt dann eigentlich wie ein Amtsblatt fungiert.

Ein wenig konsterniert war die GPK, als sie gesehen hat, dass die bereits im August 2022 bewilligte 50 %-Stelle bei der Familien- und Jugendberatung wegen fehlender Büroräumlichkeiten nun erst auf den 1. September 2024 besetzt werden kann. Die GPK ist klar überzeugt, dass ein Stellenetat nur budgetiert und bewilligt wird, wenn er auch tatsächlich benötigt wird, was im Fall der Familien- und Jugendberatung sicherlich der Fall ist. Wenn dann dieser Stellenetat auch bewilligt wurde, ist die GPK der Ansicht, dass auch die benötigte Infrastruktur schnellstmöglich bereitgestellt werden sollte, und nicht zwischen Bewilligung und effektiver Besetzung der Stelle zwei Jahre vergehen sollten. Angesichts dessen vertritt die GPK auch die Meinung, dass die Besetzung im Rahmen des geplanten Stellenausbaus der Schulsozialarbeit von 80 bis 100 %, die zwar bis dato noch nicht budgetiert ist und daher auch noch nicht bewilligt wurde, die aber dringend angezeigt zu sein scheint, schon frühzeitig aufgeleitet wird. Sprich, dass bereits vor dem 1. Januar 2025, wenn man also davon ausgeht, dass diese Stelle im Budget 2025 budgetiert sein wird, die notwendigen Schritte wie Stellenausschreibung, Abklärung Platzbedarf, Bewerbungsprozess etc., eingeleitet werden, damit diese Stelle dann effektiv per 1. Januar 2025 angetreten werden kann und nicht noch einmal zwei Jahre verstreichen.

Schliesslich haben wir noch das Thema Genderstrategie. Die GPK hat dem Gemeinderat bereits vor drei Jahren empfohlen, eine Genderstrategie auszuarbeiten. Im Geschäftsbericht 2023 haben wir uns dann auf die Suche gemacht, ob zu diesem Thema etwas drinsteht, haben aber nichts gefunden. Wir haben uns dann erlaubt, zu diesem Thema eine Nachfrage zu stellen. Die Antwort des Gemeinderats, dass er aktuell keinen Bedarf für die Erarbeitung einer Genderstrategie sehe und keine Ressourcen dafür habe, hat die GPK ein wenig überrascht. Es gibt zwar eine Lohnvergleichsanalyse aus dem Jahr 2020, die der Gemeinde Allschwil bescheinigt, dass zwischen Männern und Frauen, die auf der Verwaltung tätig sind, keine statistisch gesicherte, unerklärte Lohndifferenzen im engeren Sinne bestehen. Das ist sicherlich gut, und wir betrachten es auch als sehr positiv. Wir sehen aber gleichzeitig auch, dass es nicht Gegenstand dieser Analyse war, diesen Punkt, der die GPK überhaupt erst zur Empfehlung, eine Genderstrategie zu erarbeiten, bewogen hat. Und zwar, eine fehlende Strategie betreffend Geschlechterverteilung in Führungspositionen. Die GPK musste daher zum Schluss kommen, dass diese Frage aktuell immer noch offen ist.

Man kann nun sagen, dass wir es in Allschwil tatsächlich nicht benötigen, dass Frauen oder Männer, einfach jene, die etwas taugen und wirklich wollen, gleich oder ungleich die Chance haben, hier auf der Gemeindeverwaltung Allschwil eine Führungsposition innezuhaben. Das mag sein. Wir wissen es einfach nicht genau. Deshalb vertritt die GPK die Ansicht, dass eine Strategie vorhanden sein müsste, eben in einer Gemeinde in der Grössenordnung von Allschwil, dass beide Geschlechter im Hinblick

auf eine Führungsposition gleichermaßen gefördert werden. Demzufolge hält die GPK an der ursprünglichen Empfehlung fest, dass eine Genderstrategie ausgearbeitet werden soll. Sie setzt dafür aber bewusst keinen zeitlichen Horizont in der Hoffnung, dass der Gemeinderat nun von sich aus entsprechend aktiv wird, und behält sich vor, zu gegebener Zeit wieder beim Gemeinderat vorstellig zu werden und nach dem Stand der Dinge zu fragen.

Dass ein beharrliches Nachfragen durchaus auch Wirkung haben kann, hat die GPK festgestellt, nachdem ihr auf die Nachfrage hin mitgeteilt wurde, dass das nunmehr überarbeitete Wirtschaftsförderungskonzept, welches auch schon mehrfach gefordert wurde, im Gemeinderat noch vor den Sommerferien zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Die Berichte des Gemeinderats, der einzelnen Bereiche wie auch der Schulräte, Sozialhilfebehörde und Wahlbüro erachten wir im Gesamten als gut bis sehr gut gelungen, und die Berichte weisen aus Sicht der GPK die gewünschte Sachtiefe aus. Nicht in einen Geschäftsbericht des Gemeinderats gehören aus Sicht der GPK aber persönliche Befindlichkeiten und Seitenhiebe wie z. B. auf Seite 17 des Geschäftsberichts. Wir würden es auch begrüßen, wenn wir ein bisschen mehr Informationen im Bereich Finanzen hätten, zumal wir davon ausgehen, dass sich die Tätigkeiten im Finanzbereich nicht nur auf den Finanzausgleich, Lastenabgeltung und Kompensationszahlungen beschränken dürfen. Das ist keine Kritik, sondern mehr eine Ermunterung, der interessierten Bevölkerung, die sich den Geschäftsbericht zu Gemüte führt, etwas mehr Fleisch am Knochen zu servieren.

Aber wie gesagt, die GPK ist sich sehr einig, dass der Geschäftsbericht 2023 informativ ist, in einem ansprechenden, übersichtlichen und gut lesbaren Layout abgefasst wurde. In diesem Zusammenhang danke ich sowohl meinen Kommissionsmitgliedern wie auch dem Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung, dem Schulrat, der Sozialhilfebehörde und dem Wahlbüro für die geleistete Arbeit im Berichtsjahr und für das Erstellen dieser guten Berichte. Ich empfehle dem Einwohnerrat, sämtliche Berichte des Geschäfts 4719 A zur Kenntnis zu nehmen und bedanke mich bestens für die Aufmerksamkeit.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke vielmals, Corinne Probst. Dann kommen wir nun zuerst zu den Fraktionssprecherinnen und -sprechern und anschliessend zur allgemeinen Rednerliste. Ich möchte alle bitten, die Wortbegehren haben, sich bei der 1. Vizepräsidentin a. i., Melina Schellenberg, zu melden.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Sehe ich Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit wäre die allgemeine Rednerliste eröffnet. Es scheint ebenfalls kein Wortbegehren zu bestehen. Damit wäre die Rednerliste schon wieder erschöpft. – Franz Vogt!

Franz Vogt, Gemeinderat: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich möchte mich sehr herzlich für diesen gut abgefassten und konstruktiven GPK-Bericht bedanken. Ich wollte einfach noch einmal rekapitulieren, welche Aufträge der Gemeinderat von der GPK erhalten hat. Das scheint mir doch bedeutungsvoll, dass das Risikomanagement zeitnah an die Hand genommen und abgeschlossen werden sollte, dass die Interessen der Allschwiler Bevölkerung doch adäquat in die Projekte einbezogen werden sollen. Da wurde vor allem die Binneringerstrasse und der Dorfplatz genannt. Es wurde auch gesagt, dass man die Interessen gegenüber vorwiegend dem Kanton Basel-Landschaft doch mit Nachdruck vertreten soll. Die GPK wünscht bis Ende viertes Quartal einen Bericht über den Stand der Aufwertung des Dorfplatzes. Sie wünscht auch, dass inskünftig Stellungnahmen zu Vernehmlassungen auf der Website von Allschwil publiziert werden und auch die monatliche Berichterstattung positiv erwähnt und doch die Informationen an die Bevölkerung in der Gemeindeausgabe publiziert werden sollen, damit alle Leute die Möglichkeit haben, es gratis entgegenzunehmen. Das wären die Dinge zur Kommunikation.

Weiter sollen wir über die Gastransformation so früh wie möglich informieren, sobald wir weitere Informationen haben. Das tun wir natürlich gerne. Die Familien- und Jugendberatung beginnt nun mit Verzögerung zu laufen. Darauf sollte der Gemeinderat auch ein Auge darauf haben, damit es auch wirklich in Gang kommt und auch tatsächlich läuft.

Zudem haben wir noch gehört, dass die GPK den Stellenausbau bei der Schulsozialarbeit als dringlich taxiert und den Finger darauf hält, damit man ihn per 1. Januar 2025 haben wird, damit er dannzumal beginnt und nicht weiter verzögert wird.

Im Weiteren sagt uns die GPK, dass die Genderstrategie notwendig ist. Dabei fragt man sich vor allem, ob man betreffend Geschlechtervertretung in Führungspositionen wirklich auch auf dem Stand der Zeit ist. Das hätte sie gerne in einem Konzept gesehen, wie wir ihr nachleben.

Am Wirtschaftsförderungskonzept sind wir daran zu überarbeiten, das ist auch wichtig für unsere Gemeinde.

Und ja, zum EAP kann Philippe Hofmann dann zu gegebener Zeit immer wieder etwas sagen. Das sind die wichtigsten Punkte, die der Gemeinderat nun so aufgenommen hat. Ich hoffe, ich hätte nichts vergessen. Das ist etwas, was wir angehen müssen.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Ich frage den Rat an, ob es doch noch einmal eine Wortmeldung gibt? Das scheint weiterhin nicht der Fall zu sein. Somit würde uns Fredy Rellstab uns durch die abschnittsweise Beratung des Geschäftsberichts führen.

Gemeinderat Seite 4

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Niggi Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich war gespannt, wie das Thema mit dieser Geschichte, in welcher man der einen Gemeinderätin das Ressort entzogen hat, in diesen Bericht kommt. Meiner Meinung nach hätte es drei Möglichkeiten gegeben: die Gemeindepäsidentin oder der jetzige Inhaber dieses Ressorts oder die vorherige Inhaberin dieses Ressorts. So ist es meiner Meinung nach am besten rausgekommen, wie es drinsteht. Ich meine, dass es richtig ist, dass man es erwähnt hat. Herzlichen Dank.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Darf ich dem Gemeinderat noch das Wort erteilen? Das scheint beides nicht der Fall zu sein. Somit wäre die Rednerliste erschöpft.

Leitbild „Zukunft Allschwil“ Seite 18

keine Wortmeldung

Leitbildmassnahmen Seite 20

keine Wortmeldung

Geschäftsleitung Seite 26

keine Wortmeldung

Bereiche Seite 30

keine Wortmeldung

Mitarbeitende Seite 60

keine Wortmeldung

Allschwil in Zahlen Seite 61

keine Wortmeldung

Schulrat Primarstufe Seite 62

keine Wortmeldung

Schulrat Musikschule Seite 64

keine Wortmeldung

Sozialhilfebehörde Seite 66

keine Wortmeldung

Wahlbüro und Abstimmungsergebnisse Seite 68

keine Wortmeldung

Einwohnerratsgeschäfte Seite 70

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Mark Aellen!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzter Rat. Es ist wahrscheinlich eine sehr unnütze Bemerkung, aber ich bin doch bestürzt, dass die Liste jedes Jahr grösser wird. Ich habe einfach Bedenken, dass wir Motionen aus dem Jahr 2009 haben, die nach wie vor nicht angegangen wurden. Klar, es gibt Gründe dafür, wir haben aber viele Gründe, die sagen, wir fassen zusammen, wir machen es dort zusammen, wir machen jenes dort zusammen, und am Schluss machen wir gar nichts. Ich würde schon gerne sehen, dass der Gemeinderat etwas konstruktiver wird, die Sachen umzusetzen und auch termingerecht informieren könnte, wo wir stehen. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Darf ich dem Gemeinderat noch einmal das Wort erteilen? Das scheint beides nicht der Fall zu sein, somit gehen wir weiter in der abschnittsweisen Beratung.

Volksbegehren Seite 79

keine Wortmeldung

Anträge Seite 79

keine Wortmeldung

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke vielmals. Ich kann feststellen, dass die Beratung über das Geschäfts 4719 / A abgeschlossen ist. Somit gehen wir über zu den Anträgen. Es liegen gleich mehrere vor.

Wir beginnen mit den **Anträgen des Gemeinderats**, die Sie auf Seite 79 des Geschäftsberichts finden.

1. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, den Geschäftsbericht des Gemeinderates 2023 zur Kenntnis zu nehmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte die Karte erheben. Danke vielmals. Gibt es Nein-Stimmen dazu? Das ist nicht der Fall. Enthaltungen?

://:

Ich stelle 2 Enthaltungen fest. Damit wurde diesem Antrag grossmehrheitlich zugestimmt.

2. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, die Geschäftsberichte 2023 der Behörden und des Wahlbüros zur Kenntnis zu nehmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte die Karte erheben. Danke vielmals. Wer dem nicht zustimmen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Und schliesslich noch bitte die Enthaltungen!

://:

Ich stelle fest, dass diesem Antrag einstimmig zugestimmt wurde.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Wir gehen weiter zu den Anträgen der Geschäftsprüfungskommission. Den finden Sie auf Seite 9 des Geschäftsprüfungskommissions-Berichts. Der erste Antrag ist identisch mit dem 1. Antrag des Gemeinderats, über welchen wir bereits abgestimmt haben.

1. Vom Bericht der GPK betreffend die Prüfung der Geschäftsberichte 2023 mit seinen Feststellungen und Empfehlungen wird zur Kenntnis genommen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge die Karte erheben. Danke vielmals. Wer nicht zustimmen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Noch allfällige Enthaltungen? Keine.

://:

Somit stelle ich fest, dass auch diesem Antrag einstimmig zugestimmt wurde.

Wir kommen bereits zur Schlussabstimmung über das Geschäft. Wer das Geschäft Nr. 4719/A abschliessen möchte, der möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Wer das nicht möchte, bitte die Karte jetzt erheben. Schliesslich noch Enthaltungen. Auch keine.

://:

Damit stelle ich fest, dass das Geschäft einstimmig abgeschlossen ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 27.5.2024, betreffend
Tätigkeitsbericht 2023

Geschäftsvertretung: GPK-Präsidentin Corinne Probst-Gadola, Geschäft 4731

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Zuerst die übliche Frage wegen des Eintretens: Ist Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir nun zur Rednerreihenfolge. Wiederum gemäss § 75 des Geschäftsreglements. Zuerst würde GPK-Präsidentin Corinne Probst-Gadola erhalten, anschliessend die Vertreter der Fraktionen und dann die allgemeine Rednerliste. In diesem Sinne gebe ich nun das Wort an Geschäftsprüfungskommissionspräsidentin Corinne Probst-Gadola.

Corinne Probst, GPK-Präsidentin: Besen Dank. Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ebenfalls gemäss § 22 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats überreicht die Geschäftsprüfungskommission dem Rat alljährlich einen Tätigkeitsbericht, worin sie über ihre Arbeit und Erkenntnisse des vergangenen Jahres berichtet. Im Tätigkeitsbericht 2022 wurden bereits Tätigkeiten der GPK bis in den Frühling 2023 abgebildet. Unter anderem auch Verwaltungsbesuche, weshalb in diesem Bericht nur noch auf jene Geschäfte eingegangen wird, die nach dem ersten Quartal 2023 behandelt wurden. Etwas ungewöhnlich ist, dass ich, die den Bericht verfasste, im 2023 noch gar nicht als ordentliches Mitglied und auch nicht als Präsidentin in der GPK war. Im 2023 hatte Henry Vogt noch den Vorsitz der GPK. Ich kam dann Ende Januar 2024 in die Kommission anstelle von Stephan Wolf und habe gleichzeitig das Präsidium von Henry Vogt übernommen. Ende 2023 ist Etienne Winter aus der GPK zurückgetreten, und Niklaus Morat rückte dann im ersten Quartal 2024 in die GPK nach. Es gab also ein wenig Schwierigkeiten in dem Sinne, ein Jahr abzubilden, in welchem es eigentlich noch eine andere Zusammensetzung gab, als aktuell, die dann den Bericht verfasst. Aber dank der produktiven Mitarbeit von allen Kommissionsmitgliedern konnten wir es ein wenig abbilden.

Es gab im 2023 Standardgeschäfte mit dem Tätigkeitsbericht 2022, dem Geschäftsbericht 2022. Dies sind die Dinge, welche man als GPK eigentlich jedes Jahr macht. Dazu gab es noch Kommissionsgeschäfte, also Subkommissionsgeschäft, die Untersuchung Primarstufe Allschwil. Ich behellige nun hier besser niemanden mehr. Dieses Geschäft kennen wir alle sehr gut. Sonst kann man es auch noch unter der Geschäfts-Nr. 4671 einsehen. Dies wurde hier ja auch schon mehrfach mit dem Rat besprochen. Es ging um den Teilbericht, welcher die Subkommission der GPK erstellt hatte bezüglich Wirkungs- und Erfolgskontrolle zum Prüfbericht 4449 sowie dem Kommissionsbericht zum Einwohnerratsgeschäft 4449 D, welches im Mai 2023 dem Einwohnerrat vorgelegt wurde.

Was ich zu diesem Bericht der Subkommission allerdings sagen kann, ist, dass wir uns in der GPK im März 2024 überlegten, machen wir nun den Teilbericht B, wir uns nun aber entschieden haben, wir warten ab, wie die neue Legislatur in der neuen Zusammensetzung anläuft, und werden dann beraten, was wir weiter unternehmen werden. Es ist vorerst mal zurückgestellt. Wie gesagt, gab es im April 2023 einen Verwaltungsbesuch bei der Familien- und Jugendberatung. Darüber wurde allerdings bereits im Tätigkeitsbericht 2022 berichtet. Es gab keine weiteren Verwaltungsbesuche, Behördenbesuche oder Visitationen im 2023.

Die GPK hatte im 2023 hauptsächlich im ersten halben Jahr Sitzungen. Danach etwas weniger. Seit Januar 2024 fanden nun wieder regelmässig Sitzungen statt, natürlich auch im Rahmen der Prüfung des Geschäftsberichts. Der Austausch unter den GPK-Mitgliedern ist sehr konstruktiv, fokussiert und teamorientiert. Ich möchte mich bei meiner Kommissionskollegin und bei meinen Kommissionskollegen herzlich für eine sehr konstruktive, offene, vertrauensvolle Mit- und Zusammenarbeit bedanken, auch für die zahlreichen Informationen, Unterlagen, die sie mir zukommen liessen, damit ich überhaupt irgendwie Fuss fassen konnte im Amt als Präsidentin. Bedanke mich natürlich auch bei den Mitgliedern des Einwohnerrats für das Vertrauen, welches sie mir damit entgegengebracht haben. Vielen Dank auch an den Gemeinderat und an die Verwaltung für die stets reibungslose Zusammenarbeit bei allen Geschäften, die wir als GPK machen müssen. Ich stelle gestützt auf diese Ausführungen folgenden Antrag: Der Tätigkeitsbericht 2023 der GPK wird zur Kenntnis genommen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke vielmals, Corinne Probst-Gadola. Wir kämen zu den Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen und anschliessend die allgemeine Rednerliste. Ich möchte alle bitten, die das Wort ergreifen möchten, sich bei der 1. Vizepräsidentin a. i. zu melden.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es Wortbegehren der Fraktionssprecherinnen und -sprecher? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit wäre ... ach, hinter mir. Das wäre Jean-Jacques Winter.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Ratsvorsitzender, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Zuerst einmal ein ganz dickes Merci an die GPK für ihren Tätigkeitsbericht. Ganz besonders an Corinne Probst-Gadola, welche dieses Züglein kurzfristig übernommen hat, auf die Schiene stellte und es wieder zum Rollen brachte. Danke vielmals. Dieser Tätigkeitsbericht zeigt ausführlich, woran gearbeitet wurde. Doch gibt es noch ein paar kleine Punkte, auf die ich gerne eingehen möchte, die erwähnenswert sind. Insbesondere, wir haben ja gehört, es gäbe nachher noch einen Bericht B, der ergänzend sein wird, und für diesen vielleicht auch eine Kommission zusammengestellt wird, in der nicht alle Personen, die mitarbeiten, eigentlich die Thematiken kennen. Deutlich einmal mehr schreibt auch hier die GPK, dass der Gemeinderat Führungsverantwortung habe und die vier beteiligten Gremien ihren Auftrag, ihre Kompetenzen kennen und entsprechend handeln. So bitte ich doch die GPK, auch in Zukunft darauf zu achten und den Finger draufzuhalten, dass solche Interna über die Allschwiler Schule nicht in den Medien breit geschlagen werden. Das fördert den Ruf der Allschwiler Schule nicht. Viele von uns haben das Echo zwischen Schönenbuch und Ammel gehört. Auch im Personalgesetz 38 a steht drin, wie man mit Meldungen über Missstände umgeht. Ich wünsche der Schule eine ruhige, tragende, gemeinsame Zukunft.

Im Rat haben wir auch gehört, dass die Schulleitung ab dem neuen Schuljahr wieder komplett ist, personell im Maximum zusammengestellt ist, sehr erfreulich und bedeutungsvoll. Es sei auch die Folge – ich hoffe es auch wirklich – dass das leidige Thema mit Überstunden nicht mehr aufs Tapet kommen muss. Wobei ich mich natürlich auch fragen kann, bis zu welcher Verwaltungsstufe man Überstunden vergütet. Ich kann der Schulleitung, Martin und seinem Team, dazu nur Konstanz wünschen, denn in den vergangenen neun Jahren kamen mehr Personen hinzu und gingen mehr weg, als in den 44 Jahren zuvor, die ich erlebt habe, über alle Rektorate und Konrektorate zusammengestellt. Ich wünsche der Schule nun gute Fähre, die sich an demselben Seil ziehen lässt und steuert.

Noch nicht erfüllt ist, das mussten wir im letzten Info-Fenster hören und wurde auch bereits im GPK-Bericht erwähnt, die Erhöhung der Ressourcen beim Schulsekretariat. Es kann nicht sein, dass am Ende die Schulleitung administrative Arbeiten übernehmen muss und damit wieder Überstunden leisten müsste. Es kommen mehr Anforderungen an die Schule heran, es wird immer breiter, mehr Kinder, mehr Eltern. Das Aufgabenfeld wird immer grösser. GPK, haltet es bitte im Auge! Noch einmal ein dickes Merci an die Kommission und an dich, Corinne. Ihr habt zusammen ein unhandliches Eisen angefasst. Die Schule braucht starke, sichere Haltegriffe. Das erwarte ich und das wünsche ich dem Team, welches die Schule leitet und weiterzieht. Danke vielmals.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Ich frage den Rat an, ob es weitere Wortmeldungen der Fraktionssprecherinnen und -sprechern gibt. Dies scheint auch mit Blick nach hinten nicht der Fall zu sein. Somit wäre die allgemeine Rednerliste eröffnet. Martin Imoberdorf!

Martin Imoberdorf, SP-Fraktion: Danke schön. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Das Fazit ist aus meiner Sicht ein wenig lapidar. Ich denke, die Geschäftsprüfungskommission hat im Gemeinwesen eine besondere Bedeutung. Für mich kommt nicht klar daher, wenn man einfach sagt, ja, wir wurden unserem Auftrag weniger gerecht als im Vorjahr, wir waren weniger aktiv. Es wäre wichtig zu wissen, wie es dazu kam, vorwiegend mit Blick darauf, dass es künftig nicht mehr so sein wird. Kann man dies vielleicht etwas erläutern?

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Wem darf ich das Wort übergeben? Corinne Probst-Gadola!

Corinne Probst, GPK-Präsidentin: Lieber Martin, vielen Dank für diese Frage. Sie ist allerdings sehr schwierig zu beantworten. Es stellt sich vielleicht auch die andere Frage: Was genau ist denn wirklich die Aufgabe der GPK? Muss sich die GPK aus dem Nichts Aufträge erteilen, also nach Geschäften suchen, nach Dingen suchen, die im Argen liegen und diese dann aufarbeiten? Oder soll sie aktiv werden, wie es bei anderen GPK zum Beispiel der Fall ist, wenn etwas auf dem Tapet liegt und dann beginnt zu bohren? Da stellt sich etwa die Frage. Es ist ja nicht so, dass im 2023 gar nichts getan wurde. Vielleicht fehlten einfach auch zeitliche Ressourcen, vielleicht waren es die Wechsel in der GPK. Vielleicht waren auch nicht immer alle Mitglieder anwesend. Da wäre vermutlich jede Fraktion angehalten, sich darum zu bemühen, dass ihre Fraktions-Gspänli, die in die GPK delegiert sind, halt auch wirklich anwesend sind und ihre Aufgaben wahrnehmen. Denn eine GPK kann nicht funktionieren, wenn sie eine Unterbesetzung aufweist und so beraten soll, weil es immerhin doch wichtige Geschäfte gibt; soll man etwas anreissen, soll man es nicht anreissen. Es wäre wichtig, dass zumindest die Mehrheit dahintersteht.

Es gibt bestimmt Jahre, in denen mehr läuft. Wenn man die vergangenen Jahre betrachtet, gibt es Jahre, in denen mehr lief und Jahre, in denen weniger lief. 2023 war nun ein etwas ruhigeres Jahr. Ich möchte mir keine Meinung bilden, weshalb es vielleicht ruhiger war, denn ich war, wie erwähnt, nicht dabei. Plus, wir hatten natürlich das grosse Geschäft der Subkommission. Das ist bereits ein echt grosses Geschäft, welches relativ viel Ressourcen bündelte, auch von Etienne, der damals noch Mitglied der GPK war, und von Ueli Keller. Beide haben echt viel Zeit aufgewendet. Das darf man auch nicht unterschätzen. Nun kommt mir gleich noch etwas in den Sinn: Ich möchte übrigens noch ein grosses Dankeschön an dich, Etienne, richten. Du hast mich zu Beginn gross auf den neuesten Stand gebracht. An dieser Stelle einfach noch einmal ein grosser Dank. Die GPK-Mitglieder nahmen ihre Verantwortung durchaus wahr und auch dafür gesorgt, dass ein guter Übergang von dem einen Präsidium zum anderen stattfinden kann. Mehr kann ich dazu nicht sagen, Martin. Danke.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Niggi Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank fürs Wort. Ich wurde zuvor, zusammen mit der GPK, den Kolleginnen und Kollegen und den Ehemaligen sehr für die Arbeit gelobt. Es ist Zeit, dass aus der GPK zurück auch einmal gelobt wird. Es war ein grossartiger Job, den Corinne Probst-Gadola gemacht hat, trotz der schwierigen Umstände, als sie in die GPK kam, direkt Präsidentin wurde. Deshalb an dieser Stelle mein Kompliment und mein Dankschön zurück. Merci.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit wäre die Rednerliste erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke vielmals, Melina Schellenberg. Weil der Bericht aus mehreren Abschnitten besteht und nur aus einem Antrag, kommen wir nun gemäss § 77 Abs. 2 der Geschäftsordnung direkt zu den Abstimmungen. Das ist der **Antrag der GPK**, den Sie auf Seite 3 des Berichts finden.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die Geschäftsprüfungskommission zu beschliessen:

1. Der Tätigkeitsbericht 2023 der Geschäftsprüfungskommission wird zur Kenntnis genommen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, der möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Wer nicht zustimmen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Das ist eine Stimme. Gibt es noch Enthaltungen? Das ist nicht der Fall.

://:

Ich stelle fest, dass der Einwohnerrat den **Tätigkeitsbericht 2023** der Geschäftsprüfungskommission grossmehrheitlich **zur Kenntnis genommen** hat.

Wir kommen noch zur **Schlussabstimmung** über das Geschäft als Ganzes. Wer das Geschäft Nr. 4731 abschliessen möchte, möge die Karte bitte jetzt erheben. Danke vielmals. Wer dagegen ist, bitte jetzt die Karte erheben. Und noch allfällige Enthaltungen?

://:

Somit stelle ich fest, dass das Geschäft Nr. 4731 grossmehrheitlich abgeschlossen wurde.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 28.2.2024, sowie der Bericht der Kommission für Kultur und Soziales, vom 5.5.2024, betreffend Statuten Zweckverband Versorgungsregion Allschwil – Binningen – Schönenbuch, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki, Geschäft 4717 / A

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Meine erste Frage ist nun: Liegen seit der 1. Lesung neue Aspekte vor? Dann bitte jetzt die Karte erheben. Das ist nicht der Fall. Sodann beginnen wir mit der 2. Lesung ... – ahh, ja, wir gehen zunächst zur allgemeinen Beratung zu diesem Geschäft. Wer gerne das Wort ergreifen möchte, melde sich bitte bei der 1. Vizepräsidentin a. i., Melina Schellenberg.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat oder aus dem Gemeinderat? Ja, Christoph Ruckstuhl!

Christoph Ruckstuhl, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Werter Vorsitzender, werte Anwesende. Wir von unserer Fraktion GLP, Grüne und EVP, meinen, dass wir das Reglement nun so, wie es vorliegt, genehmigen sollen, damit es nicht noch einmal bei den anderen Gemeinden durch eine Schlaufe muss, damit man zu einer Einheit kommt, damit die Versorgungsregion nun auch mit ihren Arbeiten beginnen kann. In unseren Augen ist das Reglement gut so, dass es die Arbeit dieser Versorgungsregion ermöglicht. Man soll ihr nun diese Chance geben. Somit kann die Versorgungsregion beginnen zu arbeiten und uns allen dienen. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Doch, Gemeinderätin Silvia Stucki? – Das scheint kein Wortbegehren für das Plenum zu sein. In diesem Fall stelle ich fest, dass die Rednerliste erschöpft ist.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke vielmals, Melina Schellenberg. Also, die allgemeine Rednerliste ist erschöpft. Wir sind wie gesagt an der 2. Lesung, d. h. es gibt wiederum eine paragrafenweise Beratung des Geschäfts. Christoph Ruckstuhl wies bereits darauf hin, und ich möchte es auch noch tun, es handelt sich nicht um ein Reglement, sondern um **Statuten eines Zweckverbands**. D. h. wir können heute keine Statuten verändern, wir können höchstens sagen, wir wollen es in dieser Form nicht. Dies hätte dann die Konsequenz, dass es natürlich zurückgewiesen wird und noch einmal neu verhandelt werden müsste. Einfach dies zur Präzision. Ich schlage vor, wir beginnen mit der abschnitts- oder paragrafenweisen Verlesung. Ich möchte den 2. Vizepräsidenten a. i. bitten, durch die einzelnen Paragrafen zu führen. Wenn Wortmeldungen zu den einzelnen Paragrafen bestehen, dann bitte bei der 1. Vizepräsidentin a. i., Melina Schellenberg, melden.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Da ich zuvor noch gesehen habe, dass Corinne Probst-Gadola aufgestreckt hat ... – gut, das hat sich mittlerweile erledigt. Dann übergebe ich das Wort wieder an Fredy Rellstab.

A. Name, Sitz, Zweck und Mitgliedschaft

§ 1 Name und Sitz Seite 1

keine Wortmeldungen

§ 2 Verbandszweck Seite 1

keine Wortmeldungen

§ 3 Mitgliedschaft Seite 1

keine Wortmeldungen

B. Organe des Zweckverbandes

§ 4 Organe Seite 1

C. Delegiertenversammlung

§ 5 Zusammensetzung Seite 2

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Urs Poživil!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Ja, geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Hierzu haben wir das letzte Mal einen Antrag gestellt, wenn es mir recht ist, in welchem es um die Wahl der Delegierten geht, dass man es eigentlich analog zu Binningen abhalten würde. Wir haben nun im Rat auch gehört, dass man es hier grundsätzlich nicht festhalten kann, sondern dass man eigentlich einen Antrag stellen muss, damit der Gemeinderat ein Reglement erstellt gemäss § 4^{bis} g Abs. 2 des Gemeindegesetzes, wonach es geregelt werden könnte. Dies würde im Umkehrschluss heissen, dass wir eigentlich an diesen Statuten, so wie sie hier vorliegen, nichts ändern, sondern dass wir einfach dem Gemeinderat sagen, hey, geht noch einmal über die Bücher, erstellt ein Reglement und macht es.

Deswegen haben wir hierzu noch einmal einen Antrag vorbereitet, den wir unterschrieben haben, und der genau dies verlangt. Das ist eigentlich der einzig richtige Weg, wie man die Wahl dieser Delegierten steuern kann. Wir haben diesen Antrag bereits das letzte Mal handschriftlich aufgelegt. Es tut uns leid, genau, es ist dieses Papier, Zettelchen. Wir haben es aber noch schön dargestellt, damit man es auch wirklich lesen kann. Aber – sonst, Florian, kannst du ...? Es wird nun der neue Antrag nach vorne gebracht, der es so regelt, dass es absolut konform ist und man eben genau diesem Konflikt, der zuvor eigentlich auch Christoph Ruckstuhl erwähnte, gegensteuern kann, sondern, dass man dem Gemeinderat wirklich eigentlich den Auftrag mitgibt, hey, arbeitet ein Reglement aus, geht noch einmal über die Bücher. Damit kann man es auch wirklich sauber auslegen, aber verzögert das ganze Konzept dieser Versorgungsregion eigentlich nicht.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Ja, sorry, Simon Trinkler, Entschuldigung.

Simon Trinkler, KKS-Präsident: Danke vielmals. Geschätzte Kolleginnen und geschätzte Kollegen, geschätzter Gemeinderat. Ich möchte einfach kurz zu bedenken geben, dass wir genau diesen Punkt auch in der Kommission, in der KKS, besprochen haben. Wir kamen zum Schluss, wie ich auch das letzte Mal kurz erwähnte, dass es möglicherweise etwas demokratischer wäre, wenn der Einwohnerrat die Delegierten wählt, so wie es im ersten Antrag verlangt wurde. Aber, und das ist wirklich ein grosses Aber, es ist natürlich auch so, dass der Gemeinderat, wenn er sich selbst delegiert, für das Abstimmungsverhalten im Zweckverband auch politisch verantwortlich ist. Wir finden dies das Richtige. Es ist auch wichtig, dass dieses Vorgehen so bleibt. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen?
Noëmi Feitsma!

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir nun über die Statuten des Zweckverbands diskutieren. Darin steht in § 5 Abschnitt 3, dass jede Gemeinde die Delegierten selbst bestimmt. Ich denke deshalb, der einzig richtige Weg für die FDP wäre, dass man einen Vorstoss einreicht. Denn man kann dies jederzeit bestimmen. Das muss man nicht jetzt im Rahmen der Diskussion über die Statuten bestimmen. Danke.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Das Wort erhält Stephan Wolf.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Also nicht Stephan Wolf als Person, sondern als Ratsvorsitzender von heute. Rein juristisch ist es richtig, was Noëmi Feitsma gesagt hat. Ich denke nicht, dass wir im Rahmen der heutigen Beratung dem Gemeinderat den Auftrag erteilen können, irgendein Reglement zu erlassen, sondern das muss separat durch eine Motion, Postulat oder was auch immer erfolgen. Dazu würde sich z. B. auch der § 10 des Verwaltungs- und Organisationsreglement anbieten.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit wäre die Rednerliste erschöpft.

[*Stimmen im Hintergrund*]

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Gut, rein der guten Ordnung halber würden wir nun trotzdem über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Wer dagegen ist, sei es aus materiellen oder formellen Gründen, bitte jetzt die Karte erheben. Enthaltungen? Danke vielmals.

Gut, wahrscheinlich waren wir zu schnell mit dem Auszählen. Deshalb noch einmal ganz langsam:

Wer dem Antrag zustimmen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Wer dem Antrag nicht zustimmen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Enthaltungen bitte. Danke vielmals.

://:

Der Antrag wurde mit 13 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Ich möchte die 1. Vizepräsidentin a. i. bitten, die Rednerliste ... Entschuldigung, den 2. Vizepräsidenten a. i. bitten, fortzufahren, und wer Wortmeldungen hat, bitte sich bei der 1. Vizepräsidentin a. i., Melina Schellenberg, melden.

Alfred Rellstab, 2. Vizepräsident a. i.: Also, ich wiederhole noch einmal.

C. Delegiertenversammlung

§ 5 Zusammensetzung Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 6 Stellvertretung Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 7 Konstituierung Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 8 Einberufung Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 9 Beschlussfassung Seite 3

keine Wortmeldungen

§ 10 Aufgaben und Kompetenzen Seite 3

keine Wortmeldungen

§ 11 Protokoll Seite 4

keine Wortmeldungen

D. Rechnungsprüfungskommission

§ 12 Zusammensetzung, Aufgaben und Kompetenzen Seite 4

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Ich erteile das Wort an Urs Poživil.

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Wir haben das letzte Mal auch schon diesen Antrag aufgelegt – ihr habt ihn jetzt noch nicht aufgelegt ... es gibt noch einen ... – genau. Es ist aber nicht dieser ... genau. Es ist jener, bei dem es uns eigentlich darum ging, dass wir das Gefühl haben, die Rechnungsprüfungskommission besteht aus zu vielen Mitgliedern. Oder, es sind zwei pro Verbandsgemeinde. Dann gibt es jährlich alternierend ein neues Mitglied. Wir sind überzeugt oder der Meinung, das ist ein wenig zu viel des Guten. Nach unserer Meinung reicht ein Mitglied pro Verbandsgemeinde. Die Legislatur ist eigentlich auch der Zeitpunkt, in welcher diese Person dabei ist. Es wäre etwas sonderbar, wenn man ständig eine Rochade und einen Wechsel hat. Wir glauben, das ist der Rechnungsprüfungskommission schlussendlich nicht dienlich. Deshalb haben wir auch den Antrag gestellt.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ja, Silvia Stucki – Entschuldigung.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Ratsmitglieder, liebe Gäste. Vielen Dank für diesen Antrag. Der ging ein und wir haben im Gemeinderat selbstverständlich über ihn gesprochen. Gründe für die vorgelegte Variante gibt es verschiedene. Einerseits weil wir, wie ich es das letzte Mal bereits erwähnte, auch in diesem Punkt dem Grundsatz folgten, die Statuten so nah wie möglich an den Vertrag anzulehnen. Zwei Mitglieder waren auch schon im Vertrag vorgesehen. Zudem war bei der Erstellung des Vertrags bekannt, es ist bereits ein Weilchen her, dass die Belastung der Rechnungsprüfungskommissionsmitglieder nebst der eigentlichen Kommissionsarbeit durch Revisionen verschiedener, zusätzlicher Gremien gross ist. Gemäss der Erfahrung der damaligen KESB-Revision wurde festgestellt, dass die Arbeitslast deshalb auf mehr Schultern verteilt werden soll. Daher eben auf zwei Mitglieder. Des Weiteren konnte man damit sicherstellen, dass, wenn ein Mitglied verhindert ist, dann trotzdem alle Gemeinden vertreten sind. Mit zwei Mitgliedern kann auch die grössere Konstanz gewährt werden, denn mit einem Ersatzmitglied ist dies weniger gewährleistet. Zudem hat man damit die parteipolitische Ausgewogenheit besser garantiert.

Zur Rotation: Mit der Rotation eines Mitglieds wird nebst dem erwähnten Umstand, eben der Verteilung der Arbeitslast, auch sichergestellt, dass nicht eine Gemeinde alleine die Kontrolle innehat, weil man sie ja immer wieder rotieren lässt. Zu guter Letzt ist damit auch dafür gesorgt, dass das Know-how weiterbesteht. Die Amtsperiode für diese vier Delegierten wurde auch noch erwähnt. Gemäss den Statuten § 5 Abs. 4 ist diese bereits auf vier Jahre festgelegt; ebenso lang ist die Legislaturperiode des Gemeinderats und infolgedessen jene der Kommissionen auf vier Jahre. Deshalb erachten wir eine explizite, weitere Ausführung oder Präzisierung nicht als Mehrwert. Deshalb,

aus den genannten Gründen, hält der Gemeinderat an der vorgelegten Fassung des § 12 Abs. 1 fest und empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Besten Dank.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Ich übergebe das Wort zuerst Florian Spiegel und anschliessend an Simon Trinkler.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Kurze Frage zum Verständnis: Muss denn immer abwechselungsweise ein Mitglied gewechselt werden oder kann eines konstant drinbleiben und nur das andere kann man jedes Jahr wechseln? Das wird hier nicht genau geregelt, wie es gehandhabt wird. Wie ist hierzu die Auslegung?

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Ich gebe das Wort zuerst noch Simon Trinkler.

Simon Trinkler, KKS-Präsident: Geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen. Viele dieser Ausführungen hat die Gemeinderätin, resp. Stephan Appenzeller, Präsident der Versorgungsregion, bereits in der Kommission angebracht. Wir haben es auch als richtig erachtet, dass man es so macht. Deshalb haben wir auch keinen anderslautenden Antrag seitens Kommission gestellt. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Noëmi Feitsma.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass, wenn dieser Antrag nun durch uns würde angenommen werden, würden wir unheimlich viel Zeit vertrödeln, denn das würde bedeuten, dass die Statuten noch einmal bei Binningen und Schönenbuch durchmüssten. Dies finde ich im Hinblick auf den Nutzen, der es bringen würde, eigentlich sehr schlecht, denn aus unserer Sicht bringt es überhaupt keinen Nutzen. Das Einzige, was geschieht, ist eine Verzögerung. Weil letztlich sind die Finanzen auch im Budget als separater Posten ausgewiesen. D. h. unsere FIREKO hat auch immer ein Auge darauf. Deshalb gibt es meiner Meinung nach absolut keinen Nutzen, wenn man jetzt daran schraubt.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortbegehren aus dem Einwohnerrat? Ja, Sandro Felice.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe eine kleine Verständnisfrage. Mir ist nicht ganz klar, wie es mit «alternierend» gemeint ist. Im Ganzen sind es sechs Mitglieder, jeweils zwei. Wenn ich nun lese, dass jeweils eines aus zwei einer Verbandsgemeinde müsste, ... dann ist es, verstehe ich es richtig, ist in diesem Fall pro Jahr eine Person, die wechselt, und jedes Jahr ist es ein anderer Verband? Es ist nicht so, dass dann jeweils immer drei wechseln? Ich glaube, das haben nicht alle richtig verstanden.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere ... ja, Silvia Stucki!

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Ratsmitglieder. Ja, Danke vielmals für diese Ausführungen. Alternierend bedeutet, dass ein Mitglied alternierend wechselt, nicht aus allen Verbandsgemeinden immer ein Mitglied. Genau. Es geht wirklich darum, um die Lasten zu verteilen. Dies war der Gedanke. Merci vielmals.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank für diese Präzisierungen. Florian Spiegel!

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Jetzt haben wir doch eine Zeit von vier Jahren, eine Zeit, für die man gewählt wird von einer Amtsperiode von vier Jahren. D. h. alternierend, d. h. vier Mitglieder müssen während einer Periode wechseln. Das ist richtig. Schlussendlich sind es vier von sechs, die sie während der Periode verlassen müssten. D. h. das erste Mitglied muss sie verlassen nach dem ersten Jahr nach der Wahl; das erste Mitglied geht wieder raus. Nun, aber rein ordnungsmässig ist es mir eigentlich so, dass bei Wahlen in ein Gremium, ausser es sei wirklich explizit anders festgehalten, die Wahlen immer nach vier Jahren, also nachdem die Wahlen um sind, wieder neu beginnen. Wenn man wieder jemanden wählt, der vielleicht bereits im fünften oder sechsten Jahr ist, bedeutet das ja nicht, dass dieser irgendwann gehen muss. Man kann nicht ein-

fach sagen, es beginnt bei eins und wir gehen dann hintenrum. Oder wie ist denn der Meccano angedacht, aufgrund welcher Bestimmung, dass das Mitglied dann sagt, ich muss gehen? Wie wird das festgelegt? Muss ich eines freiwillig zur Verfügung stellen oder wie ist der Schlüssel, dass berechnet wird, wer wann gehen muss? Welche Gemeinde trifft es wann zuerst oder welches Mitglied trifft es wann zuerst? Beginnt der Meccano wieder nach vier Jahren an, weil es dann ja gar keine Relevanz mit der Höhe von sechs hätte? Das ist eben noch die Frage.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Wem darf ich das Wort übergeben? Silvia Stucki!

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Also, ich versuche, es noch einmal zu erklären. Es ist offen, welches Mitglied wechselt. Einfach eines wechselt. Es geht darum, dass die sechs Mitglieder entlastet werden. Aber welcher Meccano, ist egal, welches Mitglied das ist. Es kommt wirklich darauf an. Ich denke, diese sechs müssen es absprechen, welches Mitglied alternierend gewechselt wird, das ist offen, das ist absolut flexibel.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Ich erteile das Wort zuerst Henry Vogt und anschliessend Urs Poživil.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich weiss nicht, was so schwierig ist, zu verstehen. Wer entscheidet, welches Mitglied geht? Wenn kein Mitglied gehen will, was passiert, steht dann alles still? Es ist sowas von unklar ausgeführt, wie es ablaufen soll. Tut mir leid.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Ich erteile das Wort zuerst an Urs Poživil und anschliessend noch einmal an Silvia Stucki.

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Wir sprechen hier von einer sehr belastenden Aufgabe. Deshalb ist es auch wichtig, dass man diesen Turnus und den Wechsel vornimmt. Das ist nun aber einfach mal eine Hypothese, die in den Raum gestellt wird. Vielleicht haben wir ein Gremium von mehreren Leuten, die perfekt harmonieren. Dann muss eine Person einfach nach einem Jahr gehen, ob sie es will, oder nicht? Es ist dann einfach geregelt, die Person muss gehen, weil die Arbeit, wie wir sie uns vorstellen, dermassen schwierig, so belastend ist, dass es sein muss. Aber vielleicht ist das Gremium perfekt aufgestellt und keines dieser Leute will gehen, aber er muss. Das ist doch irgendwie einfach sonderbar. Deshalb ist das mit der Legislatur die einzig richtige Art und Weise.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Das Wort hat Silvia Stucki.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Merci vielmals. Noch einmal zur Belastung: Die Belastung ist nicht die Idee davon, dass die Revision derart belastend ist. Die Belastung ist auf die ganze Arbeit einer Rechnungsprüfungskommission in den Gemeinden, weil sie ja eben noch verschiedene andere Gremien prüfen, überprüfen müssen. Es geht nicht darum, dass wir bei den Delegierten den Eindruck hatten, dass die Arbeitslast derart gross ist, die Rechnung einmal zu überprüfen. Es geht darum, dass die gesamte Arbeit der Rechnungsprüfungskommission in einer Gemeinde sehr belastend ist. Dem wollte man entgegenwirken, dass man es auf verschiedene Schultern verteilt. Dass z. B. wenn ein Mitglied mal nicht kommen kann, dass noch ein zweites Mitglied anwesend ist. Auch wenn das Gremium perfekt harmoniert, wie gesagt, es bleiben ja immer fünf Mitglieder. Dann kann man schauen, wer in diesem Gremium am meisten belastet ist. Dieses Mitglied wird dann ausgewechselt. Es war im Grunde eine Entlastung angedacht. Dies war der Gedanke. Das ist die Rückmeldung, die ich erhalten habe, wenn man gehört hat, dass es eine so grosse Belastung ist, welche die Rechnungsprüfungskommission hat, weil sie ja noch weitere Gremien überprüfen muss.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Ich erteile das Wort zuerst mir selbst.

Melina Schellenberg, SP-Fraktion: Ich möchte den Rat daran erinnern, dass, falls wir den Antrag annehmen, es zu grossen Verzögerungen kommt. Wenn wir es annehmen, muss es zuerst noch bei den anderen Gemeinden durch, und es dauert einfach alles viel länger. Lassen wir doch die Gremien zuerst mal die Arbeit aufnehmen, schauen wir, wie es funktioniert. Wenn es sich bewährt, ist es super, wenn es sich nicht bewährt, kann man immer noch über die Bücher.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Ich gebe das Wort weiter an Nico Jonasch.

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wenn ich dem nun so zuhöre, stellt es für mich schon die Frage: Weshalb macht man es kompliziert, wenn es einfach geht? Da oben ist für mich eine einfache Variante, die zielführend ist. Alles andere ist für mich nicht unbedingt zielführend.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Das Wort hat Mark Aellen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzter Rat. Ich bin einmal mehr überrascht. Wir haben ein ähnliches Konstrukt bei der KESB. Ich höre niemanden hier darüber wettern, dass es überhaupt nicht gut ist, dass die Abwechslung dort überhaupt nicht geregelt ist, denn sie hat genau denselben Turnus. Ein Mitglied fliegt nach einer bestimmten Periode raus. Welche Gemeinde als Nächste rausfliegt, ist Sache der Geschäftsprüfungskommission. Die legen das selbst fest. Selbstkonstitution nennt sich das. Ist durchaus machbar. Der Aufwand, den man hat, eine Rechnung zu prüfen, wenn man ein Dreiergremium oder ein Sechsergremium ist, ist ein relevanter Unterschied. Wie wir zuvor gehört haben, prüft die Rechnungsprüfungskommission nicht nur eine Rechnung, nämlich von diesem Zweckverband, sondern sie muss auch jene der KESB prüfen, sie muss jene der Gemeinde selbst prüfen. Da läuft was. Wir haben sie nicht übers Jahr hinweg schön verteilt, sondern wir haben sie praktisch immer gleichzeitig. Die Verteilung macht also absolut Sinn. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortbegehren? Ich möchte Florian Spiegel noch darauf hinweisen, dass jedes Einwohnerratsmitglied nur zweimal zu Wort kommt, ausser man ist die antragstellende Person.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ja, besten Dank. ...

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: ... ehm, nein, Florian, du hast das Wort schon zweimal gehabt, deshalb weise ich darauf hin, dass du ...

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: ... wann war es das zweite Mal? ...

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: ... Du hast ...

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: ... Ich habe eine Frage gestellt. Dann würde ich gerne wissen, wo du das zweite Votum siehst.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Also gut. Nach Absprache mit dem Büro heisst es «in der Regel» nur zwei Votel. Ich habe es nicht aufgeschrieben, wann genau in dieser Diskussion, deshalb, Florian Spiegel, erteile ich dir das Wort.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Das Erste ist, Mark Aellen, die KESB finde ich ein gänzlich schlechtes Beispiel hier. Dass wir es vielleicht hier diskutieren, mag sein, aber was über die KESB diskutiert wird an den Stellen, dass die Gemeinden das Problem haben, dass sie nicht einmal Auskunft darüber erhalten, wo das Geld hinfliesst, und dies zu wiederholtem Male an verschiedensten Stellen – das Thema KESB ist ein Dauerbrenner. Ihr hättet ganz viele Beispiele durchgehen lassen, aber, sorry, nein, mit KESB hast du nun wirklich das schlechteste herausgezogen, das Beispiel, von welchem man gesagt hat, es kostet uns 100'000 weniger als die Vormundschaftsbehörde. Jetzt wissen wir, dass es uns jährlich tausende Franken mehr kostet, jedes Jahr exponentiell mehr. Aber KESB ist ein schlechtes Beispiel.

Dann zweitens zu den Statuten: Okay, man kann es so drin lassen, wenn man es unbedingt will. Aber ich muss schon sagen, also ich frage mich schon, wer solche Statuten macht. Es tut mir leid. Damit ist überhaupt nicht geregelt, wer dann gehen muss. Und dann kann man sagen, ja, es steht, es ist alternierend, es muss dann einfach jemand gehen. Es gibt keine Grundlage, wer wann gehen muss. Wenn sich alle stur stellen würden, ich meine, wie würdet ihr es dann machen wollen? Mit Los ziehen, wer das Kürzere zieht, muss gehen? Sind dies Statutengrundlagen für einen Zweckverband? Das muss man sich schon mal überlegen. Wir sprechen hier von einem Zweckverband über drei Gemeinden. Davon die bevölkerungsreichste in diesem Kanton. Dann kommt noch einmal eine Gemeinde wie Binningen hinzu, die, ich weiss es nicht auswendig, ich meinte, bei ungefähr 14'000 Einwohner hat. Das ist die Zweite. Dann haben wir noch Schönenbuch, die hat nicht ganz so viel, die hat dafür ein tolles Hoffest. Aber diese drei Gemeinden machen einen Zweckverband, indem so etwas auf diese Weise geregelt wird. Nicht einmal ein Volleyballverein in einer 50-

Einwohnergemeinde würde solche Statuten durchgehen lassen. Das muss man doch an dieser Stelle ganz ehrlich sagen.

Wir verabschieden hier manchmal Dinge, die einfach nicht fertig gedacht sind. Das ist einfach nicht richtig. Zudem, was mich am meisten aufregt, immer das Argument mit «wir müssen jetzt», denn sonst geht uns viel Geld verloren. Wenn ich es zusammenzählen würde, wie oft wir in diesem Rat bei irgendwelchen Vorlagen immer kurz vor Schluss waren, und dann ist noch einmal meine Frage: Weshalb müssen wir, die grösste Gemeinde, die am meisten bezahlen, die gleichviel Mitbestimmungsrecht haben, die bei all diesen Vorlagen immer am meisten Einbussen hat, weshalb sind immer wir diejenige Gemeinde, die als Letzte darüber abstimmt? Und dann immer mit dem Argument, bei wenigen Ausnahmen – ich sitze jetzt wirklich schon lange hier – bei wenigen Ausnahmen mag es anders gewesen sein. Immer kommen wir zum Schluss und das heisst es, wenn wir jetzt nein sagen, muss es wieder nach Binningen. Wenn wir jetzt nein sagen, muss Schönenbuch es wieder anschauen. Jene, die länger dabeisitzen, wissen, dass wir dieses Thema hier schon ein paar Mal hatten, dass es immer die anderen noch einmal behandeln mussten. Weshalb sind wir immer die letzten? Weshalb sind wir wieder kurz vor Schluss? Und immer dieses Argument mit «das Geld drückt, wenn wir es jetzt nicht machen, verlieren wir Geld». Ich muss immer ganz ehrlich sagen, wenn Ihnen jemand im Privaten etwas verkauft und sagt, wenn Sie es jetzt nicht kaufen, verlieren Sie ganz viel Geld: Guter Tipp, kaufen Sie es nicht, kaufen Sie es nicht! Genauso muss man in der Politik auch arbeiten. Aber das tun wir nicht, da sind wir auf beiden Augen blind. Jetzt habt ihr Ruhe vor mir.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Ich übergebe das Wort an Silvia Stucki.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Danke vielmals. Einfach zur Berichtigung. Nein, wir sind nicht die letzten. Wir können nun alle wieder ganz, ganz beruhigt sein. Binningen hat den Zweckverband oder hat diese Statuten bereits beschlossen. Wir haben heute die 2. Lesung. Vorgesehen ist, dass es in die nächste Gemeindeversammlung in Schönenbuch kommt. Natürlich kommt es nur nach Schönenbuch in die Gemeindeversammlung, jetzt im Juni, wenn wir ihnen zustimmen. Wenn wir ihnen nicht zustimmen, kommt es selbstverständlich nicht an dort in die Gemeindeversammlung, weil wir dann zum Wiederverhandeln zurückgeschickt werden. So gesehen bitte ich um die nötige Ruhe, weil wir wirklich nicht die letzten sind. Wir gehen Schritt für Schritt. Es geht darum, dass wir drei Gemeinden sind, welche diesen Zweckverband partnerschaftlich schliessen möchten. Besten Dank.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Ich erteile zum zweiten Mal das Wort an Mark Aellen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Zum zweiten und letzten Mal. Wenn ich die KESB als Beispiel bringe, dann geht es um Zirkulation der Mitglieder. Ich habe mit keinem Wort gesagt, dass dieser Zweckverband Geld gespart hat. Das ist gar nicht das Thema. Das Thema, welches wir haben, ist, ist ein Zirkulationsverfahren sinnvoll oder nicht. Muss es geregelt sein oder nicht? Bei der KESB ist es genauso wenig geregelt. Es ist nicht geregelt, wer wann geht. Sie haben sich selbst konstituiert. Es gibt Gremien, die sich selbst konstituieren. Fast alle. Solche Detailfragen lassen sich durchaus im Gremium selbst lösen. Noch einmal: Vorzubringen, dass ein Zweckverband nicht ein gutes Beispiel sei, ist nicht angebracht, für die Bemerkung, die wir gemacht haben. Es geht ums Zirkulationsverfahren. Dies zu diesem Punkt. Da ich nun gegen dich gesprochen habe, möchte ich auch noch für dich sprechen. Ein Argument, wir verlieren viel Geld, ist definitiv das schlechteste Argument, welches man bringen kann. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Ich gebe das Wort, auch zum zweiten Mal, weiter an Henry Vogt.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Dadurch, dass wir ja nicht die letzten sind, haben wir ja null Zeitdruck. Entsprechend können wir es ja richtigstellen, damit die Statuten sauber nach Schönenbuch und schlussendlich auch nach Binningen gehen. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Ich gebe das Wort noch einmal Silvia Stucki.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Noch einmal zur Berichtigung des Zeitplans. Selbstverständlich kann man es so sehen. Der Zeitplan wäre, man geht zurück, dann gibt es die Sommerpause, womöglich kommt es dann nach der Sommerpause. Fazit ist, ich kann es abkürzen: Dann werden wir in diesem Jahr, also am 1.1., den Zweckverband nicht mehr gründen können, weil es einfach nicht reicht. Deshalb bitte ich jetzt wirklich, die Fragen konstruktiv zu beantworten ... ehm, den Antrag konstruktiv zu bejahen. Es wäre wirklich ... – es geht wirklich darum, dass man es mal ausprobieren möchte. Es ist in Anlehnung an den Vertrag. Leider kam es bisher nicht geflogen. Ich denke, wenn es sich nicht bewährt, ist es selbstverständlich richtig und wichtig, dass man es auch wieder anpassen würde. Besten Dank.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin a. i.: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit wäre die Rednerliste erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke vielmals. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung dieses Antrags. Ich möchte einfach noch einmal darauf hinweisen, der Einwohnerrat hat nicht die Kompetenz, den § 12 zu ändern, sondern nur die Kompetenz zu sagen, wir wollen ihn so oder nicht. Wenn der Antrag der FDP-Fraktion angenommen wird, dann bedeutet dies, dass einfach neu über diesen Paragraphen verhandelt werden muss. Dies einfach noch zur Präzisierung.

Wer dem **Antrag der FDP-Fraktion** zustimmen möchte, der möge die Karte bitte jetzt erheben. Bitte auszählen. Wer dagegen ist, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Enthaltungen? Danke vielmals.

:::

Das Ergebnis liegt vor. Der Antrag der FDP-Fraktion um Neuverhandlung betreffend § 12 wurde mit 12 Ja-Stimmen, zu 19 Nein-Stimmen, bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Gut, wir fahren weiter mit der paragrafenweisen Verlesung. Ich möchte gerne den 2. Vizepräsidenten a. i., Fredy Rellstab ... Gut, Mark Aellen, du wolltest noch das Wort.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich stelle einen **Ordnungsantrag auf Abbruch der Sitzung**.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Diese Möglichkeit besteht selbstverständlich. Ich möchte einfach zu bedenken geben, wir sind nun kurz vor dem Ende dieses Traktandums. Aber selbstverständlich können wir über diesen Antrag abstimmen. Wenn ich es richtig im Kopf habe, benötigt es eine 2/3-Mehrheit.

Wer dem **Antrag von Mark Aellen** zustimmen möchte, bitte die Karte jetzt erheben. Bitte auszählen. Wer dagegen ist, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Enthaltungen? Danke vielmals.

:::

Das Ergebnis des Ordnungsantrags liegt vor. Dieser wurde mit 9 Ja-Stimmen bei 23 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Somit fahren wir weiter mit der 2. Lesung. Ich möchte Fredy Rellstab, 2. Vizepräsident a. i., bitten, durch die weiteren Paragraphen zu führen. Allfällige Wortmeldungen bitte an die 1. Vizepräsidentin a. i., Melina Schellenberg.

E. Geschäftsstelle

§ 13 Aufgaben und Kompetenzen Seite 5

keine Wortmeldungen

§ 14 Personal Seite 5

keine Wortmeldungen

F. Finanzierung und Kostenverteilung

§ 15 Finanzierung Seite 5

keine Wortmeldungen

§ 16 Budget und Jahresrechnung Seite 6

keine Wortmeldungen

§ 17 Rechtsschutz und Streitigkeiten Seite 6

keine Wortmeldungen

G. Schlussbestimmungen

§ 18 Entschädigung Seite 6

keine Wortmeldungen

§ 19 Haftung Seite 6

keine Wortmeldungen

§ 20 Austritt und Auflösung Seite 6

keine Wortmeldungen

§ 21 Inkraftsetzung Seite 7

keine Wortmeldungen

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Danke vielmals, Fredy Rellstab und Melina Schellenberg. Damit ist die paragrafenweise Verlesung auch beendet. Somit kommen wir jetzt zu den **Anträgen der Kommission für Kultur und Soziales**, Seite 2 des Berichts.

Gestützt auf diese Ausführungen – das ist eben dieser Kommissionsbericht – beantragt Ihnen die Kommission für Kultur und Soziales zu beschliessen:

1. Die Statuten des Zweckverbands Versorgungsregion Allschwil – Binningen – Schönenbuch werden genehmigt.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Wer dagegen ist, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Enthaltungen?

://:

Das Ergebnis dieser Abstimmung liegt vor. Der Antrag der Kommission für Kultur und Soziales wurde mit 20 Ja-Stimmen bei 14 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung angenommen.

Wir kommen zur **Schlussabstimmung** des Geschäfts. Wer das ganze Geschäft 4717 / A erledigt haben möchte, der möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Wer dagegen ist, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Enthaltungen?

Das ist relativ schnell ausgezählt. ...

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Urs Poživil, du hattest noch eine Wortmeldung?

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Ja, aber ich glaube, zuerst muss man noch das Resultat auslesen. Erst danach kann ich eigentlich mein ... ähm ... anbringen ... !

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Gut, somit das Resultat der Schlussabstimmung:

://:

Mit 20 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung wurde das Geschäft abgeschlossen.

Jetzt, Urs Poživil, bitte!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Genau. Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir würden gerne auf § 95 der Gemeindeverordnung **gegen diesen Entscheid das Behördenreferendum ergreifen** und deshalb darüber abstimmen.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Diese Möglichkeit besteht in der Tat. § 95 spricht einfach von Beschlüssen, völlig egal, worum es genau ging. Für ein Behördenreferendum reicht eine 1/3-Mehrheit. Oder korrekterweise müsste man sagen, eine 1/3-Minderheit. Ich bringe diesen Antrag selbstverständlich zur Abstimmung.

Wer das **Behördenreferendum**, welches Urs Poživil beantragt hat, unterstützen möchte, möge bitte die Karte jetzt erheben. Wer dagegen ist, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Enthaltungen? Das sind keine. Ich muss noch kurz rechnen.

://:

Gut, ich gebe das Ergebnis bekannt: Insgesamt haben 34 Ratsmitglieder abgestimmt. D. h. die 1/3-Mehrheit liegt bei 11,3 bzw. 12 Ratsmitgliedern.

Mit Ja haben 14 Ratsmitglieder gestimmt, mit Nein 20. Das heisst, das **Behördenreferendum ist zustande gekommen**.

Stephan Wolf, Präsident a. i.: Gut, wir haben nun bereits zwanzig nach neun Uhr. Ich schlage vor, dass wir für heute unterbrechen und morgen weiterfahren. Ich danke euch vielmals fürs Erscheinen und auch für die Mitwirkung. Ich wünsche euch allen noch einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen wieder. Tschüss zämme, Merci vielmals.

ENDE DES SITZUNGSTEILS DIENSTAG, 11. JUNI 2024, 21.15 UHR

FORTSETZUNG DER SITZUNG MITTWOCH, 12. JUNI 2024, 18 UHR

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

René Amstutz, Präsident: Ich eröffne die Einwohnersitzung vom 12. Juni, die Fortsetzung der Sitzung vom vergangenen Tag, d. h. von gestern, die letzte in dieser Legislatur. Wir gehen direkt zu den Entschuldigungen: Mir bekannt sind Elena Elser, Nico Jonasch, Ueli Keller, Anne-Sophie Metz, Urs Poživil, Miriam Schaub und Tobias Stöcklin. Verspätungen haben Mehmet Can, Etienne Winter, Louis Seifried, Corinne Probst und Florian Spiegel. – Jemand ist schon da? Corinne Probst ist schon da!

Danke. Wir kommen zur Präsenzkontrolle. Besten Dank. Von meiner Seite gibt es keine Mitteilungen. Somit kommen wir zum nächsten Traktandum auf der Traktandenliste.

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 7.2.2024, sowie der Bericht der Kommission für Dienste und Sicherheit, vom 12.3.2024 und 27.5.2024, betreffend
Teilrevision des Polizeireglements vom 22. Februar 2017, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4688 / A / B

René Amstutz, Präsident: Ich frage zuerst den Rat an, ob neue Aspekte vorliegen. Wenn das der Fall ist, würden wir die allgemeine Beratung öffnen, wenn nicht, würden wir gleich zur 2. Lesung gehen. Gibt es neue Aspekte? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit gehen wir direkt zur 2. Lesung der Teilrevision des Polizeireglements vom 22. Februar 2017. Wir bearbeiten es mit der Synopse und ausgehend von den Anträgen der KSD. Wenn im Rat heute Abend kein Antrag gestellt wird, sind die Anträge der KSD angenommen. Wir nehmen die Synopse mit den Änderungen der KSD nach der 1. Lesung. Nehmt die Synopse, welche in der mittleren Spalte die Änderungen der KSD in Violett geschrieben sind, damit alle mit derselben Synopse arbeiten.

Wenn Anträge gestellt werden, bitte diese schriftlich einreichen, damit es korrekt gemacht wird. Also, wir gehen durch die 2. Lesung. Stellt eure Anträge, wenn ihr welche habt, im richtigen Moment. Die 2. Vizepräsidentin wird die Paragraphen aufrufen und meldet euch beim 1. Vizepräsidenten. Bitte.

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck Seite 1

keine Wortmeldungen

§ 2 Grundsatz Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 3 Generalklausel Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 4 Kostenersatz Seite 2

keine Wortmeldungen

B. Organisation

§ 5 Sicherstellung der öffentlichen Ordnung Seite 3

keine Wortmeldungen

§ 6 Vollzugshilfe Seite 3

keine Wortmeldungen

§ 7 Zusammenarbeit Seite 3

keine Wortmeldungen

C. Kompetenzen

1. Allgemein

§ 8 Anordnungen Seite 3

keine Wortmeldungen

§ 9 Polizeiliche Kompetenzen Seite 4

keine Wortmeldungen

§ 10 Inanspruchnahme privater Hilfe Seite 4

keine Wortmeldungen

2. Gemeinderat

§ 11 Verhaltensregeln, Zutrittsverbote Seite 4

keine Wortmeldungen

3. Gemeindepolizei

§ 12 Aufforderung Seite 4

keine Wortmeldungen

§ 13 Befristeter Platzverweis Seite 5

keine Wortmeldungen

D. Besondere Vorschriften

I. Gemeindepolizei

1. Schutz der öffentlichen Ordnung

§ 14 Grundsatz Seite 5

keine Wortmeldungen

§ 15 Verbotenes Verhalten Seite 5

keine Wortmeldungen

§ 16 gestrichen

keine Wortmeldungen

§ 17 Unbemannte Luft- und Modellluftfahrzeuge Seite 6

[recte: § 17 gestrichen]

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Das Wort hat Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Nur um sicher zu sein: Ich hoffe, das ist nun im Kommissionsantrag gestrichen. Der Vorschlag der Gemeinde hat mich schon ein wenig irritiert, der voller Falschannahmen und rechtlich nicht haltbaren Vorschlägen war. Aber ich glaube, wenn wir es jetzt streichen, sind wir uns alle einig. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön auch. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

René Amstutz, Präsident: Vielleicht eine kleine Bemerkung: § 17, der Antrag der KSD ist gestrichen. Damit man es richtig versteht. Dieser Titel gibt es nicht mehr. § 17 ist gestrichen.

Melina Schellenberg, 2. Vizepräsidentin: D. h. ich habe bei mir auf dem Drehbuch noch eine alte Version, auf der er bisher nicht gestrichen ist, und es ist nicht vermerkt. Deshalb habe ich es vorgelesen. Das ist ein Fehler im Drehbuch.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Claudia Sigel, bitte!

Claudia Sigel, KSD-Präsidentin: Danke vielmals. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Das ist ein redaktioneller Fehler der Verfasserin dieser Synopse, also von mir. Und zwar, wenn man rechts in der Spalte bei den Kommentaren schaut, hat man einen Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion, die den Antrag auf Streichung dieses Paragraphen gestellt hat. In der Kommission hat man über diesen Antrag abgestimmt und ist dem Antrag gefolgt. Ich meine, ich hätte es rechts auch so ausgeführt. In der Folge hat dann die Kommission den ganzen Artikel, den ganzen Paragraphen gestrichen. Was vergessen ging, und das ist mein Verfehlen, ist das Wort «gestrichen». Ich hole es fürs Protokoll nun noch nach. Da oben sollte stehen: «gestrichen». Danke vielmals.

Melina Schellenberg, 2. Vizepräsidentin: Gut, dann fahren wir weiter.

2. Benützung und Schutz des öffentlichen Eigentums

§ 18 Grundsatz Seite 7

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Das Wort hat Matthias Häuptli.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir haben in der 1. Lesung thematisiert von der Begrifflichkeit öffentlicher Raum und Allmend. Die Kommission hat in § 1 entschieden, den öffentlichen Raum wieder mit Allmend zu ersetzen. Meine Frage ist, müsste man es nicht auch hier machen? Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Ich gebe das Wort direkt an Claudia Sigel von der Kommission.

Claudia Sigel, KSD-Präsidentin: Wir haben das Wortspiel in der Kommission besprochen. Ganz ehrlich? Ich kenne den Unterschied zwischen öffentlichem Raum und Allmend nicht. Ich finde sogar, der öffentliche Raum geht höchstens noch weiter als Allmend. Ich finde es hier in diesem Sinn passend, wenn man «öffentlicher Raum» belassen würde. In der Kommission hat es auch niemanden gestört. Wir haben nicht gemeint, man müsste es auch anpassen. Wenn aber andere Meinungen im Rat vorhanden sind, gebe ich gerne frei für Diskussionen. Danke vielmals, Herr Präsident.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Claudia Sigel. Das Wort hat Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ganz grosses Glatteis, sich als nicht Jurist mit Juristen anzulegen, wenn es um Definitionen geht. Aber ich wage es trotzdem, sodass man sieht, was darunter verstanden wurde. Gemäss meinem Auffassungsvermögen bzw. jenes des Gemeinderates wiederzugeben, haben wir es so gesehen: Allmend ist ohne privaten Raum, der nutzbar ist. Öffentlicher Raum ist inkl. privater Raum, der öffentlich nutzbar ist. Ich mache

ein Beispiel: der Coop-Parkplatz. Dieser ist öffentlich nutzbar, nach den vorhandenen Bestimmungen kann man parkieren, man kann hingehen, man darf sich auf ihm aufhalten. Aber er gehört nicht der Gemeinde, sondern ist privat. Wie Claudia Sigel sagt, öffentlicher Raum geht weiter als die blosse Allmend. Unter diesem Aspekt finde ich hier «öffentlicher Raum» für 1, 2 und 3 angebracht.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Gibt es weitere Wortmeldungen zu § 18? Dann hat Matthias Häuptli das Wort.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte den Antrag stellen, dass man den Abs. 1 streicht. Wir haben nun geklärt, dass offenbar die Meinung ist, dass es sich nicht nur auf der Allmend, sondern sogar auf den privaten, öffentlichen Raum bezieht, also solche, der im Privateigentum steht. Wie bereits das letzte Mal gesagt oder im April gesagt, es ist recht weitgehend, wenn man sagt, die Nutzung muss dem entsprechen, was irgendwo positiv vorgesehen ist. Das Beispiel ist: Kinder, die auf dem Trottoir spielen. Das ist nirgends in einem Gesetz oder in einer Verordnung oder einem Richtplan oder einer Nutzungsregel so vorgesehen. Aber es ist eine Nutzung, die nicht hindert, dass man die Allmend oder den öffentlichen Raum so nutzt, wie es prinzipiell dem Zweck entspricht. Es geht zu weit, wenn man hier quasi eine Interventionsgrundlage schafft, dass alles verboten ist, was nicht ausdrücklich erlaubt ist. Deshalb beantrage ich in diesem Sinn, den Abs. 1 zu streichen. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Matthias Häuptli. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann ist die Rednerliste zu § 18 erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Dann würden wir über den **Antrag von Matthias Häuptli**, GLP, abstimmen. Der Antrag lautet:

§ 18 Abs. 1 ist zu streichen. Wer dem zustimmen möchte, soll es jetzt mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Mit 13 Ja zu 7 Nein und 6 Enthaltungen habt ihr den Antrag von Matthias Häuptli, GLP, angenommen.

Wir gehen weiter in der 2. Lesung. Bitte!

§ 19 Beschädigungen und Verunreinigungen Seite 7

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gemeinderat Philippe Hofmann möchte sich äussern. Bitte!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich habe mich zuvor schnell gemeldet, denn es gibt ja noch den Antrag wegen «möglichst» in Abs. 2, das wir streichen möchten. Haben wir dies das letzte Mal verpasst oder ich meine, der Gemeinderat ist weiterhin der Absicht oder der Überzeugung, dass es drin stehen müsste?

René Amstutz, Präsident: Der Gemeinderat stellt weiterhin den Antrag, dass in § 18 Abs. 2 das Wort «möglichst» weiterhin drinbleibt. Möchte sich jemand dazu äussern? Sonst würden wir gleich zur Abstimmung gehen. Es gibt keine Wortmeldungen. Somit kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag des Gemeinderats**, der heisst:

§ 18 Abs. 2: Das Wort «möglichst» ist zu streichen. Wer das unterstützt, soll das jetzt mit der Karte bezeugen. [*Stimmen im Hintergrund*] Sorry, falsche Formulierung meinerseits! Ja, auf jeden Fall, sorry!

Noch einmal. Der **Antrag des Gemeinderats**: In § 18 Abs. 2 ist das Wort «möglichst» zu belassen. Wer diesen Antrag annehmen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Der Antrag des Gemeinderats wurde grossmehrheitlich abgelehnt.

Wir gehen weiter zur 2. Lesung. Bitte!

Melina Schellenberg, 2. Vizepräsidentin: Zum zweiten Mal – ich wiederhole:

§ 19 Beschädigungen und Verunreinigungen Seite 7

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gemeinderat Philippe Hofmann möchte sich äussern.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ja, ich meine, auch hier geht es darum, dass wir es wieder abstimmen müssen, wenn ich richtig liege. Denn es geht darum, dass der Vorschlag der Gemeinde weiterhin ohne «übermässige» Verunreinigungen vorliegt. Das ist ein Antrag der Kommission, die nun hinzukommt. Und der Gemeinderat ist weiterhin überzeugt, dass das Wort «übermässig» überflüssig ist, und beantragt, dass der Antrag weiterhin so bleibt. Dann kann man auch sagen, weshalb. Denn: Es geht darum, dass wir wollen, dass Beschädigungen und Verunreinigungen gehandhabt werden können. Wer beurteilt, was übermässige Beschädigung ist und was nicht? Wenn ich ein Strassenschild verbiege, wann ist es übermässig? Wenn es ganz verbogen ist oder nur ein wenig? Was ist übermässig? Wer definiert das? Ich halte diese Ergänzung für überflüssig. Deshalb hat der Gemeinderat weiterhin die Haltung, dass dieses Adjektiv nicht eingefügt werden soll.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Das Wort hat Melina Schellenberg und anschliessend Christian Jucker.

Melina Schellenberg, SP-Fraktion: Besten Dank. Eine kleine Korrektur: Das Wort «übermässig» bezieht sich nicht auf Beschädigungen, sondern auf Verunreinigungen. Beschädigungen sind immer zu melden, egal ob ein wenig verbogen oder komplett verbogen. Es geht um übermässige Verunreinigungen. Die Überlegung war: Eine Verunreinigung wäre auch, wenn einem beim Einkaufen der Sack reisst und das Joghurt auf den Boden fällt und es dann einen Klecks am Boden hat. Logischerweise ist das keine übermässige Verunreinigung. Wenn man nun aber wirklich etwas aktiv verdreckt, dann ist es übermässig. Besten Dank.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Christian Jucker und anschliessend Claudia Sigel.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Ich möchte auch ein paar Beispiele bringen. Ich schaue mal Franz an - oder, wenn einer bei mir mit dem Traktor vom Feld herausfährt, dann sieht die Strasse nachher anders aus. Wenn man jedes Mal verpflichtet wird, dies bei der Gemeinde zu melden und für einmal dort wischen geradestehen muss, glaube ich, ist es einfach nicht real und führt am Ziel vorbei. Für mich ist die übermässige Verunreinigung ein guter Turn hierzu. Es geht ja dann auch um die Meldepflicht, die sich anschliesst. Dies ist eigentlich der essenzielle Teil dieses Satzes. Wenn ich jede Verunreinigung melden muss, klappt es meiner Meinung nach nicht mehr. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Christian Jucker. Das Wort hat Claudia Sigel und anschliessend Henry Vogt.

Claudia Sigel, KSD-Präsidentin: Danke vielmals. Herr Präsident. Christian Jucker hat mir aus dem Herzen gesprochen. Es gibt nichts mehr zu ergänzen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Claudia Sigel. Das Wort hat Henry Vogt.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich springe auf denselben Zug auf. Ich finde, «übermässig» gehört dazu. Wenn einer einen Kaugummi auf den Boden spuckt, dann ist das schon mal eine Verunreinigung. Wir sind ja so langsam Singapur Style. Dort wird es gebüsst. Deshalb muss es ja schon fast drinstehen, alles andere ist ... Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Dann hat Gemeinderat Philippe Hofmann das Wort und anschliessend Swen Wyss – Sandro Felice, Entschuldigung.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Danke, Melina. Es war ein Fehler meiner Argumentationskette. Selbstverständlich geht es nicht um Beschädigungen,

sondern nur um Verunreinigungen. Trotzdem. Wenn ich mich nun in einen normalen Allschwiler ver-
setze, der durchs Dorf fährt und macht und hier lebt, woher weiss ich, was übermässig ist? Nach mei-
nem Empfinden ist übermässig wahrscheinlich nicht das, was für einen anderen ist. Jetzt melde ich
das nicht, weil ich nicht finde, dass es übermässig ist. Dann werde ich quasi zur Kasse gebeten. Wer
definiert, was «übermässig» ist? Das lässt sich ... – es ist auch wieder etwas, was sehr gut klingt, was
man zum Teil vielleicht mit gesundem Menschenverstand abdecken kann, aber einfach nicht praxis-
real ist. Deshalb, ich sehe natürlich schon das Beispiel, welches genannt wurde, wegen des Kaugum-
mis, das ist sonnenklar, dass es so ist. Die Frage nur ist, wo ist die Abgrenzung und wer definiert die
Abgrenzung und wie regeln wir es schlussendlich? Deshalb meine ich, es ist nicht praktikabel und
auch nicht sinnvoll. Daher ist das «übermässig» auch überflüssig.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Sandro Felice und anschliessend
Mark Aellen.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Genau, geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende.
Genau auf diesen Punkt, der Philippe Hofmann erwähnte, möchte ich nun eingehen. Und zwar ist in
Abs. 1 geregelt, dass jeder, der etwas verunreinigt, es einfach mal praktikabel reinigen soll. Eigentlich
besteht die Pflicht, dass man es reinigen soll. Im zweiten Absatz oder im Absatz 1^{bis} geht es darum,
was muss ich denn melden? D.h. wenn ich es nun nicht reinigen kann, weil es nicht möglich ist, weil
Benzin ausgelaufen ist oder etwas, was ich nicht selbst reinigen kann, muss ich es der Gemeinde
melden. Wenn ich aber ein Fest oder sonst was veranstalte und die Verunreinigung wieder putze,
muss ich nicht melden, dass ich eine Verunreinigung hatte und es wieder gereinigt habe. Das macht
keinen Sinn. Sondern es geht darum, wenn etwas übermässig dreckig wird, man es insbesondere
nicht selbst reinigen kann, dann muss man es der Gemeinde melden. Deshalb macht es Sinn.

Der zweite Punkt ist wirklich nur die Meldepflicht. Es macht keinen Sinn, dass ich melden muss, was
ich verunreinigt und wieder aufgeputzt habe. Wenn ich ein Fest auf der Allmend oder an einem öffent-
lichen Ort und dafür eine Bewilligung habe, und es wieder wegräume, muss ich es ja nicht melden.
Dann ist es wieder in Ordnung und ist okay, so wie ich es verstehe. Daher, es geht darum, übermäs-
sig ist sie dann, wenn ich es z. B. nicht schaffe, es selbst zu reinigen oder wenn ich ein Spezialgerät
benötige. Deshalb macht es mit «übermässig» für mich eigentlich Sinn.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Sandro Felice. Das Wort hat Mark Aellen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich störe mich ein wenig an der Argumentation, es sei nicht praktikabel.
Wenn ich den anderen Fall nehme, dass ich jede Verunreinigung melden muss, weshalb ist dies prak-
tikabler? Das wird ein sehr hoher Meldebedarf geben, denn wir verunreinigen die Strassen dauernd.
Selbst wenn wir mit dem Auto darüberfahren, verunreinigt man sie eigentlich, indem wir Gummirück-
stände hinterlassen. Ich möchte nun nicht ganz so pingelig sein. Es gibt viele Verunreinigungen. Dann
müsste man diese alle melden? Das macht doch überhaupt keinen Sinn. Ihr habt ja nicht mehr ande-
res zu tun, als diese Meldungen zu verwalten.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Mark Aellen. Gibt es weitere Voten zu § 19? Das ist
nicht der Fall. Damit ist die Rednerliste zu diesem Paragraphen erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Somit kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag des
Gemeinderats**. Der lautet:

In § 19 Abs. 1^{bis}, ist das Wort «übermässig» zu streichen. Wer diesem Antrag des Gemeinderats
folgen möchte, soll es jetzt mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Ihr habt den Antrag einstimmig, bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Wir fahren weiter mit der 2. Lesung. Bitte!

§ 20 Littering Seite 8

keine Wortmeldungen

§ 21 Gesteigerter Gemeingebrauch Seite 8

keine Wortmeldungen

§ 21 a Bewilligungen Seite 9

keine Wortmeldungen

§ 21 b Bewilligungsgebühr Seite 9

keine Wortmeldungen

3. Privatgrund

§ 22 Grundstücke und Anlagen Seite 10

keine Wortmeldungen

4. Öffentliche Anlagen

§ 23 Öffentliche Sport-, Schul- und Freizeitanlagen Seite 10

keine Wortmeldungen

5. Schutz vor Immissionen

§ 24 Grundsatz Seite 10

keine Wortmeldungen

§ 25 Nachtruhe Seite 11

keine Wortmeldungen

§ 26 Öffentliche Ruhetage Seite 11

keine Wortmeldungen

§ 27 Lärm verursachende Tätigkeiten Seite 11

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Das Wort hat Matthias Häuptli.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es geht um ... – bin ich nun in den Paragraphen verrutscht? – Ah, wir sind einen zu früh. Ich ziehe es zurück.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen zu § 27? Das ist nicht der Fall. Dann ist die Rednerliste zu diesem Paragraphen erschöpft.

§ 28 Lärm verursachende Geräte und Musik ohne Verstärkeranlage Seite 13

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Das Wort hat Matthias Häuptli.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. So, jetzt sind wir am richtigen Ort. Wir haben die Musik ohne Verstärkeranlage, welche neu bewilligungspflichtig werden soll, in der 1. Lesung thematisiert. Es wurde in der Synopse dann nicht korrekt aufgenommen. Der Antrag lautet: «sowie Musik ohne Verstärkeranlagen» zu streichen, und nicht nur «Verstärkeranlagen». Es geht darum, dass man Musik ohne Verstärkeranlagen nicht als bewilligungspflichtig erklären muss. Das ist ein wenig ein Overkill. Das ist nicht notwendig. Wie zuvor erwähnt, das sind «Ständelis», für die es einige Leute braucht, die man zusammenfassen muss, dass es wirklich laut wird. Es sind nicht einzelne, die massive Lärmimmission generieren. Es ist übertrieben, wenn man verlangt, dass beispielsweise für ein Geburtstagsständeli von einer Band oder einem Korps eine Bewilligung eingeholt wird. Das benötigen wir nicht. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Matthias Häuptli. Das Wort hat die Kommissionspräsidentin, Claudia Sigel.

Claudia Sigel, KSD-Präsidentin: Danke vielmals. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es ist eine Frage, die ich nun an Matthias Häuptli richten möchte. Denn ich verstehe es nicht. Ich verstehe nicht, ob es dem, was er sich vorstellt, gerecht wird, wenn wir «ohne Verstärkeranlagen» löschen. Es bedeutet dann einfach, dass man für Musik im Freien eine Bewilligung benötigt. Es ist eigentlich dasselbe. Wo liegt der Unterschied? Wäre es möglich, dass man im Rahmen dieser 2. Lesung um eine Antwort bitten könnte? Danke vielmals.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Selbstverständlich. Dann erteile ich das Wort direkt an Matthias Häuptli.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich wurde offenbar nicht richtig verstanden. Ja, genau das ist falsch. Der Antrag ist: «sowie Musik ohne Verstärkeranlagen» zu streichen. In der Synopse steht, dass man nur «ohne Verstärkeranlagen» streichen würde. Aber der Antrag ist, dass man «sowie Musik ohne Verstärkeranlagen» streicht.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals für die Erläuterung. Das Wort hat Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte noch auf den Paragraphen davor kommen. Dieser regelt dieses Problem eigentlich. «*Musikinstrumente, Radio und Fernsehapparate und andere Tonwiedergabegeräte dürfen nur so benützt werden, dass Dritte nicht durch übermässigen Lärm gestört werden.*» D. h. wir müssen es im nächsten Reglement, im nächsten Absatz eigentlich nicht noch einmal regeln und noch eine Bewilligungspflicht für ein Geigenständeli oder einen Alphornbläser einführen. Wir möchten unbedingt, dass es jetzt so hineinkommt, was auch wieder sinnvoll durchsetzbar ist und nicht zu einer Bewilligungs- und Klageflut führt. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Christian Jucker. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Rednerliste zu § 28 erschöpft. Nein, Entschuldigung, ich habe Gemeinderat Philippe Hofmann übersehen und erteile ihm sogleich noch das Wort.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Einfach noch zur Verdeutlichung: Im Titel wird es auch geändert.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Ich habe von Matthias Häuptli eine nickende Geste gesehen. Möchtest du es zuhanden des Protokolls noch kurz bestätigen?

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Selbstverständlich. Der Antrag bezieht sich auf den Passus «und Musik» bzw. «sowie Musik ohne Verstärkeranlagen» zu streichen, sowohl im Titel als auch in Abs. 1. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals für die Erläuterung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Damit ist die Rednerliste zu § 28 jetzt definitiv erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Damit es klar ist, lese ich den Antrag noch einmal vor, damit es klar ist, auch fürs Protokoll. Also, wer den **Antrag der EVP/GLP/Grüne von Matthias Häuptli** annehmen möchte, soll es später bestätigen. Der Antrag lautet:

Der Titel von § 28 soll so lauten: «*Lärm verursachende Geräte*» und Abs. 1 würde lauten: «*Die Verwendung von Lautsprechern, Megaphonen, anderen Verstärkeranlagen im Freien und in Fahrnisbauten ausserhalb der Fasnachtstage sind bewilligungspflichtig. Die Bewilligung wird vom zuständigen Bereich erteilt.*»

Wer diesem Antrag folgen möchte, soll es jetzt mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Ihr habt diesen Antrag einstimmig angenommen.

Besten Dank. Wir fahren mit der 2. Lesung fort. – Gemeinderat Philippe Hofmann möchte sich äussern.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ganz kurz: Redaktionell heisst es «ist bewilligungspflichtig», nicht «sind».

René Amstutz, Präsident: Nehmen wir zur Kenntnis und wird selbstverständlich angepasst. Henry Vogt, möchtest du uns etwas sagen?

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Irgendwo habe ich den Faden verloren. Jetzt haben wir ja über Abs. 1 und 2 abgestimmt. Kam nicht ein Antrag, dass Abs. 3 gestrichen wird? Oder habe ich es missverstanden?

René Amstutz, Präsident: Der Antrag hat sich nur auf den Titel und Abs. 1 bezogen. – Also, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit gehen wir weiter mit der 2. Lesung.

§ 29 Feuerwerk und Knallkörper Seite 13

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Das Wort hat Matthias Häuptli.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe nun eigentlich erwartet, dass sich irgendjemand überhaupt noch dem Antrag der Kommission widersetzt, dass man Privatfeuerwerk und Knallkörper generell verbietet. Es ist ein relativ weitgehender Antrag, welchen die Kommission hierzu stellt. Ich weiss nicht, ob es von der Bevölkerung getragen wird. Ich glaube, Feuerwerk, muss man sehen, ist nicht unbedingt ein rationales Thema. Es gibt nicht wirklich rationale Gründe, um Feuerwerk abzubrennen und es gibt ein paar rationale Gründe, dass man es nicht macht. Es ist im Wesentlichen ein emotionales Thema. Einerseits für jene, die das Bedürfnis haben, ein Fest oder einen bestimmten Anlass, konkret den 1. August, mit Feuerwerk zu begehen. Andererseits für jene, die sich dadurch gestört, belästigt fühlen und auch Sorge um ihre Tiere haben. Ich glaube, wir als Einwohnerrat sind gut beraten, wenn wir den Emotionen beider Seiten Rechnung tragen und niemandem absprechen, dass sie gewisse Berechtigung haben oder man diese Emotionen überhaupt hat.

Unter diesem Aspekt möchten wir den Antrag stellen, im Sinne eines Kompromissvorschlags, dass man das Feuerwerk, wie bereits in der Motion, welche unterdessen quasi parallel dazu überwiesen wurde, einfach auf ein vernünftiges Mass einschränkt. Dass man auf ein Silvester verzichtet und das Feuerwerk auf den 31. Juli und 1. August begrenzt, dies jeweils auch zeitlich eingeschränkt, damit es auch irgendwie Sinn macht. Es ist sinnlos, wenn man den ganzen Tag lang schon von Feuerwerk, welches abgebrannt wird, belästigt wird, was auch gar nicht der Sinn von Feuerwerk ist, weil man es nicht sieht, da es nämlich hell ist, weil es nur knallt. Natürlich muss es abends irgendwann auch ein Ende haben. Aus unserer Sicht bis spätestens nachts um Eins. In diesem Sinn der Antrag, dass man es halt begrenzt, jeweils ab neun Uhr. Neun Uhr ist die Zeit, an der zu dieser Jahreszeit die Sonne untergeht. Es ist sinnvoller, dass man eine Uhrzeit schreibt, dann ist es klar. Von Sonnenuntergang bis Eins sind vier Stunden, während diesen es auch für jene, die es nicht so lustig finden, auszuhalten ist. Und man nimmt jenen, für die ein Feuerwerk wichtig ist, eigentlich auch nichts weg. Wir denken, das sollte ein mehrheitsfähiger Antrag sein. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Matthias Häuptli. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das Wort hat Kommissionspräsidentin Claudia Sigel und anschliessend Florian Spiegel.

Claudia Sigel, KSD-Präsidentin: Danke vielmals, Herr Präsident. Ich möchte einfach, damit es nicht wieder zu schnell vorwärtsgesht – ich sehe bereits Henry Vogts Bedenken – dass wir sicher auch noch nebst dem Antrag der GLP auf den Antrag, der einmal gestellt wurde, auch von Florian Spiegel, er hat es jetzt als Mindestantrag formuliert, eingehen. Ich finde, er ist auch auf Nachfrage an diesem «mindestens» hängen geblieben. Ich hätte nun, um über den Antrag hier abstimmen zu können, «mindestens» rausgenommen, denn man muss ja danach damit arbeiten können. Aber dass man sicher mal die zwei Anträge, falls nicht noch mehr Anträge kommen, zur Abstimmung unterbreitet. Danke vielmals.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Claudia Sigel. Das Wort hat Florian Spiegel.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Besten Dank. Ja, es ist insofern richtig, als ich es Claudia zugesagt habe. Ich muss aber auch ehrlicherweise zugestehen, wir hatten diesen Antrag betreffend die letzten paar Tage auch noch Kontakt mit der GLP. Es geht in die Richtung, die wir das letzte Mal bereits genannt haben. Uns persönlich wäre es, wenn wir ganz ehrlich sind, am liebsten gewesen, wir hätten dem Antrag des Gemeinderats zugestimmt, insofern, als man Silvester rausgenommen hätte. Hätte man Silvester gelöscht, dann hätte man auch «samt der Bundesfeier am 31. Juli / 1. August ist das Abbrennen von Feuerwerken und Knallkörpern bewilligungspflichtig» stehen lassen können. Wir waren aber bereit, dass wir gesagt haben, wir suchen eine Lösung. Ich bin absolut einig mit der Argumentation, dass es schwierig ist, den 1. zu belassen und den 31. zu streichen. Das ist nicht umsetzbar und kontrollierbar. Wir überlegten uns noch, ob man – das ist nun ein Detail – ergänzen müsste, so wie es Basel-Stadt ordentlich getan hat, nämlich mit den Kategorien, was eigentlich heute auch auf Bundesebene so geregelt ist. Es geht schlichtweg auch um Feuerwerkskategorien, denn es gibt andere, die wiederum eine Sonderregelung haben. Man müsste also Kategorien 1, 2 und 3 nehmen, damit Private überhaupt noch die Möglichkeit haben, dass man ... die müsste man eigentlich nehmen. Dies wäre dann ganz ordentlich.

Bei der Zeit: Wie gesagt, wir wollen es wegen «ab neun Uhr» nicht scheitern lassen. Wir haben uns eher sechs Uhr vorgestellt. Aber ich muss ganz ehrlich sagen, ich glaube, und hier muss man schon zu sich selbst ehrlich sein: wir können jetzt eine Zeit reinschreiben, aber wie willst du das dann kontrollieren und umsetzen? Hand aufs Herz: Es ist einfach nicht umsetzbar. Du, Mark Aellen hast es, es hat mir gut gefallen, zuvor bereits erwähnt, der Aufwand der Bewilligungen, wenn es nun jeder melden würde. Da gehen wir nun in genau dasselbe. Rein theoretisch müsste er dann vor neun oder, wenn wir etwas weiter heruntergehen, vor sechs wirklich eine Bewilligung einholen. Das wird niemand tun. Das ist schlichtweg nicht praxistauglich. Wenn dies tatsächlich stattfinden würde, gäbe es eine unsinnige Bewilligungsflut und die Kontrolle und Umsetzung dessen ist schlichtweg nicht machbar. Wir können es nun sehr ideologisch diskutieren. Wir können ausgezeichnete Argumente bringen. Von den einen kommt vielleicht eines wie Umweltverschmutzung, andere können sagen, man soll es den Kindern belassen, Dritte können etwas wegen der Haustiere in die Runde werfen. Es ist aber etwas, was historisch dermassen gewachsen und so breit abgestützt ist - das ist es schlichtweg, ob man es will oder nicht. Auch Basel-Stadt hat die Regelung, wenn es mir recht ist, ab sechs Uhr.

Auch in Basel-Stadt wird früher abgelassen. Ich habe noch nie mitbekommen, dass sie in Basel-Stadt dann um zwei Uhr patrouillierten und Bussen verteilten. Es ist schlichtweg nicht praktikabel. Ich finde, eine Legislative hat eine Aufgabe, und zwar Verordnungen und Gesetze zu erlassen, welche praktikabel sind und ein Stück weit nach Augenmass getroffen werden. Wir werden am Schluss, auch wenn neun Uhr drinsteht, das von der GLP unterstützen, damit wir es nicht völlig draussen haben. Wir würden es begrüßen, wenn man nur den Silvester streichen würde, weil es als Einzeltag enthalten ist, mit nicht wirklich einer Verbundenheit zu unseren Traditionen. Aber die Umsetzung von dem, was wir heute Abend hier beschliessen, steht auf einem ganz anderen Blatt. Mich nähme es noch Wunder, wer die Umsetzung durchführt. Das kann Philippe Hofmann vielleicht noch beantworten. Ich glaube, die Polizei ist nach wie vor bei dir, wenn es mich nicht täuscht. In der Regel ist ja dann ziemlich zügig Schluss. An Feiertagen habt ihr, glaube ich, Feiertag?

So. Wie dieses Konzept funktionieren soll, damit wir es dann bewerkstelligen ... Hand aufs Herz hier, das müsste doch jedem klar sein, dass das, was wir heute, wenn wir es heute hier durchbringen, einfach schlichtweg nicht praktikabel ist. Ich glaube, hier nun ist es, ich versuche, meine Emotionen auch rauszuhalten, nicht sinnvoll, wenn man ein solches Gesetz verabschiedet, welches schlichtweg nicht umsetzbar ist und schlichtweg auch niemand kontrollieren will. Ausser ich stelle mir dann einen Sonderauftrag oder eine Leistungsvereinbarung mit der Securitas vor, die ab neun Uhr morgens mit 40 zusätzlichen Personen durch Allschwil tingelt und dann Anträge einreichen will, auf diese Art, wie sie es bereits bei Lärmbelastigungen machen. Denn, ich glaube, der Gemeinderat musste, wie viele

musste er im vergangenen Jahr, waren es 80 % der gemachten Verordnungen zurückziehen? Ich glaube, es waren ungefähr 80 %, dies unter dem Jahr. Ich möchte es mir gar nicht vorstellen, wie es herauskommt. Deshalb eigentlich bitte nach gesundem Augenmass, lasst doch die Spielerei, dort eine Regelung hineinzubringen, die einfach nicht praktikabel ist.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Florian Spiegel. Das Wort hat Lucca Schulz und anschliessend Claudia Sigel.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wir haben diese Frage in der Fraktion sehr kontrovers diskutiert und das Problem oder die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten von vielen Seiten betrachtet. Wo wir uns einig waren, ist, dass Silvester gestrichen gehört, dass es dann nicht nötig und gewünscht ist. Nun war es so, dass, wie auch schon, diverse Argumente kamen; es gibt gute Gründe dafür, dass man das Feuerwerk komplett verbietet. Vielleicht, wenn man 100 % rational wäre, wäre dies gegebenenfalls die absolut vernünftigste Lösung. Menschen sind halt nicht 100 % rational, und es gibt auch andere Interessen, die hineinspielen. Es gibt auch ganz viele Argumente. Man könnte z. B. auch sagen, man sollte doch nicht bestrafen, wer Feuerwerk abbrennt, sondern man sollte verhindern, dass es überhaupt produziert und verkauft wird. Das wäre auch ein anderer Ansatz, als dass man dann die Endbenutzer bestraft.

Auf jeden Fall haben wir keine einheitliche Meinung. Es wird ein Teil der Fraktion sein, der dem Antrag der KSD folgen wird, der es vollkommen verbieten will. Es gibt einen Teil der Fraktion, der dem Kompromissvorschlag resp. dem Gemeinderatsvorschlag folgen wird.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Lucca Schulz. Das Wort hat Claudia Sigel und anschliessend Henry Vogt.

Claudia Sigel, KSD-Präsidentin: Danke vielmals, Herr Präsident. Um auf das Votum von Florian Spiegel zurückzukommen zur Umsetzbarkeit: Es ist nachvollziehbar, was er damit meint. Wenn man aber nach der Umsetzbarkeit von Gesetzen gehen will, und nur noch jene Gesetze stehen lassen will, welche umsetzbar sind, haben wir bald keine mehr. Man muss nur mal im Familienrecht schauen. Das Besuchsrecht der Väter ist definitiv nicht umsetzbar, wenn sich eine Mutter, welche die Obhut innehat, dagegen wehrt, leider Gottes gibt es das sehr oft in der Praxis. Und doch wird es dank der Regelung im Gesetz wird es, würde ich mal sagen, von 80 % oder 75 % der getrennten Eltern angewendet. Und es macht Sinn, denn es geht um die Sache. Hört auf, an eine Umsetzbarkeit eines Gesetzes zu glauben. Das wäre schlicht naiv. Es geht aber auch um eine Signalwirkung. Es geht darum, der Gesellschaft einen Rahmen zu setzen, an den sich doch immerhin der grösste Teil der Gesellschaft hält. So schätze ich die Schweizer Bevölkerung auch ein, dass man sich immerhin grösstenteils an den Rahmen halten kann. Danke vielmals.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Claudia Sigel. Das Wort hat Henry Vogt und anschliessend Niklaus Morat.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich schliesse mich eigentlich der Rede von Flo an. Ich bin doch der Meinung, dass man sechs Uhr nachmittags statt neun Uhr abends nehmen sollte, wenn wir sie zeitlich begrenzen. Aus dem einfachen Grund: Für alle hier, die Kinder haben oder vielleicht Kinder haben werden, das sind eben diese Kategorien, die wir oben sehen, F1, F2. F1 ist z. B. bis 14 Jahre alt, Feuerwerk bis 14 Jahre, bis 12 etc. D. h. wir haben viele Kleinf Feuerwerke, viele Kleinkinder, die Rauchbömbelis ablassen oder die – ich weiss nicht, wie man sie heute nennt – diese Geschlechterfürze, [*Gelächter*] – ja, ich darf das andere Wort ja nicht sagen. All die kleinen Dinge, die kleinen Rauchdings oder -stäbchen, die rauchen usw. D. h. ja, rein theoretisch gehören sie auch zu Feuerwerk. D. h. alle Kleinkinder, die um neun, zehn Uhr ins Bett gehen, dürften gar kein Feuerwerk mehr ablassen, wenn wir es ab neun Uhr begrenzen. Dementsprechend würde ich doch beliebt machen, dass wir bestimmt Silvester streichen, das ist klar. Aber dass man sicher um sechs Uhr nachmittags beginnen darf und nicht erst um neun Uhr abends. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Henry Vogt. Das Wort hat Niklaus Morat und anschliessend Sandro Felice.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir sprechen nun hier viel über Zeiten. Ich bin fest überzeugt, wir sollten das nicht im Parlament festlegen, sondern es gibt auch noch eine Verordnung dazu. Das könnten wir getrost dem Gemeinderat überlassen, also der Exekutiven. Ich halte es für richtig, dass wir definieren, an Silvester eher nicht und an der Bundesfeier

ja, und sonst unter dem Jahr keineswegs. Ich glaube, wenn wir über die Zeiten diskutieren, reden wir der Exekutiven zu sehr rein. Besten Dank.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Niklaus Morat. Das Wort hat Sandro Felice.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe auch noch etwas zum Votum von Florian Spiegel und zum Antrag von Henry Vogt. Und zwar: Ich gebe Florian Spiegel recht, es ist sicher schwierig, es 100 % umzusetzen. Wobei, es war bis jetzt schon so. Das «bewilligungspflichtig» war bereits drin, d. h. es war schon jetzt nicht umsetzbar. Denn wenn jemand am 30. Juli bereits Feuerwerk abgelassen hat, war es auch nicht umsetzbar. Ich weiss nicht, was man dann bis jetzt getan hat. Insofern ist es gleichgeblieben. Es ist sicher so, dass, wie zuvor erwähnt wurde, die meisten sich gleichwohl freiwillig daranhalten, wenn man es mal so kommunizieren würde.

Nun noch das Problem beim Antrag von Henry Vogt ist, dass wenn es nur am 1. August und 31. Juli gestattet ist, dann hat man nicht mehr die Freiheit, eine Bewilligung einzuholen. Wenn man irgendwie im Juli ein Fest hat und einen speziellen Anlass, und ein Feuerwerk machen möchte, ist es nicht mehr möglich. Jetzt ist die Formulierung quasi so, dass, wenn man es so formuliert, wie wir es beantragt haben, dann ist es quasi gestattet, und ausserhalb kann man noch eine Bewilligung einholen. Wenn man es so formuliert, dass es nur dann gestattet ist, dann ist es ausserhalb dieser zwei Tage niemals mehr möglich, ein Feuerwerk zu machen. Einfach von der Formulierung her. Deshalb ist es ja so gedacht. Man muss es einfach bedenken, wenn man es so umsetzen möchte. Ansonsten habe ich das Gefühl, es ist klar, dass, wenn nun jemand bereits um Viertel vor neun Uhr ablässt, wahrscheinlich nicht gleich mit der Polizei auffährt. Man kann es dann auch mit Augenmass umsetzen. Es wäre sicher so, dass die Leute, wenn man es kommuniziert, sich auch freiwillig daranhalten werden, wie auch sonst. Es ist ja auch so, dass, wenn man ein Tempolimit setzt, sich auch nicht alle daran halten. Deswegen macht es trotzdem Sinn zu sagen, okay, auf dieser Strasse ist eigentlich gedacht, und es kommt nicht das Argument, es halten sich nicht alle daran. Und es erhalten auch nicht alle, die zu schnell fahren, eine Busse. Trotzdem legt man es so fest. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Sandro Felice. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Paragrafen? Dann hat Matthias Häuptli das Wort.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es kann nicht der Anspruch sein, dass man Regelungen erlässt, die nachher von der Polizei in aller Striktheit durchgesetzt wird. Darum geht es auch nicht. Es gibt schliesslich noch etwas wie eine soziale Kontrolle. Gerade das Abbrennen von Feuerwerk ist etwas, was in aller Öffentlichkeit stattfindet. Es hilft einfach, wenn man eine Vorschrift hat, die einigermassen klar ist, wo es sich auch umgrenzt. Dann werden sich insofern schon mal wahrscheinlich über 90 % der Leute daranhalten. Die anderen kann man noch darauf ansprechen, wenn man Zivilcourage hat, und ihnen sagen, im Fall, es ist erst ab sechs Uhr oder ab neun Uhr oder was auch immer gestattet. Vielleicht nützt das dann auch noch etwas.

Hinsichtlich der Zeiten möchte ich darauf hinweisen: Wir haben bereits andere Zeiten in diesem Polizeireglement, nämlich gerade zwei oder drei Paragrafen darüber, im 25 und im 27, diverse unterschiedliche Zeiten, wann man Nachtruhe hat, wann man Lärm verursachen und Tätigkeiten ausüben darf. Auch dies ist etwas, was im Konfliktfall ähnlich schwierig durchzusetzen ist. Aber wesentlich ist, dass es irgendwo im Bewusstsein ist, dass es Zeiten gibt, in denen man Lärm verursachende Tätigkeiten nicht ausüben darf, und es die Grundlage für eben die soziale Kontrolle ist, und dass die Gesellschaft gewisse Regeln hat, an die man sich hält. Die meisten halten sich auch daran. Es funktioniert da überwiegend auch. Wieso auch sollte es beim Feuerwerk nicht funktionieren? Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Matthias Häuptli. Das Wort hat Martin Münch.

Martin Münch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kollegen. «[...] ausserhalb der Bundesfeier [...]», ist da wirklich nur die Feier gemeint, oder ist wirklich der Tag gemeint? Das erschliesst sich mir nicht ganz. Es steht bei dem einen Antrag der GLP «die Bundesfeier am 31. Juli und am 1. August». Ich glaube, wir haben nur eine Feier, eine Bundesfeier in Allschwil, an dem wir den Feiertag feiern. Müsste es nicht eher wie im Antrag sein, wie die SVP, der sagt: «an diesen zwei Tagen, am 31. Juli und am 1. August»? Denn es könnte ein Missverständnis geben, oder ich verstehe es einfach falsch. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön, Das Wort hat Melina Schellenberg.

Melina Schellenberg, SP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzte Anwesende. Ich glaube, meine Meinung zum Thema Feuerwerk wurde, glaube ich, wurde bei der 1. Lesung ziemlich deutlich. Ich mache Florian Spiegel auch sehr gerne den Gefallen, die ganzen Punkte zum Thema Umwelt, Haustier und Lärm nicht in aller Länge zu wiederholen. Was ich trotzdem anmerken muss, Claudia hat mir zuvor aus dem Herzen gesprochen. Zu argumentieren, dass das Gesetz nicht durchsetzbar sei und man es deshalb lieber gleich ganz streichen soll, ist einfach absurd. So gut wie jedes Gesetz wird an einem Punkt mal gebrochen, gewisse öfter, gewisse weniger oft. Zu sagen, nein, wir verabschieden das Gesetz nicht, weil es gebrochen werden könnte, wie Claudia bereits erwähnte, könnten wir so gut wie alle Gesetze löschen.

Trotzdem zum Thema Durchführbarkeit: Logischerweise habe ich keine Studie in petto, ich gehe aber davon aus, dass ein komplettes Verbot einfacher durchzusetzen ist, als irgendwelche Zeiten, über die sich die Leute je nachdem nicht einmal klar sind, darf ich nun ab neun Uhr, darf ich ab sechs Uhr, bis wann darf ich nun genau. Je nachdem, wenn man halt ein Festli abhält und am Feiern ist, schaut man auch nicht immer so genau auf die Uhr und wartet, oh, fünf vor neun Uhr, hm, ich glaube, ich möchte nun noch schnell fünf Minuten warten, Däumchen drehen, jetzt lass' ich es ab. Durchsetzbar wäre in meinen Augen ein Kompletterverbot viel eher. Besten Dank.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Corinne Probst. Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich glaube, man muss davon abkommen, von dieser Debatte bezüglich der Umsetzbarkeit. Ich gebe auch Claudia absolut recht. Ich gebe allen, die zu diesem Thema etwas sagten, recht, denn ja, es ist so. Wenn man nur Gesetze und Verordnungen erlassen würde, die durchsetzbar sind, hätten wir viel weniger zu tun, und es wäre alles etwas einfacher und weniger bürokratisch.

Bezüglich dieser Feuerwerke und Knallkörper. Ich liebe Vulkane, die sind ja weiterhin erlaubt. Insofern betrifft mich das alles nicht. Ich möchte doch eigentlich beliebt machen, dass man einfach auch ein wenig ein gesundes Augenmass behält. Klar, Tiere werden an diesen Tagen in Mitleidenschaft gezogen. Das wären aber auch jene Tiere, die z. B. in der Stadt wohnen, die vielleicht während der Fasnacht auch ständig dem Lärm ausgesetzt sind, wie auch Leute, die dort wohnen. Es gibt unterschiedliche Dinge, bei denen Tiere, Menschen, auch die Umwelt in Mitleidenschaft gezogen werden können. Das ist einfach so. Sonst können wir uns alle im Keller einsperren, dann geschieht uns bestimmt nichts. Ich möchte einfach auch das, was Florian Spiegel an der letzten diesbezüglichen Sitzung gesagt hat, dass man vielleicht einfach mal davon wegkommen muss, immer alles zu verbieten. Man kann auch Kompromisse schliessen. Ich halte den Kompromiss der GLP für durchaus sinnvoll, wie auch jener der SVP. Wie man ihn ausgestaltet, muss man dann noch diskutieren. Aber dass man es vielleicht an diesen zwei Tagen, 31. Juli und 1. August, weiterhin belässt, es hat auch eine gewisse Tradition, auch wenn es nicht jeder gerne macht, und dafür den Silvester sicher streicht. Danke.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen zum § 29? Dann hat Gemeinderat Philippe Hofmann das Wort.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Präsident. Ganz am Schluss dieser Debatte noch zwei, drei Worte seitens Gemeinderates. Es wurde bereits beim letzten Mal lange und jetzt wieder wegen der Umsetzbarkeit lange diskutiert. Dazu gibt es natürlich schon die Haltung zu haben, dass, wenn wir hier etwas beschliessen, sollte es schon in einem Rahmen von Möglichkeiten durchsetzbar sein. Alles werden wir nie regeln können, das ist allen klar, sonnenklar. Dass wir dafür nicht ewig Ressourcen haben, dies auch. Ich wurde direkt von Florian Spiegel angesprochen, wer das denn macht. Ja, das macht dann z. B. die GePo. Wenn es die GePo nicht macht, macht es eben die Securitas. Das ist es, was schlussendlich stattfindet. Wenn ich nun sehe, dass wir über eine Zeit diskutieren, ob sechs oder neun oder ein Uhr morgens, muss man sich einfach bewusst sein, es wird wahrscheinlich eine Lenkungswirkung für jene haben, die sich sowieso an alles halten. Das sind auch jene, die nur 49 und nie 50 fahren, selbst wenn 50 wäre. Die Leute halten sich daran, das ist so. Es sind aber nicht jene das Problem, die sich ohnehin daranhalten, sondern es sind jene, die sich nicht daranhalten. Denen ist es nämlich egal, ob 50, 60 oder 80 ist. Denen ist es auch egal, ob es neun oder sechs oder ein Uhr morgens ist. Das ist die grosse Schwierigkeit. Es wird so einfach nicht möglich sein, wenn es irgendwo knallt. Es findet nicht in aller Öffentlichkeit statt, sondern es findet z. B. im privaten Garten statt. Dann lasse ich zu Hause eine Batterie ab und gut ist. Bis die Polizei vor Ort ist, war sie gar nicht vorhanden. Wir können es deshalb nicht besser durchsetzen. Es wäre wirklich ein Zufall, wenn man jemanden in flagranti ertappen würde. Das muss man einfach mal sehen. Die Ressourcen am 1. August oder 31. würde ich gerne anderweitig eingesetzt haben, wenn man

sieht, wie viele andere Delikte oder Vergehen geschehen könnten, dann ist das mit den Knallkörpern eher sekundär, wenn man an Leib und Leben und an Personen denkt.

Deshalb möchte ich dies einfach mitgeben, wenn wir nachher beginnen zu diskutieren über die verschiedenen Artikel oder Varianten, was denn auch immer da ist. Z. B., was über den Antrag der GLP wegen der Bundesfeier gesagt wurde. Das von der Präzisierung möchte ich dann auch gerne wissen, was darunter gemeint ist, dass man es sich vorstellen kann. Denn für den Gemeinderat ist die Bundesfeier die offizielle Bundesfeier. Die geht nicht einmal bis ein Uhr morgens. Die hat, glaube ich, eine andere Bewilligung. Da müsste man schon klarstellen, was gemeint ist. Sie ist immer am 31. Und das mit den Zeiten, wie ich es zuvor schon erklärt habe, das wird einfach schwierig sein, es im privaten Rahmen durchsetzen zu können. Nehmt das einfach mal mit.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe vor allem noch eine Frage an Florian zum Antrag. Was soll «in bewohntem und öffentlich allgemein zugänglichem Raum» bedeuten? D. h. ja dann, dass ich in meinem Garten beliebig knallen kann? Oder ich verstehe nicht. Oder man darf im Garten nicht knallen? Dieser Satz ist ... – ich habe zwei Probleme damit. Ich finde das mit den Kategorien schon gut, aber eben, es fehlt die Möglichkeit für andere Kategorien noch eine Bewilligung zu holen. Und dann das «in bewohntem und öffentlich allgemein zugänglichem Raum gestattet» - mit dieser Limitierung verstehe ich den Sinn dahinter nicht. Ich weiss nun nicht, ob Flo noch einmal reden darf, ich glaube bisher nicht zweimal, vielleicht kannst du das noch beantworten. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Da Florian Spiegel Antragsteller ist, darf er sich selbstverständlich noch einmal dazu äussern. Ich erteile ihm auch das Wort.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Zurück zur Richtigkeit. Unterschrieben ist es von Henry Vogt. Insofern wäre er ganz formal der Antragsteller. Soviel dazu. Also, «in bewohntem Raum» - wie gesagt, wir haben es von der Regelung von Basel-Stadt übernommen «in bewohntem Raum und öffentlich». Der bewohnte Raum ist natürlich nicht die eigenen vier Wände, sondern, so wie wir es nachvollziehen, herausfinden konnten, bedeutet es einfach, jener Teil, der dir gehört, also auch eigener Garten gehört zu deinem bewohnten Raum, also was dir gehört. Der öffentliche und allgemein zugängliche Raum - also, ja, öffentlich und allgemein, kann man nun darüber diskutieren, ob man nur das eine oder das andere reinschreiben könnte, irgendwo hebt es sich ein Stück weit auf – wäre alles ausserhalb. D. h. auf gut Deutsch gesagt: Du kannst es bei dir zu Hause im Garten ablassen, du kannst es aber auch draussen auf der Strasse ablassen. Um es so zu präzisieren. Ja, genau, wie gesagt. Und jawohl, das ist absolut richtig, es würde mit unserem Antrag nun bedeuten, dass es ausserhalb davon eigentlich keine Grundlage mehr gibt, um Feuerwerk abzulassen. Das ist richtig.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Florian Spiegel. Das Wort hat Sandro Felice.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Schnell zu Philippe Hofmanns Votum wegen der Bundesfeier. Das war in der alten Formulierung auch so drin, und man hat es halt übernommen. Im jetzigen Polizeireglement steht auch «Bundesfeier am 31. Juli und 1. August». Deshalb ist es nun so formuliert. Kann man natürlich darüber streiten, aber bis jetzt war es so.

Das Zweite ist noch: Die Gemeindepolizei informiert jedes Jahr darüber, was die BfU und die Suva zu Feuerwerk empfiehlt. Auch wir tun das. Wir appellieren ja auch an die Bevölkerung und sagen, ja okay, wie sie es abbrennen sollen. In diesem Zusammenhang finde ich es etwas problematisch, was da vorn steht mit «öffentlich» explizit erlaubt. Denn in den Empfehlungen steht u.a. drin, dass man je nach Feuerwerk einen Sicherheitsabstand von mindestens 40 bis 200 m von Gebäuden, Getreidefeldern und Waldrändern einhalten sollte. Es gibt fast keinen Ort in Allschwil, wo man 40 m von einem Gebäude entfernt ist, ausser vielleicht auf dem Schulhausplatz oder irgendwo auf den grossen Plätzen oder in einem Park. An allen anderen bewohnten Gebieten wird es relativ schwierig, es einhalten zu können. Wenn wir nun in diesem Vorschlag der SVP noch reinschreiben, man darf es im öffentlichen, allgemein zugänglichen Raum explizit gestatten, finde ich das noch schwierig und entspricht ja nicht den Vorgaben oder den Empfehlungen, die das BfU und Brandschutz und alle uns abgeben, und worüber die Gemeinde die Leute jedes Jahr schön über die Homepage und überall informiert. Es scheint mir nun eher widersprüchlich zu sein. Deshalb halte ich es für etwas schwierig.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Sandro Felice. Das Wort hat Henry Vogt.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Ah, jetzt bin ich an der Reihe, ich dachte, Sandro hat sich gleich noch einmal gemeldet. Okay. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es ist nun hier eine komplett verfahrenere Sache mit dem Feuerwerk, denn wir sprechen über Zeiten beim öffentlichen Raum, wir sprechen über ausserhalb von irgendwelchen Zeiten und darf man doch, darf man doch nicht, kann man nachvollziehen, wer wo was macht usw. Grundsätzlich bin ich eigentlich der Meinung, wenn man es so betrachtet, ist der beste Vorschlag immer noch jener des Gemeinderats, dass man den Silvester löscht und den Rest sein lässt. Dann haben wir es eigentlich so, wie eigentlich irgendwie doch alle wollen. Entsprechend wäre es von mir aus gesehen so absolut richtig.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Henry Vogt. Gibt es weitere Wortmeldungen zu § 29? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Rednerliste zu § 29 erschöpft. – Sorry, Patrick Kneubühler, das habe ich zuvor nicht realisiert.

Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion: Könnten wir ein Time-out haben, um das Ganze mit den Fraktionen abzusprechen?

René Amstutz, Präsident: Der ist sehr gerne bewilligt. Wie viel Zeit benötigt ihr?

Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion: Fünf Minuten?

René Amstutz, Präsident: Gut, dann fahren zehn nach weiter.

TIME-OUT

René Amstutz, Präsident: Nehmt bitte wieder Platz, damit wir weitermachen können. Ich hoffe, das Time-out war erfolgreich. Jetzt bin ich gespannt, wie die Anträge aussehen. Wo ist nun Philippe ... Ja, genau, Philippe Hofmann zuerst.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Nach der Diskussion, wo wer hin und her, uns verschiedene Anträge vorliegen, wir uns im Gemeinderat auch noch besprochen haben, stellt der **Gemeinderat** gemäss der aktuellen Diskussion folgenden **Antrag**, der lauten soll:

«§ 29 Feuerwerk und Knallkörper – Ausserhalb der Bundesfeier am 31. Juli sowie 1. August ist das Abbrennen von Feuerwerk und Knallkörpern bewilligungspflichtig.»

Weshalb machen wir es so: Der Grund ist, wir möchten gerne, dass Bewilligungen vorhanden sind. Es soll keine grundsätzliche Verbotskultur sein, sondern es soll eine Möglichkeit sein, dass es genutzt werden könnte. Grundsätzlich. Das Zweite ist, wir haben gesehen, dass der Silvester umstritten ist; daran müssen wir nicht unbedingt festhalten, den kann man also löschen, das ist in Ordnung. Drittens, was die Zeiten angeht, ich habe es zuvor erwähnt, es wird wahnsinnig schwierig und nervenaufreibend. Deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, dass diese Lösung, wie sie vorliegt, ein Kompromiss ist, mit dem alle leben könnten. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Das Wort hat Henry Vogt.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich kann da nichts mehr hinzufügen. Ich bin genau gleicher Meinung. Ich habe den gleichen Antrag noch einmal geschrieben und an Fredy übergeben. In diesem Sinn gehe ich sicher mit dem Antrag des Gemeinderats mit und ziehe meine zwei Anträge, die ich oben geschrieben habe, zurück.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Florian Spiegel.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank, nicht viel zu ergänzen. Ich ziehe in diesem Zusammenhang meinen Antrag der letzten Sitzung ebenfalls zurück.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist ... wer? Ah, das Wort hat Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Einfach, damit es klar ist. Wir lassen unseren Antrag so stehen, damit wir im Rat die Wahl haben zwischen – jetzt weiss ich nicht mehr genau – ich glaube drei Varianten. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön, Christian Jucker. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe zumindest niemanden. Damit ist die Rednerliste zu § 29 erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Sehr gut, besten Dank. Somit kommen wir zur Abstimmung. Es liegen zwei Anträge aus dem Rat von heute Abend vor, jener der GLP/EVP und Grünen. Es liegt ein Antrag des Gemeinderats vor und es liegt eigentlich das, was in der Synopse ist, von der KSD vor. Wir machen nun eine Gegenüberstellung der zwei Anträge, die am nächsten sind. Das ist jener des Gemeinderats, den wir dem Antrag von GLP/EVP/Grünen gegenüberstellen. Über den Antrag, der gewinnt, wird danach abgestimmt. Wird der Antrag angenommen, ist klar, gilt dieser Antrag. Wenn er abgelehnt wird, gilt der Vorschlag der KSD.

Ich lese die Anträge noch einmal. Gegenüberstellen heisst, ihr könnt zu einem Antrag Ja sagen oder euch bei beiden enthalten. Über denjenigen, der am meisten Stimmen hat, stimmen wir danach ab, formell ja/nein/Enthaltungen.

Der **Antrag des Gemeinderats** lautet – und wir beginnen mit diesem:

§ 29 Feuerwerk und Knallkörper – Ausserhalb der Bundesfeier am 31. Juli sowie am 1. August ist das Abbrennen von Feuerwerk und Knallkörpern bewilligungspflichtig.

Wer dem Antrag des Gemeinderats seine Ja-Stimme geben möchte, soll das jetzt bezeugen.

Bitte Stimmen auszählen.

Der **Antrag der GLP/EVP/Grünen** lautet:

§ 29 Feuerwerk und Knallkörper – Ausserhalb der Bundesfeier am 31. Juli, 1. August (jeweils abends von 21 Uhr bis 1 Uhr des folgenden Tages) ist das Abbrennen von Feuerwerk und Knallkörpern bewilligungspflichtig.

Wer diesem Antrag ein Ja geben möchte, soll es jetzt mit Karte bezeugen.

Ich frage noch, gibt es Enthaltungen?

://

Der Antrag des Gemeinderats erhielt 20 Ja, der Antrag der GLP/EVP/Grüne erhielt 12 Ja, und es sind 3 Enthaltungen.

René Amstutz, Präsident: Somit stimmen wir nun über den Antrag des Gemeinderats ab. Wenn ihr ihn annehmen wollt, müsst ihr Ja stimmen, oder wenn ihr den Antrag der KSD annehmen möchtet, müsst ihr jetzt Nein stimmen.

Wer den Antrag des Gemeinderats jetzt annehmen möchte, soll das mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://

Sie haben den **Antrag des Gemeinderats** mit 20 Ja zu 10 Nein und 3 Enthaltungen **angenommen**.

Wir fahren fort mit der 2. Lesung.

§ 30 Lichtemissionen Seite 14

keine Wortmeldungen

II. Rangerdienst

§ 31 Grundsatz Seite 15

keine Wortmeldungen

§ 32 Kantonale oder kommunale Anordnungen Seite 15

keine Wortmeldungen

III. Feuerungskontrolle; Feuerschau

§ 33 Feuerungskontrolle Seite 16

keine Wortmeldungen

IV. Tiere

1. Hundehaltung

§ 34 Überwachungspflicht Seite 16

keine Wortmeldungen

§ 35 Leinenpflicht Seite 17

keine Wortmeldungen

§ 36 Zutrittsverbot Seite 17

keine Wortmeldungen

§ 37 Verunreinigungen Seite 18

keine Wortmeldungen

§ 38 Gebühr für Hunde Seite 18

keine Wortmeldungen

2. Reittiere

§ 39 Reitwege und Kennzeichnung der Reit- und Zugtiere Seite 19

keine Wortmeldungen

V. Verkehr

§ 40 Temporäre Verkehrsanordnungen Seite 19

keine Wortmeldungen

§ 41 Regelmässiges Parkieren bestimmter Fahrzeuge Seite 19

keine Wortmeldungen

§ 42 Wegschaffen von Fahrzeugen Seite 20

keine Wortmeldungen

§ 43 Überhängende Bepflanzungen Seite 20

keine Wortmeldungen

§ 44 Schneefall und Glatteis Seite 21

keine Wortmeldungen

VI. Fasnachtsveranstaltungen

§ 45 Organisation der Fasnacht Seite 21

keine Wortmeldungen

E. Verfahrens- und Strafbestimmungen

§ 46 Bewilligungen ist gestrichen

keine Wortmeldungen

§ 47 Bewilligungsgebühr ist gestrichen

keine Wortmeldungen

§ 48 Strafbarkeit Seite 22

keine Wortmeldungen

§ 49 Strafbestimmung Seite 22

keine Wortmeldungen

§ 50 Ordnungsbussenverfahren Seite 23

keine Wortmeldungen

F. Schlussbestimmungen

§ 51 Aufhebung bisherigen Rechts Seite 23

keine Wortmeldungen

§ 52 Genehmigung und Inkrafttreten Seite 24

keine Wortmeldungen

Anhang 1 Plan der Hundefreilaufwege 16

keine Wortmeldungen

Anhang 2 Plan der Reitwege 17

keine Wortmeldungen

Anhang 3 Ordnungsbussenliste gemäss § 50 des Polizeireglements 18

keine Wortmeldungen

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Somit ist die Beratung über das Geschäft 4688 / A / B abgeschlossen. Ich stelle fest, dass die 2. Lesung des Reglements damit abgeschlossen ist. Wir kommen zu den **Anträgen der Kommission** auf Seite 2 des Geschäfts 4688 B. – Sorry für die Zeit, ich musste mein Dokument finden.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die Kommission für Dienste und Sicherheit zu beschliessen:

1. Der Einwohnerrat beschliesst die Teilrevision des Polizeireglements der Gemeinde Allschwil mit den beschlossenen Änderungsvorschlägen.

Wer dem zustimmen möchte, soll es jetzt mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Das wurde einstimmig bei 1 Enthaltung angenommen.

2. Das Polizeireglement der Einwohnergemeinde Allschwil wird nach Genehmigung durch die Sicherheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft rückwirkend per 1.1.2024 in Kraft gesetzt.

Wer dem zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Bei 2 Enthaltungen, 1 Gegenstimme habt ihr diesen Antrag grossmehrheitlich angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Geschäft 4688 / A / B. Wer den ganzen Bericht oder das ganze Geschäft abschreiben möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Ihr habt das Geschäft bei 1 Enthaltung einstimmig abgeschlossen.

René Amstutz, Präsident: Ich schlage vor, dass wir jetzt gleich Pause machen. – Gemeinderat Philippe Hofmann möchte noch etwas sagen.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat. Schnell einfach eine praktische Frage aus der Verwaltung, die im Anschluss an das Geschäft kommt: Es liegt ja noch eine Motion vor, 4711, überbordende Knallerei stoppen. Ich gehe davon aus, dass diese nun obsolet ist? – Entschuldigung, es war zu schnell in diesem Fall, das kann bei mir passieren, tut mir leid. Also, wir haben noch eine **Motion offen**, welche eingereicht wurde: **Geschäft 4711**, überbordende Knallerei stoppen, wenn es mir recht ist. Ich gehe nun davon aus, dass diese Motion überflüssig ist durch die Revision des Polizeireglements, wie wir sie jetzt beschlossen haben, dadurch, dass dieser Antrag in dieser Motion quasi ähnlich ist.

René Amstutz, Präsident: Matthias Häuptli, bitte!

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich kann jetzt keine Antwort geben. Diese Motion ist überwiesen. Wir können sie jederzeit zurückziehen. Ob wir das machen, müssen wir noch beraten. Danke schön.

René Amstutz, Präsident: Bestens. Ich schlage vor, dass wir jetzt eine Pause machen. Bis Viertel vor. Nach der Pause ist das Info-Fenster des Gemeinderats und es wird noch weitere Mitteilungen gegeben.

PAUSE

René Amstutz, Präsident: Geschätzte Anwesende. Nehmt bitte Platz. Wir fahren weiter. Bestens. Ich gebe wieder das Wort an den Gemeinderat Philippe Hofmann, bitte, fürs

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Rat. Gestern wurde im Zusammenhang mit der Berichterstattung der GPK die Diskussion aufgeworfen in Sachen macht mal was, Investitionen in Bezug auf Graugussleitungen und Gastransformation. Es wurde auch gesagt, dass man es im Sinn eines Bürgernutzens oder irgend so ähnlich, Dienst am Bürger, dass der Service aufrechterhalten werden soll. Ich sehe mich ganz in diesem Dienst und habe mich deshalb heute Morgen schlau gemacht, was in den beiden Fällen läuft. Es ist so, wir werden noch in diesem Jahr für den Graugussleitungersatz eine Auftragsvergabe von rund 420'000 Franken machen. Dies werden wir in diesem Jahr bewerkstelligen können. Und im nächsten Jahr ist geplant, dass wir 1,375 Mio., ohne MwSt., durch die Vergabe von Baumeister und Materiallieferungen für weiteren Ersatz der Wasserleitungen umsetzen wollen. Erstens. Ferner, was die Gastransformation angeht: Die Verwaltung ist bereits jetzt in Zusammenarbeit mit den IWB, die ja unser Gaslieferant sind und auch die Infrastruktur besitzt, die wir im Boden haben. Wir sind in Zusammenarbeit, um die Gastransformationen auszuarbeiten.

Im Rahmen dieser Gespräche, ich glaube, es werden noch zwei stattfinden, oder es sind drei angesetzt, werden die ersten Resultate im nächsten Jahr kommuniziert werden können. Sobald der Gemeinderat ein wenig mehr weiss, als die Sondierungsgespräche, die wir jetzt haben, werde ich selbstverständlich hier Antwort geben, damit wir breit streuen können, was wir wissen. Der Gemeinderat wird sich klar dafür einsetzen, dass die betroffenen Gebäudeeigentümer so früh wie möglich nur über die Transformation informiert werden. In der Stadt Basel sind es aktuell mindestens fünf Jahre Vorlaufzeit. Diese Frist ist auch Sicht des Gemeinderats viel zu kurz. Wir werden schauen, dass es eine längere Frist sein wird. Deshalb sind wir jetzt wirklich auch noch in diesem Jahr intensiv an den Verhandlungen und im Austausch mit den IWB, damit wir auch Besseres wissen. Wir möchten aber gerne dann kommunizieren, wenn etwas spruchreif ist, wie ich es schon einmal erwähnt habe, und keine Mutmassungen in den Raum stellen. Danke schön.

René Amstutz, Präsident: Es hat sich noch Gemeinderat Franz Vogt gemeldet.

Franz Vogt, Gemeinderat: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Rat. Es wurde im letzten Monat an der Sitzung eine Frage noch nicht beantwortet. Und zwar die Frage nach den Lehrlingen, die während Corona unterstützt wurden, ob sie die Lehre beenden konnten. Wir haben nachgefragt. Es ging um je zwei Lehrlinge, einmal bei der Firma Connex und das andere Mal bei der Firma Stagecom. Es ist so, dass zwei Lehrlinge haben die Lehre beendet und zwei haben die Lehre abgebrochen. Die Gründe dafür sind uns nicht bekannt.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Dann hat Christoph Morat auch noch eine Mitteilung.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Ratsmitglieder. Ich spreche zu Ihnen als Delegierten des Gemeinderats im Vorstand der Spitex ABS Allschwil-Binningen-Schönenbuch. Es

liegt mir absolut fern, Ihre Entscheidungen hier zu kritisieren. Ich möchte Sie aber bitten, bei Ihren Entscheidungen weitere Punkte als nur gerade die offensichtlichen zu berücksichtigen. Wir kämpfen in der Spitex ABS aktuell auch mit dem Fachkräftemangel. D. h. wir haben bei jeder Stelle, die wieder zu besetzen ist, Schwierigkeiten wie andere auch. Mit dem Entscheid von gestern Abend schürt man vielleicht ein wenig bei den künftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Verunsicherungen, wie es mit der Versorgungsregion weitergeht, wie es mit dem Zweckverband weitergeht oder ob es auf Vertragsebene so weiter bleibt. Ich bitte Sie einfach, dies in Zukunft mitzuberücksichtigen. Es ist nicht immer ganz einfach, ich weiss es, aber man kann ruhig auch Fragen stellen, wenn es diesbezüglich Fragen gibt. Besten Dank.

René Amstutz, Präsident: Danke. Gibt es aus dem Gemeinderat weitere Informationen? Das ist nicht der Fall. Ich habe aus dem Rat mehrere Mitglieder, die sich für **persönliche Mitteilungen** gemeldet haben. Ich beginne ohne Präferenz bei Niggi Morat an.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Gestern wurden schon bei der Fraktion EVP/GLP/Grüne Leute verabschiedet, die heute zum letzten Mal teilnehmen sollen. Ich möchte mich für unsere Fraktion da anschliessen. Bei uns sind es auch vier Leute. Zum Ersten ist es **Basil Wagner**, der heute seine letzte Einwohnerratssitzung hat. Kurz: Er ist seit 2012 im Wahlbüro, wo er uns auch erhalten bleiben wird. Im Rat ist er seit 1. Juli 2019. Zwischenzeitlich, Januar 13 bis Juni 16, hat er in der Sozialhilfebehörde mitgearbeitet. Wie erwähnt, er wird uns noch im Wahlbüro erhalten bleiben und selbstverständlich auch bei uns in der Partei. Herzlichen Dank, Basil. [Applaus]

Die zweite Person ist **Melina Schellenberg**. Sie ist seit Juli 2017 im Rat, seit Juli 22 im Büro. Sie wird uns leider auch verlassen. Sie bleibt uns doch mindestens als Bewohnerin von Allschwil erhalten. Melina ist Gott sei Dank jung für ein dereinst fulminantes Comeback, sie weiss es noch nicht, wir hoffen es. Herzlichen Dank, Melina. [Applaus]

Die dritte Person ist zuerst der jüngere Herr Winter, Etienne. **Etienne Winter** ist seit 2015 im Rat, damals nachgerückt. Er hatte zahlreiche Mandate in Kommissionen, im Wahlbüro. Er hatte viele Jahre lang das Fraktionspräsidium. Er bleibt uns selbstverständlich in der Partei erhalten und arbeitet weiterhin im Landrat in Liestal, wo er nun etwas mehr Gas geben kann. Und ja, er ist ein riesiger Verlust, Etienne hat uns oft an den Fraktionssitzungen den Kopf gewaschen, Gott sei Dank. Er ist auch der absolute Networker im Rat gewesen. Herzlichen Dank, Etienne, für deine Arbeit. [Applaus]

So, und jetzt noch die vierte Person, die heute zum letzten Mal im Einwohnerrat sitzt. Ich werde nun nicht 36 Jahre lang sprechen, aber **Schaggi Winter** sass 36 Jahre lang im Einwohnerrat Allschwil. Am 1. Juli 88. Einfach, dass wir es zeitlich einordnen können: Im 88 wurde Otto Stich das erste Mal Bundespräsident, im 88 wurde in Amerika Bush sen. Präsident, im 88 hat Céline Dion für die Schweiz den ESC gewonnen. Schaggi ist am 1. Juli 88 eingestiegen. Das sind nicht nur 36 Jahre, das sind 9 Legislaturen. Bereits als er begonnen hat, hat er bald Rabatz gemacht. Es ging um Prüfungen der Primarschüler in die Oberstufe. Das hat er kritisiert, und der Regierungsrat hat ihm auch bald recht gegeben. Sein erster Kampf, den er führte, hatte er auch schon bald gewonnen. Im Jahr 03/04 war Schaggi Winter Einwohnerratspräsident, er war Präsident der Umweltkommission, von der GPK. Er war beinahe Präsident der FIREKO, er hatte nicht ganz so viel Zeit, weil Etienne unterwegs war. Er sass beinahe in allen Kommissionen ausser der Baukommission. Er war Fraktionspräsident, er hatte Fraktionen mit den Parteien Kaktus, EVP und Grünen. Er war Alterspräsident und läutete damals mit seinem Schulchor die neue Legislatur ein. Man könnte noch so viel über Schaggi Winter und sein ganzes Schaffen hier erzählen – noch einmal: 36 Jahre! Ganz herzlichen Dank, Schaggi Winter, für dein Engagement. [während Applaus]: Das sind 9 Rosen – pro Legislatur eine!

Last but not least, ich bleibe bei unserer Fraktion. Ich möchte mich auch bei allen, die heute das letzte Mal hier sitzen, herzlich verabschieden und bedanken. Herzlichen Dank sowohl dem Einwohnerrat als selbstverständlich auch dem Gemeinderat. Herzlichen Dank.

René Amstutz, Präsident: Danke vielmals. Niggi. Dann wollte Lea van der Merwe das Wort.

Lea van der Merwe, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. **Liebe Nicole**. Wir freuen uns, den Anfang von vielen Verabschiedungen, die du in den nächsten Tagen erleben wirst, machen zu dürfen. Da heute Nico und Urs nicht anwesend sind, darf ich diese ehrenvolle Aufgabe übernehmen. Du bist nun seit 24 Jahren im Gemeinderat. Von diesen 24 Jahren hast du schon 11 Jahre lang das Präsidium. Ich denke, man kann zu Recht sagen, dass damit eine Ära endet. Wir haben herausgefunden, Schaggi Winter ist bereits 36 Jahre dabei, es gibt aber nicht viele andere in diesem Raum, die Allschwil so lange mitgestalten können wie du, Nicole. Man hätte nun auch eine

Liste über alle diese Dinge, die du getan hast, erstellen können, aber ich glaube, wir haben heute Abend auch noch andere Traktanden zum Bearbeiten. Was wir aber definitiv sagen können, ist, bei allen politischen Geschäften hast du dich stets mit vollem Herzblut und immer für Allschwil eingesetzt. Dir war es immer wichtig, Lösungen zu finden, die für Allschwil funktionieren. Wir danken dir sehr für deinen langjährigen und unermüdlichen Einsatz, den du in den Gemeinderat gebracht hast, für die Gemeinde und natürlich auch für unsere Partei. Ich habe deshalb auch noch ein kleines Präsent für dich. Vielen Dank. [Applaus]

René Amstutz, Präsident: Besten Dank, Lea. Dann würde ich das Wort gerne ... ich schaue jetzt ... vielleicht Gemeinderat Franz Vogt, du möchtest auch noch etwas sagen, nicht wahr, betreffend was? Gleich anschliessend oder nachher? Also, Gemeinderat Franz Vogt. – Es gibt schon einen Grund.

Franz Vogt, Gemeinderat: **Liebe Nicole**. Es ist mir ein Bedürfnis, mich bei dir im Namen des Gemeinderats und allen Allschwilerinnen und Allschwilern zu bedanken. Unglaubliche 24 Jahre, Lea hat es bereits erwähnt, hast du unserer Gemeinde gedient. Zuerst als Sicherheitschefin, dann als Finanzministerin, und 10, genau genommen, Lea hat recht, waren es sogar 11 Jahre als Präsidentin. Du wurdest damals ins kalte Wasser geworfen, als der damalige Dorfkönig nach Liestal gerufen wurde. Dafür haben wir es vom König zur Kaiserin gebracht. Ich kann mich noch an eines deiner Zeitungsinterviews erinnern, in dem du gefragt wurdest, ob es nicht schwierig sei, in die grossen Fusstapfen des Vorgängers zu treten. Da hattest du selbstbewusst geantwortet: «Wir werden am Schluss sehen, wer die grösseren Fusstapfen hinterlassen hat.» Ich kann nur sagen, deine sind gross. Du hast unsere Gemeinde weitergebracht. Hier alles aufzuzählen, würde, wie es auch Lea sagte, den Rahmen sprengen. Aber eine kleine Auswahl gebe ich trotzdem: Bau der Schule Gartenhof, PCG-Strategie, Revision des Personal- und Besoldungsreglement, Kulturstrategie, Zonenplanrevision, die sich auf der Zielgeraden befindet, und natürlich war es bereits die Zweite. Vor allem die Verwaltungsreform *Zukunft Allschwil*, welche unsere Verwaltung und unsere Gemeinde erst fit für die Zukunft gemacht hat.

Liebe Nicole, du bist Allschwilerin mit Leib und Seele. Dein breites Wissen und dein wertvolles, juristisches Wissen werden uns fehlen. Ich bin stolz, dass ich acht Jahre lang dein Vize sein durfte. Wir waren ein starkes Team. Ich hoffe, du kannst es in Zukunft ruhiger angehen lassen. Allschwil wird dich und deine unkomplizierte, offene Art vermissen. Natürlich nicht ganz, du bleibst ja hier. Liebe Nicole, Danke schön für alles. [Applaus]

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Astrid Kaiser hat sich noch gemeldet.

Astrid Kaiser, AVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Auch ich darf im Namen der AVP und sicher vieler von uns allen zwei Mitkräften in unserem Kreis ein paar Worte zum Adieu und Merci widmen. Heute treten zwei engagierte Mitglieder von der Allschwiler Politik aus unserem Kreis zurück. **Pascale Uccella** und **Roman Klausner**. Ihr beide habt über Jahre in zahlreichen Engagements, mit grosser Motivation und wachsendem Erfahrungsschatz die Kommunalpolitik über viele Jahre massgeblich mitgestaltet, gemeinsam viel bewegt und viel für die Menschen in Allschwil gemacht. Dafür gebührt euch eine grosse Hochachtung.

Pascale, du warst lange Jahre im Einwohnerrat, hast den Rat mit breiter Wertschätzung präsiert, dies gilt insbesondere auch für dein Präsidium im Schulrat, mit deiner authentischen, sympathischen Art aber immer zielorientiert und offen für alle Betroffenen, auch mit einem grossen Zeitengagement.

Roman, du hast über Jahre die Allschwiler Politik mitgestaltet. Insbesondere auch als Mitglied des Gemeinderats, dort insbesondere mit einem offenen Ich für die Anliegen vieler Einwohnerinnen und Einwohner. Und im Einwohnerrat durften wir wiederholt deine ruhigen, überlegten und treffenden Voten schätzen.

Es war mir stets eine Freude und Ehre, mit euch in der AVP-Fraktion zusammenarbeiten zu dürfen. Für euren grossen Einsatz im Einwohnerrat möchte ich euch persönlich aber auch im Namen meiner Ratskolleginnen und -kollegen und allen Anwesenden heute ganz herzlich Danke sagen. Zu einer Verabschiedung gehört auch ein Abschiedsgeschenk. Da ihr sozusagen ein Familienbetrieb seid, habe ich mich heute Morgen dazu entschlossen, in die lange Schlange einzustehen, um die legendären Whiskystängeli von dem einen, traditionellen Basler Familienbetrieb, welcher uns bekanntlich ebenfalls verlässt, zu erhalten. Ich hoffe nicht, dass ihr, Pascale und Roman, frei nach Hape Kerkelings Zitat nun sagen werdet: «Wir sind dann mal weg!». Verfolgt weiterhin aufmerksam das Geschehen in unserer Gemeinde. Ich freue mich. Von Herzen alles Gute für die Zukunft. [Applaus]

René Amstutz, Präsident: Vielen Dank. Dann möchte sich Corinne Probst noch melden.

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Leider müssen auch wir von der Mitte-Fraktion uns heute von einem sehr geschätzten Mitglied aus unserer Fraktion verabschieden, und zwar von **Claudia Sigel**. Es fällt uns nicht leicht, denn wir haben Claudia in unserer Fraktion sehr geschätzt. Nicht nur aufgrund ihrer pointierten und klaren Voten, die sie immer wieder angebracht hat, sondern auch wegen ihrer authentischen Art, wegen ihrer Direktheit. Sie hat manchmal sehr ehrlich gesagt: «Geht es euch eigentlich noch? So können wir es keineswegs machen.» Das hat gutgetan. Claudia wird uns auch fehlen, weil sie sehr herzlich im Umgang ist, auch manchmal die Emotionen durchblicken lässt und wir auch vielfach zusammen lachen konnten. Das werden wir hoffentlich auch weiterhin können, einfach halt nicht mehr im Rahmen des Einwohnerrats. Mit Claudia verliert der Einwohnerrat die aktuelle Präsidentin der KSD und wir die Fraktionspräsidentin, was natürlich auch sehr bedauerlich ist, weil Claudia bereits seit 2019 im Einwohnerrat ist, damals nachgerückt für Andreas Widmer, und nun doch schon auch 5 Jahre Erfahrung hat, wovon wir immer sehr viel profitieren konnten. Wir danken, dass Claudia Allschwil weiterhin erhalten bleibt, einerseits natürlich als Anwältin direkt am Dorfplatz, falls also jemand mal ein Problem hat ... [*Gelächter*], aber auch als Mitglied der Sozialhilfebehörde. Das freut uns natürlich sehr. Und dadurch, dass sie so nah im Dorf sein wird, hoffen wir, dass wir sie auch immer wieder mal sehen werden.

Dir, Claudia, wünschen wir von Herzen alles, alles Gute. Insgeheim hoffe ich ja, dass es dir furchtbar langweilig wird und du dich irgendwann wieder auf unsere Liste setzen lässt. Falls nicht, ja, dass eine andere Türe aufgeht. Denn wenn sich eine schliesst, wie nun diese des Einwohnerrats, geht immer eine andere auf, und dass die, welche aufgeht, dir einen wunderbaren Weg ausbreiten wird und du auch immer viel zum Lachen haben wirst. Bevor du von uns nun auch noch ein Geschenk erhältst – ich sage aber nicht, was – möchte ich es wie Niggi Morat auch halten und mich bei allen bedanken, die diesen Rat nun auf Ende dieser Legislatur verlassen werden. Es machte Spass mit euch. Ich habe von ganz vielen von euch recht viel profitieren können. Ich finde es schade, bei vielen, die gehen, dass wir uns nicht mehr hier sehen werden, und wünsche euch auch alles, alles Gute.

René Amstutz, Präsident: Vielen Dank. Das Wort möchte auch Florian Spiegel gerne noch ergreifen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Ich habe zwei Dinge, die tun darf. Das Eine ist, weil ich oder unsere Fraktion der Meinung bin, dass es dem Anstand gebührt, möchten wir von unserer Seite **Thomas Meier** verabschieden. Er kam als partei- und fraktionslos auf unserer Liste in den Einwohnererrat gezogen und ist nun auch an seiner letzten Sitzung. Wir sind auch sehr selbstkritisch und sehen das Schlechte bei uns und das Gute bei den anderen. Man darf ihm zugutehalten, dass er in seiner kurzen Zeit an mehr Sitzungen teilgenommen hat als sein Vorgänger. Thomas, dir alles Gute nachher und herzlichen Dank.

Das Zweite, was ich habe, ist ein wenig etwas Spezielles. Es ist eigentlich so, oder, man sollte ja nicht ... – es sollte so sein, dass Leute, die eigentlich im Rat bleiben, jene verabschieden, die gehen. Nur, wenn die FDP macht, was sie früher bei den Budgetpostulaten gemacht hat, nämlich am Schluss alle zurückziehen, ist man heute in der Situation, dass alle, die von der FDP noch hier sind, diejenigen sind, die gehen und niemand mehr, der sitzen bleibt. Somit hat natürlich Urs mich darum gebeten und gemeint, wenn ich es dir abgebe, wir gingen ja zusammen in die Primarschule, ich glaube, es verträgt sich, kann man es nicht zwingend an der Partei aufhängen. Ich habe Urs gesagt, okay, ich mache das sehr gerne für dich, wenn du heute abwesend bist.

Bei der FDP-Fraktion gehen heute, also die drei, die heute auch hier sind, das ist einmal **Lea van der Merwe**, die in der Finanzkommission war und dort wirkte. Sie zieht nach Reinach, nicht nur in die zweitgrösste ... – Riehen? Oh, Entschuldigung, dann hat er mir das unsauber aufgeschrieben, da muss Urs noch an seiner Handschrift arbeiten. Nach Riehen, dann ist es eigentlich noch schlimmer, als ich dachte, denn dann ist es auch ein anderer Kanton. Du ziehst also nach Riehen, ja, da bin ich fast sprachlos – nein, Lea, herzlichen Dank. Du hast ... was wir seitens der Bürgerlichen am meisten erlebt haben, ist, das möchte ich dir mitgeben, immer einen ausgezeichneten Job gemacht bei den Sachen, auch Wahlkampf für uns. Auch bei den bürgerlichen Wahlkämpfen hat sie im Hintergrund wahnsinnig viel geleistet. Wir werden es sicher wahnsinnig spüren, wenn du dort dann weg bist. Das muss erst mal jemand übernehmen. Dafür herzlichen Dank und auch für deine Arbeit im Rat. In diesem Fall, alles Gute im anderen Halbkanton. Wir hoffen stark, dass es dich irgendwann wieder einmal auf die Sonnenseite von Basel verschlägt, nämlich ins Baselbiet.

Zum Zweiten habe ich **Martin Münch**. Auch er geht aus dem Einwohnerrat. Es ist auch seine letzte Sitzung. Er ist ja bekannt als unser Schulleiter. Er bleibt uns in dieser Funktion erhalten, also bleibt er noch in Allschwil, das ist sicher positiv. Und, was man auch sagen muss, als er noch wirkte, war er Mitglied der KSD. Und er ist – jetzt wird es spannend – er ist noch schon lange Stimmzähler. Und

Fredy Rellstab ist auch Stimmenzähler. So, und jetzt wird es spannend. Wenn also ab nächstem Jahr, ab dem Sommer, die Resultate beim Auszählen immer stimmen, Martin, dann wissen wir, wer falsch gezählt hatte. Auch dir herzlichen Dank und alles Gute.

Und ganz am Schluss auf der Liste habe ich noch **Andreas Bärtsch**, der den Einwohnerrat ebenfalls verlässt, aber seine Funktion im Stiftungsrat des Altersheims als wichtiger gewichtet als den Einwohnerrat. Das darf man, glaube ich, so sagen. Das ist für das Altersheim ein grosser Pluspunkt. Das ist für den Einwohnerrat ein grosser Minuspunkt. Ich glaube, ich kann sagen, in meinen, doch bald auch schon, weiss es nicht einmal, 14, 15 Jahren hat kein Präsident die KBU so stark geprägt, wie du das getan hast. Sowohl fachlich als auch von deiner Art her. Man darf, glaube ich, wirklich sagen, es war so ein wenig der Tenor, wenn es hiess, ja, Andreas Bärtsch und KBU haben es gesagt, dem ist dann der Rat eigentlich fast immer einstimmig gefolgt. Du hattest ein wahnsinniges Gewicht in dieser Kommission. Dort wird der Nachfolger wirklich auch grosse Fussstapfen haben, die er übernehmen muss. Dir, herzlichen Dank für deine oft auch sehr direkte und klare Art und deine bissigen Voten. Auch wir wünschen dir in Zukunft alles Gute und herzlichen Dank. [Applaus]

René Amstutz, Präsident: Vielen Dank. Ich schliesse mich all dem Dank schön an und ich werde am Schluss der Sitzung noch ein paar Worte sagen. Aber wir haben noch ein paar Traktanden. Das nächste ist Traktandum 6.

Traktandum 6

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 27.5.2024, betreffend
GPK-Untersuchung «Primarstufe Allschwil»
Teilbericht A: Wirkungs- und Erfolgskontrolle zum Prüfbericht 4449 sowie
GPK-Kommissionsbericht zum Einwohnerratsgeschäft 4449D
Geschäftsvertretung: GPK-Präsidentin Corinne Probst-Gadola, Geschäft
4671A

René Amstutz, Präsident: Ich frage den Rat an, ob Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zu den Ausführungen der GPK-Präsidentin, dann die Fraktionssprecher, dann Rednerliste. Bitte, Corinne.

Corinne Probst, GPK-Präsidentin: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Danke. Ich werde nun bei der Vorstellung dieses Berichts darauf verzichten, immer zu sagen «GPK-Untersuchung Primarstufe Allschwil, Teilbericht A» etc., sondern ich halte es nun einfach als «*GPK-Bericht Primarstufe Allschwil*» und hoffe, das ist für alle okay.

Von der **Ausgangslage** her ist es so, dass wir im Bericht zum Geschäft 4671, eben zu dieser GPK-Untersuchung Primarstufe Allschwil, die GPK drei Dinge empfohlen hat. Und zwar das Eine ist, dass bei Unklarheiten oder Unstimmigkeiten der Gemeinderat für eine Verständigung zwischen den vier beteiligten Gremien Gemeinderat, Schulleitung, Schulrat und Verwaltung sorgt und auch für das Treffen von Vereinbarungen, die von allen verbindlich und verlässlich beachtet und eingehalten werden. Dies deshalb, weil die GPK die Führungsverantwortung für das Ganze beim Gemeinderat sieht. Mittelfristig hat die GPK empfohlen, dass ein Führungsmodell mit Strukturen und Verantwortlichkeiten zu wählen ist, welches dem Bedarf und den Verhältnissen der Primarstufe Allschwil optimal entspricht. Längerfristig erachtete die GPK es als wichtig, dass für Ämter und Behörden qualifizierte Personen gewonnen werden können, die ihren anspruchsvollen Aufgaben sowohl fachlich als auch, was die Kooperationsfähigkeit betrifft, bestmöglich gewachsen sind.

An der Sitzung von vor beinahe einem Jahr, also am 14. Juni 2023, hat der Einwohnerrat die GPK beauftragt, die Zielerreichung der Empfehlungen aus dem Bericht 4671 zu überprüfen und per Ende Legislatur 2020 bis 2024 dazu einen Bericht vorzulegen. Demzufolge gelangte die GPK mit Schreiben vom 26. April dieses Jahres an den Gemeinderat und bat darum, dass der Gemeinderat eine schriftliche Berichterstattung abgibt, wie er die Empfehlungen der GPK final umgesetzt hat. Die Antwort des Gemeinderates erfolgte am 22. Mai. Sie haben sie per Mail zugestellt erhalten, denn beim Versand ist mir ein Lapsus passiert; ich habe die Antwort schlicht zu spät nachgereicht. Ich gehe aber kurz darauf ein.

Und zwar hat der Gemeinderat bezüglich des aktuellen Stands und der nächsten Schritte bezüglich des strategischen Bau- und Infrastrukturprozesses sagen können, dass diese im Moment noch aufgeschoben sind aufgrund des Projekts Gesamtstrategie Schulraumplanung, welches ein wenig ein Ende erfahren hat, in dem Sinn, dass die Kredite für die Umsetzung der Strategie bekanntlich vom Einwohnerrat im Dezember 2023 nicht genehmigt wurden, und deshalb gleichzeitig auch noch kurzfristig zusätzlichen Schulraum auf das Schuljahr 2024/25 bereitgestellt werden muss. Es fehlen die Ressourcen, damit die offenen Fragen rund um die strategischen Bau- und Infrastrukturprozesse angegangen werden können. Wenn dies dann mal abgeschlossen ist, stellt der Gemeinderat hier Antworten in Aussicht.

Bezüglich der **politischen Prozesse** hat der Gemeinderat dahingehend verlauten lassen, dass Details der neuen Prozesse "Anträge Schulrat Primarstufe" erarbeitet und in Kraft gesetzt wurden. Somit ist ein wesentlicher Baustein der politischen Prozesse in der Schnittstelle Gemeinderat und Schulrat geklärt. Allerdings, wie wir mit der Auszahlung der Überstunden gesehen haben, bestehen offenbar immer noch offene Fragen und Unklarheiten. Deshalb sind weitere «Schärfungen» notwendig. Eine gemeinsame Sitzung mit einer Delegation aus dem Gemeinderat und dem Schulrat wurde bereits durchgeführt und weitere sind geplant. Dies erachtet die GPK als durchaus sehr positiv.

Bezüglich der **operativen Prozesse** vertritt die Geschäftsleitung der Gemeindeverwaltung die Meinung, dass sie trotz noch offener Fragen auf der Ebene der strategischen Prozesse geklärt werden können und gemäss Informationen des Rektors der Primarstufe, die Schulleitung Primarstufe eine externe Expertise plant, um Entscheidungsgrundlagen zu erhalten, damit die bestehenden Schulstrukturen erneuert werden können. Auch dies erachtet die GPK als sehr positiv. Die Klärung der operativen Prozesse zwischen Verwaltung und Schulen ist gemäss Gemeinderat erst dann sinnvoll, wenn die Schulleitung Primarstufe wieder voll besetzt ist, was ab August, wenn ich richtig informiert bin, der Fall sein soll, und wenn die Ergebnisse der geplanten Analyse vorliegen. Dies sollte voraussichtlich Ende 2024 der Fall sein. Das Ziel ist, dass erste Ergebnisse bezüglich der Klärung der operativen Prozesse bis Mitte 2025 definiert werden können.

Betreffend die **interne Organisation des Schulrats**, gab der Gemeinderat Auskunft, dass per Schuljahr 2024/25 aufgrund des revidierten Bildungsgesetzes verschiedene Kompetenzen vom Schulrat an die Schulleitung übergehen werden und der Gemeinderat davon ausgeht, dass die interne Organisation des Schulrats und die Abläufe im Schulrat entsprechend überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Das in den Schulrat delegierte Gemeinderatsmitglied, welches dann vielleicht ein Neues als das Bisherige sein wird, das werden wir sehen, wird die Klärung und allfällige Anpassung aktiv begleiten und auf eine rechtskonforme Ausgestaltung achten, so der Gemeinderat.

Das sind die Antworten des Gemeinderats auf unsere Anfrage, wie die Empfehlungen final umgesetzt wurden. Die GPK hat die Antworten angeschaut und geprüft und hält eigentlich Folgendes fest: dass die offenen Fragen, die im Zusammenhang mit dem Bau- und Infrastrukturprozess noch immer bestehen, insbesondere für die Schulraum- und Schulbauplanung, ein Handicap darstellen. Die für die Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Schulrat ansatzweise geklärten Prozesse erachten wir als Schritt in die richtige Richtung. Wir sind aber der Ansicht, dass es wirklich weitere «Schärfungen» braucht, oder respektive, also das war O-Ton Gemeinde, oder noch einmal weitere, klare Festlegungen, wie gemeinsam vorgegangen wird, respektiv wie gemeinsam die ganzen Prozesse auch beim Finanziellen angegangen werden, damit es nicht immer wieder zu Problemen kommt.

Was die sog. operativen Prozesse betrifft, ja, da hatten wir in der GPK ein wenig das Gefühl, dass die zwischen Gemeinderat-Schulrat-Schulleitung-Verwaltung für eine erfolgreiche Kooperation notwendige Klärung und Verbindlichkeit weiterhin auf eine etwas längere Bank aufgeschoben wurde. Es ist uns auch verständlich, dass zugewartet wird, bis die Schulleitung wieder komplett ist und die Analysen vorliegen.

Insgesamt geht die GPK nicht davon aus, dass die kurz- und mittelfristig angesetzten Empfehlungen aus dem GPK-Bericht 4671 vollständig und zweckdienlich umgesetzt sind. Wir haben auch ein wenig die Befürchtung, dass die längerfristig ausgerichteten Empfehlungen vielleicht nicht ganz erfüllt werden können. Wie erwähnt oder wie bereits im Tätigkeitsbericht festgehalten hat die GPK entschieden, dass wir einen allfälligen Teilbericht B, der aufarbeiten soll, weshalb es überhaupt zu diesen Spannungen gekommen ist, mal sicher bis Ende 2024 aufgeschoben haben, und die GPK dann je nach Entwicklung der ganzen Situation darüber beraten wird, ob überhaupt ein Teilbericht B in Angriff genommen werden soll. Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die GPK dem Einwohnerrat Folgendes

zu beschliessen: «Der vorliegende Bericht zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Teilbericht A vom 17. Mai 2023 wird zur Kenntnis genommen.» Merci vielmals.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Corinne Probst. Jetzt wären die Fraktionssprecherinnen und -sprecher an der Reihe. Ich frage deshalb: Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit gehen wir zur allgemeinen Rednerliste über. Und ich frage wiederum den Rat an: Gibt es Wortmeldungen? Auch dies ist nicht der Fall. Damit ist die Rednerliste bereits erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Somit kommen wir zum **Antrag der GPK**, auf Seite 3 des Berichts.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die GPK zu beschliessen:

Der vorliegende Bericht zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Teilbericht A vom 17. Mai 2023 wird zur Kenntnis genommen.

Wer dem zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

//:

Ihr habt ihn einstimmig angenommen.

Wir kommen zur **Schlussabstimmung** über dieses Geschäft. Wer das Geschäft abschliessen möchte, soll es jetzt mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

//:

Ihr habt das Geschäft ebenfalls einstimmig abgeschlossen.

Traktandum 7

Postulat von Noëmi Feitsma-Wirz, SP-Fraktion, und Miriam Schaub, Grüne, vom 20.3.2024, betreffend Sicherheit von Kindergarten- und Primarschulkindern: Kantonsstrassen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4726

René Amstutz, Präsident: Für die Rednerliste besteht die folgende Reihenfolge: Antragstellende Person, ich gehe davon aus, dass es Noëmi Feitsma sein wird, Gemeinderat Philippe Hofmann, Fraktionssprecher, Rednerliste. Meldet euch bitte beim 1. Vizepräsidenten.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Dann hat zunächst die antragstellende Person das Wort und das ist Noëmi Feitsma.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich gebe das Wort gerne zuerst Philippe Hofmann.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Das können wir tun, damit hat Gemeinderat Philippe Hofmann das Wort.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Wenn es der Wunsch ist, dann folge ich ihm selbstverständlich gerne. Die Begründung der Nichtentgegennahme liegt Ihnen vor. Der Grund ist eigentlich relativ simpel, wie erwähnt wurde. Wir haben diese Anfrage an den Kanton gemacht, wie es gesagt wurde. Der Kanton hat sich dezidiert dazu geäussert, dass insbesondere auch auf den Strassen von Allschwil bereits jetzt Massnahmen zur Erhöhung der Schulwegsicherheit berücksichtigt und umgesetzt wurden. Vor allem möchte ich aber darauf hinweisen, wegen der komplexen Verkehrssituation, dass es, was ich schon immer gesagt habe, nur weil etwas komplex ist, dies noch lange nicht heisst, dass es per se gefährlich oder unsicher ist. Das muss man einfach mal klar zur Kenntnis nehmen. Das ist genau das, was ich schon immer erklärt habe: Wir haben keine unsicheren Schulwege, aber wir haben komplexe Strassensituationen, das ist sicher richtig und dem

tragen wir auch Rechnung, und der Kanton trägt dem auch Rechnung, so wie es hier bereits erklärt wurde. Ja, dem, was schlussendlich in der Begründung ausgeführt wurde, ist deshalb nichts Grosses mehr anzufügen. Dementsprechend ist der Gemeinderat der Meinung, dass das Begehren nicht entgegenzunehmen ist.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Ich gebe das Wort noch einmal Noëmi Feitsma.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Philippe. Mich überrascht es sehr, dass die Empfehlung zur Nichtentgegennahme ist. Vor allem, weil ja offensichtlich der Gemeinderat bereits mit dem Kanton im Gespräch ist und aus diesem Gespräch hervorging, dass der Kanton gegenüber dynamischen Tempo-30-Zonen nicht absolut abgeneigt ist. Vor allem wird noch einmal explizit das Schulhaus Schönenbuchstrasse erwähnt, bei welchem – ich denke, jeder hier, der Kinder hat, weiss, dass es eine sehr prekäre Situation ist, weil es bergabwärts geht – die Autos um zwölf Uhr, wenn Schulschluss ist, um die Ecke rasen. Deshalb halte ich die Antwort des Kantons für sehr erfreulich. Ich finde, es wäre bereits ein grosser Gewinn, wenn schon nur diese komplexe Verkehrssituation rund ums Schulhaus Schönenbuchstrasse gelöst werden kann. Ich denke, mit Philippe Hofmann haben wir einen sehr kompetenten Gemeinderat mit viel Verhandlungsgeschick, das haben wir in letzter Zeit gesehen, der mit dem Kanton immer wieder im Gespräch ist. Ich traue Philippe Hofmann sogar zu, dass man sogar aushandeln könnte, dass auch der Grabenringkreisel als unmittelbar in der Nähe eines Schulhauses betrachtet werden kann. Deshalb finde ich, es ist nicht viel verlangt, dass der Gemeinderat nun noch einmal mit dem Kanton ins Gespräch kommt und zumindest für diese zwei Verkehrssituationen eine Lösung sucht, um sie etwas zu entschärfen. Ich möchte auch noch einmal daran erinnern, dass auch eine Petition bezüglich Grabenringkreisel einging. Wenn man dort nun eine dynamische Tempo-30-Zone einrichten könnte, wäre damit auch dort schon sehr geholfen.

In diesem Rat war immer wieder das Thema, Eigenverantwortung sei wichtig, auch auf dem Schulweg. Ich empfinde es als etwas schwierig, wenn man von Primarschulkindern bei so komplexen Verkehrssituationen Eigenverantwortung fordert. Was ich auch finde, dass es eigentlich sehr klar geklärt ist, wo die Verantwortlichkeiten bezüglich Schulwegs liegen. Es ist zwar so, dass die Eltern die Verantwortung haben, aber es ist auch so, dass die Gemeinde den Auftrag hat, alles in ihrer Macht stehend Mögliche zu unternehmen, damit die Schulwege sicher werden. Ich habe nun der Antwort des Gemeinderats entnommen, dass es tatsächlich eine Möglichkeit gibt, mit dem Kanton zu verhandeln und dynamische Tempo 30-Zonen an gewissen Stellen einzuführen. Ich hielte es für wirklich schön, wenn bezüglich Kantonsstrassen der Dummpeter nicht immer an den Kanton geschoben wird, denn es ist eigentlich simpel und einfach: Die Gemeinde kann Anträge stellen und der Kanton unterstützt es und finanziert die Sachen sogar. Deshalb bitte ich den Rat, das Postulat anzunehmen, zu überweisen, damit man Lösungen für die komplexen Verkehrssituationen finden kann, und man die Eigenverantwortung der Schulkinder und der Eltern auch besser fördern kann. Denn das geht nur, wenn die Strassen einigermaßen sicher sind. Vielen Dank.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Bevor ich zu den Fraktionssprecherinnen und -sprechern übergehe, Christian Jucker hat sich bereits gemeldet, würde ich gerne das Wort noch einmal an Gemeinderat Philippe Hofmann erteilen.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat, geschätzte Noëmi. Danke vielmals für die Blumen. Du tust mir aber, glaube ich, etwas unrecht, denn sonst hätte es nämlich jetzt auf der Schönenbuchstrasse keinen Veloweg, mitten drauf, der alle Leute gefährdet, die darauf fahren. Ich habe mich dort persönlich eingesetzt, mit Händen und Füßen und mir Kopf und Kragen gereidet. Wir hatten einen Besuch vor Ort, wir hatten Juristen aus dem Kanton, wir hatten andere Verkehrsplaner des Kantons ... es hat sie nicht interessiert, nicht im Geringsten. Tut mir leid. Ich habe es versucht, aber ich bin knallhart gescheitert. Danke schön, dass du es mir trotzdem zutraust, es ein zweites Mal wenigstens versuchen zu wollen.

Noch einmal. Es ist vielleicht eine komplexe Situation, das mag sein, aber sie ist nicht unsicher. Das muss man einfach sagen. Der Kanton lässt beim Schönenbuchstrassenschulhaus mit sich verhandeln. Ich glaube, es geht nicht unbedingt ums Verhandeln, sondern es geht darum, ob die Kriterien erfüllt sind. Die Kriterien sind erfüllt, wenn sie im unmittelbaren Bereich von Schulen liegen. Grabenring liegt nicht im unmittelbaren Bereich. Da kann ich verhandeln, wie ich will. Da könnte ich mich zum Fenster hinauslehnen und kämpfen wie ein Berserker, das ist Don Quijote. Das geht nicht. Allerdings kann man höchstens sagen, wenn beim Schönenbuchstrassenschulhaus gemäss Kanton, wenn er sagt, Zitat: «Wenn die Voraussetzungen aus dem Regierungsratsbeschluss Nr. 2021/1291, 14. September 21

vorliegen, und auch Art. 108 lit. a und b SSV erfüllt sind», dann, nur dann kann man eine abweichende Höchstgeschwindigkeit von 30 auf Kantonsstrassen innerorts prüfen. Die einzige Voraussetzung, die überhaupt vorhanden sein könnte, ist genau dort bei dieser Ecke, bei diesem Rank. Nun, alle, die Kinder haben, die sich verantwortlich fühlen sollen: Ich fühle mich direkt angesprochen, mein Sohn geht dort in die Schule und meine Tochter wird es auch bald tun; ich bin oft bei diesem Schulhaus.

Es geht aber nicht darum, was ich sage, sondern es geht darum, wir machen von der Polizei auch Messungen. Vereinzelt finden dort Messungen statt und es steht immer auch wieder das Gerätli dort, welches im Rank unter dem Kandelaber ist, wie schnell man fährt. Ich kenne die Zahlen nun nicht auswendig. Aber eines weiss ich, dass die Zahlen, die gemessen wurden, nicht einen Schnitt von 50 ausweisen. V85 ist sicher nicht 50. Das gibt es dort nicht. Es mag bedrohlich sein, wenn man sieht, dass ein Kind dort steht und ein Lastwagen hinunterfährt. Das hat aber weniger mit der Geschwindigkeit zu tun als einfach mit verschiedenen Wahrnehmungen und mit vorhandenen Tempi allgemein. Das ist auch bei 30 recht laut, recht schnell. Auch, wenn unter anderem der Bus kommt. Es ist immer ein wenig eine Frage der Wahrnehmung. Ich würde es gerne mal so sagen.

Und die Verantwortung, ja, die Verantwortung liegt bei den Eltern und beim Kind. Das ist nun einmal so. Das muss man auch einfach mal klar sagen. Selbst wenn wir dort dynamisch 30 machen oder so etwas beantragen wollten, mit dem alleine ist es nicht getan. Das ist wie Symptombekämpfung. Ich finde, es ist nicht die richtige Art und der richtige Weg, dort einfach etwas etablieren zu wollen, nur weil der Kanton gerade sagt, ausgerechnet dort sei es das Einzige, wo es machbar ist. Ich möchte gerne, wenn wir Massnahmen ergreifen, dann dort, wo konkret etwas vorliegt, wo Handlungsbedarf auch erwiesenermassen vorhanden ist. Einfach aufgrund einer Erwägung und eines Gefühls ins Blaue raus zu sagen, ich finde, es ist unsicher, ohne passierte Evidenz, von Nachweis, von Gefährdungen, ist es einfach nur eine Annahme. Das ist meiner Meinung nach nicht der richtige Weg, dass man irgendwo Massnahmen ergreift, ohne dass sie evident, belegt sind, was dann auch ist.

Der Dummpeter, ich habe es eingangs bereits erwähnt, was wurde: ja, es ist halt leider so, wie wir es haben. Der Kanton besitzt die Strassen in Allschwil, das ist halt ein Recht. Manchmal ist es ein Ärgernis, manchmal ist es auch gut so. Ein Ärgernis ist es, wenn der Kanton einfach macht, was er gerne möchte. Gut ist es dann, wenn man sie revidieren und die Gemeinde nicht bezahlen muss. So ist es halt im Leben. Das ist unglücklich, ich weiss es. Was noch einmal gesagt wurde, ich bin überzeugt, und da bin ich absolut sicher, die Gemeinde Allschwil macht auf den Strassen der Gemeinde das, was ihr von den Möglichkeiten her zusteht, was für sichere Schulwege machbar ist. Ich gehe nicht davon aus, dass wir irgendwo unsichere Schulwege haben. Gar nicht. Wir haben komplexe Anforderungen, die kein Mensch bestreitet, und diese gilt es, im Leben zu meistern. Das ist so. Und wenn der Kanton das auf seinen Strassen auch feststellt, ist es nichts als richtig. Aber es ist nicht die Möglichkeit, dass wir über die Strassen des Kantons verfügen können. Wir haben diverse Strassengeschichten hier diskutiert. Mehrmals. Fabrikstrasse beispielsweise. Oder nun eben auch andere Dinge, die beim Übergang Gartenstrasse vielleicht kommen.

Diese Diskussionen sind relativ klar. Der Kanton hat seine Meinung, Veloweg Schönenbuchstrasse dasselbe. Er wird das so vollziehen, wie er es für richtig hält. Ich bedauere, dass die Kommunikation mit dem Kanton zum Teil harzig ist und zum Teil vom Kanton sehr einseitig ausgeführt wird. Ich meine aber, das ist nicht so einfach, wie man es sich vorstellt. Deshalb noch einmal: Unsere Schulwege sind sicher, was wir hier tun. Es gibt komplexe Anforderungen, das ist völlig richtig, dass es so ist, die gilt es zu bestehen. Die Gemeinde wird das tun, was innerhalb der Möglichkeiten liegt, damit sichere Schulwege bestehen. Das haben wir auch mit unseren Ausführungen getan und mit unserem vorhandenen Konzept bereits umgesetzt. Dementsprechend meine ich, dass das Postulat so nicht entgegenzunehmen ist. Unsere Strassen, unsere Schulwege, die wir haben, sind so sicher, wie sie nur sicher sein können.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Wir gehen nun über zu den Fraktionssprecherinnen und -sprechern. Ich erteile das Wort gleich an Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Ja, nun muss ich doch sogleich das Wort von Philippe Hofmann aufnehmen. Er hat gesagt, wir haben sichere Schulwege und gleichzeitig hat er ein paar Sätze zuvor erwähnt, der Umbau der Schönenbuchstrasse sei eine Katastrophe gewesen. Irgendwie passt das nicht ganz zusammen. Denn das ist auch ein Schulweg. Ich habe drei Kinder, die dort hinab gingen, es mit dem Velo, mit dem Trottinett versucht haben, und ich glaube, man sieht relativ oft, was sich dort geändert hat.

Jetzt, genau, zu diesem Postulat. Es ist relativ breit gefasst und es ist auch die Form eines Postulats. Für uns ist sicher das Schulhaus Schönenbuchstrasse ein zentraler Punkt. Es ist für mich eine weltweit einzigartige Situation, dass ein 40-Tönnner mit einem 50er geradewegs auf einen Pausenplatz zu fahren kann. Das ist einfach etwas, was es so nicht gibt. Das gibt es nirgends, das darf nicht sein, das kann man einfach nicht machen. Dazu muss man etwas unternehmen. Nach unserer Meinung nach wäre das Postulat ein sinnvoller Weg, jetzt beim Kanton mal anzufragen. Es steht ja auch: «temporäre Tempo 30-Zone oder ähnliche Massnahmen». D. h. Lösungsspektrum relativ breit zu nehmen. Aber das sind wir uns dort schuldig. Wie zuvor erwähnt, ich hatte drei Kinder an dieser Schule und es kam häufig zu brenzligen Situationen. Vielleicht wie an verschiedenen Orten. Es ist aber jetzt durch die neue Signalisierung an der Schönenbuchstrasse mit den Lastwagen um einiges schlimmer geworden. Und auch die Tempi der Lastwagen haben sich erhöht. Meiner Meinung nach ist es keine verantwortungsvolle Situation mehr. Deshalb möchte ich Sie doch bitten, das Postulat zu überweisen. Wir sähen auch noch eine Variante, dass man das Postulat anpassen würde und es sich nur noch auf die Situation beim Schulhaus Schönenbuchstrasse bezieht. Wir stehen aber für beide Varianten. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Christian Jucker. Gibt es weitere Wortmeldungen seitens der Fraktionssprecherinnen und -sprecher? Das ist nicht der Fall. Dann gehen über zur allgemeinen Rednerliste. Ich erteile das Wort an Mark Aellen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzter Gemeinderat. Ich verstehe etwas nicht. Wir haben ein Postulat, das sagt, man soll beim Kanton anfragen. Was der Gemeinderat gemacht hat, ist, er hat den Kanton angefragt. Er bestätigt sogar in seiner Antwort, weshalb man es nicht überweisen soll, dass er die Leute angefragt hat, die es am Schluss auch beurteilen werden, wenn man anfragen würde. Weshalb haben wir nicht einfach offiziell angefragt? Das wäre auf das genau Gleiche herausgekommen. Wir könnten dieses Postulat als erledigt abschreiben. Ich verstehe es nicht.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Mark Aellen. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann hat zuerst Sandro Felice und anschliessend Martin Münch.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich möchte auch zum Votum von Philippe Hofmann noch ein paar Dinge bemerken. Ich verstehe auch nicht ganz, weshalb auf einem Schulwegplan komplexe Verkehrssituationen aufgeführt sind, wenn dort nicht irgendwie etwas Spezielles wäre. Und zwar ist ja das Problem, komplexe Verkehrssituationen sind für Kinder gefährlich, weil sie eben die komplexen Verkehrssituationen nicht so gut einschätzen können. Deshalb ist es schon so, ist längst klar, die Verkehrssituation ist nicht per se gefährlich, aber eben für Kinder, die es schlecht beurteilen können, muss man sagen, ist sie gefährlich. Deshalb ist es auch auf diesem Plan so drauf. Ich finde es schade, dass der Gemeinderat es nun nicht entgegennehmen will und auch gleich die Gelegenheit zum Anlass nimmt, den Schulwegplan vielleicht zu überarbeiten.

Wie bereits in anderen Sitzungen bemerkt, gibt es ein paar Dinge, die nicht mehr völlig stimmen. Es gibt auch ein paar Dinge, die etwas sonderbar sind. Z. B. hat es beim Neuallschwil hat es innert 500 m drei Übergänge, die Schulweg sind, einer ist mit Lichtsignal, zwei nicht, und einer davon ist noch eine komplexe Verkehrssituation. Ich meine, dass Kinder, die können ja natürlich einen Schulweg nehmen, den sie wollen und sich zutrauen, da ist jeder frei. Aber dieser Schulwegplan hat den Sinn und Zweck, dass die Eltern einen Hinweis darauf haben, wo die Kinder sicher durchgehen können. Dann müsste man doch den einen Übergang als sicheren Schulweg aufzeichnen, und irgendwie drei, und einer ist noch komplex. Das macht für mich irgendwie keinen Sinn. Eigentlich wäre es sinnvoll, wirklich jene Wege aufzuzeichnen, die wirklich sicher sind. Das Nächste ist, wie der Kanton bestätigt, fanden in den vergangenen sechs Jahren einige Tätigkeiten statt, Bautätigkeiten. Es wird in Allschwil viel verändert, u. a. auch Wasserschutz usw.

Es kann auch sein, dass die einen Situationen vielleicht nicht mehr so komplex sind, wie der Kanton schreibt, dann könnte man diese auch wieder vom Plan entfernen, wenn man sie jetzt anders einschätzt, das ist auch noch eine Möglichkeit. Das Ziel wäre natürlich, dass möglichst wenige rosarote Felder auf diesem Plan sind. Man bekommt vielleicht nicht ganz alle weg. Das Ziel wäre, möglichst viele davon wegzubekommen und den Kindern einen möglichst sicheren Schulweg zu bieten.

Das andere ist noch, ja, es mag sein, dass es keine Probleme gibt, aber das Problem ist dann das, dass wenn die Leute oder die Eltern finden, ah ja, ich sehe hier komplex und schwierig und so, also bringe ich mein Kind mit dem Auto in die Schule, denn zum Mitgehen habe ich keine Zeit und was auch immer. Dies wollen wir auch wieder vermeiden. Deshalb möchte ich schon bitten, dass man

noch ein wenig mehr Engagement zeigt, um die Schulwege effektiver und den Schulwegplan insbesondere macht, damit er wirklich ein Hinweis ist, wo die wirklich sicheren Schulwege durchführen. Und dass man versucht, sie zu kanalisieren und wenn möglich noch zu optimieren. Unter anderem auch, wenn der Kanton schon nur an einer Stelle etwas machen will, allein nur dafür könnte man es entgegennehmen. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Sandro Felice. Das Wort hat Martin Münch und anschliessend Claudia Sigel.

Martin Münch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Ich werde das Postulat, so wie es dasteht, ablehnen. Und zwar als Martin Münch, Privatperson und FDP-Mitglied. Das ist mir wichtig, hier zu sagen. Es geht mir zu weit, weil es alle komplexen Situationen betrifft und nicht nur zwei, die aus meiner Sicht eigentlich prüfenswert wären. Das Schulhaus Dorf z. B. und das Schulhaus Gartenhof – Entschuldigung, Schulhaus Schönenbuchstrasse und Schulhaus Gartenhof. Dort, denke ich, macht es sicher Sinn, wenn man temporär 30 auf diesen Kantonsstrassen macht. Alle anderen Situationen sind grundsätzlich, fast ein wenig zu weit weg von einem Schulhaus und benötigt auch die Aufmerksamkeit der Kinder auf dem Schulweg und sicher das Ablaufen des Schulwegs durch die Eltern mit dem Kind, damit es ihn kennenlernt. Deshalb kann ich diesem Postulat so nicht zustimmen. Aber ich fände auch die Situation an den zwei Orten, die ich zuvor definiert habe, prüfenswert. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Martin Münch. Das Wort hat Claudia Sigel und anschliessend Mehmet Can.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Ich stimme dem Votum von Martin Münch grundsätzlich zu, dass es ein umfangreiches Postulat ist, welches nicht so umfangreich sein müsste. Ich erinnere mich auch ans Votum von Florian Spiegel gestern, dass man immer wieder über dieselben Probleme spricht und niemand geht sie an. Er hat mir gestern aus dem Herzen gesprochen. Ich finde es eigentlich wunderbar, dass man das Postulat heute haben, denn wir haben schon ein paar Mal über die Schulwegsicherheit der Primarschulen gesprochen. Jetzt haben wir eine Vorlage. Ich bin wirklich, also ich kann Christian Jucker nur zustimmen, die Kurve beim Schönenbuchschulhaus ist grauenhaft. Die kommen da wirklich sauschnell runter und solche Sattelschlepper kommen und Busse auch. Die können dann nicht mehr bremsen. Ich warte nur auf den Moment, an dem mal wirklich etwas Schlimmes passiert. Ich empfinde es als wundervoll, haben wir dieses Postulat. Jetzt wird mal etwas gemacht. Wenn wir es jetzt nämlich nicht überweisen, geht es wieder ewig, bis das Nächste kommt. Wir wissen alle, wie lange es dauert, bis etwas, was man im Rat einreicht, vor dem Rat ist. Deshalb bitte ich eigentlich alle Anwesenden, dieses Postulat heute zu überweisen. Danke vielmals.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Mehmet Can.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Philippe Hofmann. Hier steht: «Für alle Örtlichkeiten bis auf das Schulhaus an der Schönenbuchstrasse sind die Voraussetzungen nicht erfüllt.» Also, bis auf das Schulhaus an der Schönenbuchstrasse. Es liegt wahrscheinlich an meinen mangelnden Deutschkenntnissen, aber eigentlich sind die Voraussetzungen dort vor Ort erfüllt. Weshalb kann man es dort nicht angehen? Das wäre erstens.

Das Zweite betrifft die sicheren Schulstrassen. Bei der Mündung zwischen Ochsengasse und Oberwilerstrasse, wenn die Kinder dorthin gehen, von der Ochsengasse auf die Oberwilerstrasse – ich glaube, du hast auch mal dort hinten gewohnt – weiss ich nicht, ob diese Kreuzung oder dieser Übergang wirklich so sicher ist. Die Strassen sind nicht unbedingt sehr sicher.

Den Voten von Claudia und Christian schliesse ich mich eigentlich vollumfänglich an. Ich bitte auch um Überweisung. Danke.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Mehmet Can. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann hat Noëmi Feitsma das Wort.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Martin Münch. Ich möchte noch erwähnen, dass im Postulat auch steht: «[...] die komplexen Verkehrssituationen, welche nicht mit einer Lichtsignalanlage ausgestattet sind [...]». Am Schluss bleiben gar nicht viele mehr übrig, als Schönenbuchschulhaus, Grabenringkreisel und Ecke Fabrikstrasse/Baslerstrasse. Und Philippe Hofmann

möchte ich eigentlich einfach noch fragen: Was muss denn geschehen, damit aus eurer Sicht Handlungsbedarf besteht? Ich finde, es ist sehr schwierig zu messen, wenn du sagst «erwiesenermassen» müsse Handlungsbedarf bestehen. Also muss zuerst ein Unfall passieren? Ich finde dies eigentlich keine gute Argumentation. Wenn der Gemeinderat sagt, er würde alles tun, was in seinen Möglichkeiten liege, frage ich mich schon, gehört denn das Stellen eines Begehrens wirklich nicht zu euren Möglichkeiten?

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Noëmi Feitsma. Das Wort hat Matthias Häuptli.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es wurde bereits angesprochen. Im Grunde wurde das Postulat beantwortet, indem die zuständige Behörde im Kanton es eigentlich schon geprüft hat. Sie ist zum Schluss gekommen, dass man es an den meisten Orten nicht tun kann, aber an einem Ort kann man es. Eigentlich ist dies ein Steilpass, wenn der Kanton sagt, beim Schulhaus Schönenbuchstrasse sind die Voraussetzungen erfüllt. Dies ist die Aussage, sie sagen nicht, man muss es noch prüfen, sondern dass die Voraussetzungen eigentlich erfüllt wären. Es benötigte einfach einen entsprechenden Antrag des Gemeinderats. In diesem Sinn möchte ich eigentlich der Postulantin empfehlen, das Postulat einfach darauf zu beschränken, denn es gibt nichts weiter zu prüfen. Was es braucht, ist ein politischer Auftrag von uns, dass wir es wollen. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Matthias Häuptli. Gibt es weitere Wortmeldungen. Dann hat Henry Vogt das Wort.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich glaube, im Namen der SVP-Fraktion sind wir gleicher Meinung. Das Postulat grundsätzlich, so wie es Martin Münch erläuterte, geht zu weit, denn es sind alle damit gemeint. Wenn man natürlich die Situation am Schönenbuchschulhaus verbessern will und es sich darauf beschränkt, lässt es sich sicher auch mit uns reden. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Henry Vogt. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das Wort hat Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, weil ich zuvor meine Kompetenzen betreffend Fraktion etwas überschritten habe, jetzt noch als Privatperson. Eben, ich würde mir auch sehr wünschen, das Postulat anzupassen. Ich glaube, dann hätten wir hier im Rat eine praktisch einstimmige Annahme und Überweisung des Postulats und eine einfache Richtung für den Gemeinderat, was zu tun ist. Die anderen Situationen könnte man dann separat betrachten. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Dann hat Jean-Jacques Winter das Wort.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Geschätzte Kollegen und Kollegen, Herr Präsident. Das Postulat liegt vor. Scheinbar haben wir bereits eine Antwort dazu oder eine Teilantwort. Was hindert uns daran, das Postulat jetzt in Auftrag zu geben? Der Gemeinderat weiss bereits, was er tun muss. Es hiess: überweisen und abschreiben. Gebt es rüber, dem Gemeinderat ist der Weg aufgrund der Antworten, die er hat, klar. Wir müssen es nicht ändern. Der Inhalt, der Weg ist klar aus den Diskussionen heraus, aus dem, was wir gehört haben, der Gemeinderat hat den Weg gehört, hat uns bereits mitgeteilt, was machbar ist. Wir müssen nichts ändern. Entgegennehmen und macht das, was ihr bis jetzt gesehen habt, was uns allen klar ist. Dann macht bitte vorwärts, seid so gut! Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Jean-Jacques Winter. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht ... doch, Gemeinderat Philippe Hofmann möchte gerne etwas sagen.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Nun wurde viel gesagt. Also, vielleicht ganz zum Schluss, um es noch einmal von vorn zu nehmen: So wie dieses Postulat vorliegt, so ist auch die Antwort ausgefallen. Mark Aellen hat es als Erster angesprochen, wir haben es vorgängig gefragt, genau, das haben wir getan. Es ist genau diese Arbeit, die haben wir, wie wenn es quasi schon überwiesen worden wäre, einfach nicht in dieser Tiefe, nicht in dieser Ausführlichkeit, nicht für alle 14 Knotenpunkte individuell, sondern generell. Ich muss ja etwas sagen können, oder? Ich muss mich ja auf irgendetwas abstützen. Notabene fragen wir bei den Strassen des Kantons an, nicht bei unseren eigenen. Das muss man nun einfach mal sehen. In diesem Zusammenhang ist die Antwort zu verstehen. Der Kanton sagt, auf meinem Gebiet habe ich diese 14 Punkte, die vorhanden sind, davon fallen 13 weg, und einer ist genau etwas, wo es möglich wäre, weil es die Anfor-

derungen erfüllt. Jetzt sind wir immer noch im Konjunktiv. Das ist genau der Punkt. Wenn ihr ein anderes Postulat machen wollt, prüfe und berichte, Schönenbuchstrasse Tempo 30 temporär, ist das eine andere Ausgangslage. Das war aber nicht die Frage. Meine Antworten haben nicht auf diese Frage abgezielt, sondern auf diese Frage, die hier gestellt ist. Dies geht nach einer generellen Überprüfung und nach einem ganz anderen Ausgangsort.

Es gibt einzelne Voten, die genannt wurden. Aber eines muss man einfach mal sehen, die Wahrnehmung von Sicherheit ist wahnsinnig subjektiv. Das ist nichts Objektives. Es ist zum Teil messbar, in ganz wenigen Fällen, aber in sehr vielen Dingen ist es etwas sehr Subjektives. Wenn ein Lastwagen herunterfährt, wenn Tempo 30 ist, wenn seine Bremsen versagen, versagen sie genau gleich und rasen auf den Pausenplatz zu, ja. Ich will mir das nicht einmal im Traum vorstellen, wie das ist, auf keinen Fall. Selbst wenn es mich oder meine Kinder oder wen auch immer betrifft, darum geht es gar nicht. Das möchte niemand. An der Binningerstrasse fahren auch 40-Töner am Pausenplatz quasi vorbei. Einfach, dass das auch so ist, die fahren dort auch 50, und der Bus fährt auch und wenn er ab und zu noch aufs Trottoir ausweichen muss, damit er mit anderen kreuzen kann – ja, schönen Tag!

Solche Situationen gibt es. Eine gewisse Komplexität im Strassenverkehr können wir nicht weg bedingen. Einfach, dass wir es gesagt haben. Es gibt keine allgemeine Sicherheit. Das kann ich schlichtweg nicht bieten. Wer es von mir verlangt, es geht nicht. Mit einer Anfrage in einem Zusammenhang ist ein anderes Postulat. Stellt eine andere Anfrage, kann man es machen! Aber so, wie es vorliegt, mit diesem Volumen, haben wir die erste Antwort erhalten, damit wir fundierte Auskunft geben können. Ich denke, mit der im Voraus geleisteten Arbeit ist dem Rat ist bereits sehr viel gedient. Dementsprechend, ihr kennt die Haltung. Es steht der Gesuchstellerin bzw. der Postulantin selbstverständlich frei, das Postulat anzupassen und es anders zu tun. Aber in dieser Form, so wie es vorliegt, habt ihr die Antwort zu einem Grossteil. Die Antwort würde nicht anders ausfallen. Deshalb ist es in diesem Sinne nicht entgegenezunehmen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Rednerliste erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Danke vielmals. Somit kommen wir zur **Abstimmung über die Überweisung dieses Postulats**. Wer das Postulat überweisen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Mit 15 Ja zu 13 Nein und 4 Enthaltungen habt ihr dieses Postulat überwiesen.

René Amstutz, Präsident: Florian Spiegel, bitte!

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich weiss, dass die Zeit fortgeschritten ist, ich möchte trotzdem beliebt machen, das letzte Traktandum noch zu erledigen, und zwar aus einem einfachen Grund: Der Hauptschreiberling, Etienne Winter, hat heute die letzte Sitzung und die Hauptargumentatorin, die dagegen sein muss, hat heute auch die letzte Sitzung. Ich möchte uns dieses Spiel nicht nehmen lassen.

René Amstutz, Präsident: Danke vielmals. Es ist auch nicht die Absicht des Büros, dass man jetzt abbricht. Wir behandeln noch, ausser es gibt einen Antrag. Aber ja.

Traktandum 8

Motion von Urs Poživil, FDP-Fraktion, Henry Vogt, SVP-Fraktion, Pascale Uccella, AVP-Fraktion und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 24.4.2024, betreffend Totalrevision Gemeindeordnung
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4728

René Amstutz, Präsident: Die Rednerreihenfolge: Die antragstellende Person, wer wird sich melden, entscheidet euch noch, dann Gemeindepräsidentin, Fraktionssprecher und Rednerliste. Meldet euch bitte beim 1. Vizepräsidenten.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Für die antragstellenden Personen war Etienne Winter am schnellsten. Ich übergebe ihm das Wort.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kollegen und Kollegen, werter Gemeinderat. Ich bin eben ein wenig melancholisch, gar nicht in Streit-Diskussionsrunde. Ich habe zum ersten Mal in meinem Leben rote Rosen von einem Mann erhalten, auch ein Rosenkärtchen von zwei Männern unterschrieben; es ist ein wunderbarer Tag heute Abend. Deshalb weiss ich gar nicht, was ich erzählen möchte. Nein, ich habe ein wenig sondiert. Wir haben ... – Anfangs Jahr wurde der Einwohnerrat darüber unterrichtet, dass der Gemeinderat die Absicht hegt, unsere Gemeindeverfassung, das höchste Heiligtum, das wir haben, zu revidieren. Ich bin dann immer spitzfindig, wenn es um so demokratiepolitische Dinge geht, dann bin ich oder der Einwohnerrat auch gerne mit im Boot. Denn, wie zuvor erwähnt, es ist wirklich eigentlich so ein wenig das Herz von Allschwil.

Es sind darunter 18 Paragraphen, relativ klein und bescheiden. Wenn man es anschaut, müsste man in dieser Teilrevision ohnehin wahrscheinlich 2/3 revidieren. In der letzten Zeit hat man ein wenig gespürt, die Gemeindeorganisation – im Einwohnerrat habe ich auch schon Stimmen gehört – abschaffen oder nicht abschaffen? Ich habe auch schon gehört, oder wir sehen es ja, welche von den Parteien es schafft, wirklich noch zwanzig Personen auf die Liste zu bekommen. Ein grosses Thema! Das schaffen die wenigsten, und wenn, dann mit Not und Tugend. Benötigen wir wirklich noch 40 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte? Wären 30 nicht besser oder müssen wir auf 50 expandieren? Dieselbe Diskussion stellt sich auch für den Gemeinderat. Sind vielleicht fünf nicht interessanter als sieben? Oder vielleicht doch eher neun? Wie können wir das Ganze ein wenig anpacken?

Es haben sich ein paar gefunden, die gesagt haben, hey, Ergebnis offen, wir würden es gerne mit dem Gemeinderat anschauen. Denn dazu benötigen wir nicht einmal ein Behördenreferendum – tut mir leid [*Gelächter*], es muss in jedem Fall vors Volk. Wie erwähnt, die Person hat gesagt, hey, wir wollen wirklich mal die 18 Paragraphen durchgehen und nach zwanzig Jahren, als wir auch eine grössere Teilrevision hatten, ein wenig in uns gehen. Das ist kein Misstrauensvotum, sondern ist einfach ein miteinander Gehen. Vorgeschlagen ist auch, dass der Gemeinderat den Lead haben soll mit dieser Empfehlung. Wir haben extra gesagt "Empfehlung", dass der Gemeinderat eine Spezialkommission mit den Partei-Vertreterinnen und Partei-Vertretern einsetzt. Wenn der Gemeinderat es nicht machen will, dann obliegt es schlussendlich so oder so dem Einwohnerrat, ob er nicht eine Spezialkommission einsetzen will. Das ist diese Sache. Länger möchte ich eigentlich gar nicht darüber sprechen.. Deshalb würde ich es gerne mitgeben, dass man gemeinsam auf den Weg geht und es angeht. Und ja, that's it, besten Dank.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Etienne Winter. Deine Melancholie kann ich fast teilen. Es wird nicht mehr so oft vorkommen, dass ich das Wort der Gemeindepräsidentin, Nicole Nüssli, übergeben kann.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich habe heute die ehrenvolle Aufgabe, Ihnen im Namen des Gemeinderats mitzuteilen, dass er wohl bereit ist, eine Teilrevision der Gemeindeordnung anzugehen oder anzunehmen. Er ist aber nicht der Meinung, dass eine Totalrevision notwendig oder angezeigt ist. In diesem Sinn beantragt er Ihnen, diese Motion so nicht zu überweisen. Die Meinung des Gemeinderats geht vielleicht zu jener, die Etienne Winter zuvor schilderte, ein wenig auseinander. Wir meinen, dass es an ganz wenigen Punkten eine Revision benötigt. Einerseits ist es nur ein Name, der sich ändert, oder eine Behörde, die es eigentlich nicht mehr gibt, wo man quasi eine Anpassung an die Realität macht. Aber eine wirklich inhaltliche Auseinandersetzung mit der Gemeindeordnung im Sinn von dem, wie du es zuvor geschildert hast, eben im weitesten Sinn sogar dem Einwohnerrat oder dem Gemeinderat die

Frage zu stellen, ja oder nein, in welcher Grösse auch immer, war nicht die Meinung des Gemeinderats. Deshalb meinen wir nach wie vor, dass eine Teilrevision ausreicht.

Es ist mir aber durchaus bewusst, dass die Motion, die so zustande kam, vom Rat grossmehrheitlich unterstützt. Insofern sind wir wahrscheinlich auf verlorenem Posten. Es muss ja auch nicht eine so wahnsinnige Auseinandersetzung sein. Vielen Dank.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Nicole Nüssli. Dann kämen wir nun zu den Fraktionssprecherinnen und -sprechern. Ich frage an: Gibt es Wortmeldungen seitens der Fraktionssprecherinnen und -sprecher? Ich übergebe das Wort an Florian Spiegel.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Vonseiten SVP-Fraktion, wie bereits unterzeichnet, können wir diese Motion unterstützen. Wir sind auch der Meinung, und Etienne hat es zuvor gut erläutert, auch im Einwohnerrat sind 50 Jahre durch, da hatten wir ein Jubiläum, und es ist nach dieser Zeit angesagt, wie auch über den Gemeinderat, ergebnisoffen nachzudenken und selbst zu reflektieren: Stehen wir hinter diesem Konstrukt, so wie wir es heute noch haben? Wollen wir es so beibehalten, anpassen, abschaffen? Ich glaube, nach 50 Jahren ist es angedacht, mal eine Grundsatzdebatte zu führen. Dies tut jeder Institution gut, wird aber viel zu wenig getan. Insofern von unserer Seite ein absolut klares Ja.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Florian Spiegel. Gibt es weitere Wortmeldungen der Fraktionssprecherinnen und -sprecher? Das ist nicht der Fall. Somit gehen wir zur allgemeinen Rednerliste über. Gibt es Wortmeldungen? Das ist auch nicht der Fall. Damit ist die Rednerliste erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Somit kommen wir zur **Abstimmung über die Überweisung der Motion**. Wer die Motion überweisen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Mit 22 Ja, 7 Nein und 3 Enthaltungen habt ihr die Motion überwiesen.

René Amstutz, Präsident: Bevor wir abschliessen, möchte ich noch zwei, drei Sachen sagen, ganz kurz, ich mache nicht lange, es ist schon spät. Ja, ich habe auch ein paar Dankeschöns, die ich aussprechen möchte.

Ganz herzlich danke ich **Heinz Schreck** für seine Arbeit zur Einrichtung des Saals und der Anlage. Heute Abend ist er abwesend. Danke **Hans Jecker**, dass Sie dabei sind, und so wird er nach der Rückkehr aus den Ferien ein Geschenk erhalten. Vielen Dank.

Nicole Müller, Sekretariat des Einwohnerrats. Ohne Nicole wäre in diesem Büro, in diesem Rat, kaum etwas möglich. Vielen herzlichen Dank an Nicole Müller.

Vielen Dank auch an die **Büromitglieder** für die angenehme Zusammenarbeit. Das hat mich wirklich gefreut, vielen Dank.

Ruedi Spinner, vielen Dank auch für die juristische Unterstützung und vielen Dank euch allen, werte **Einwohnerratsmitglieder**, **Gemeinderatsmitglieder** und **Medienschaffende**, für die ebenso gute Zusammenarbeit.

Ja, es war ein spannendes Jahr. Ich konnte, durfte hier oben einiges lernen. Teilweise war es auch herausfordernd. Aber eines ist sicher, ich hatte immer Freude, hier oben zu sein.

Die Pendenzenliste der Geschäfte, die in den Rat kommen werden, ist lang. Es gibt noch viele Pendenzen, Geschäfte. Die Gemeindeverwaltung, der Gemeinderat, das Einwohnerratsbüro werden in der nächsten Legislatur gefordert sein. Es war ein Ziel, welches ich mir gesetzt hatte, dass es auf der Pendenzenliste weniger Geschäfte gibt. Es ist mir nicht gelungen, es ist uns nicht gelungen. Ich wünsche dem neuen Büro, dem neuen Einwohnerratspräsidenten viel Erfolg, viel Freude an dieser Arbeit und Tätigkeit.

Und an alle, die nun den Rat verlassen werden, die nicht mehr dabei sein werden: Ich wünsche euch alles Gute auf dem neuen Weg und vielen Dank für euer Engagement alsdann hier im Rat.

An alle anderen, die ich in der neuen Legislatur wieder sehen werde: Ich freue mich schon jetzt darauf, nach der Sommerpause mit euch weiterhin hier unterwegs zu sein.

Vielen Dank, macht es gut und schönen Abend!

ENDE DES SITZUNGSTEILS MITTWOCH, 12. JUNI, 21.05